

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 30. Oktober 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumerando:  
Bieteschicht 3,30 RM, monatl. 1,10 RM,  
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Interaktions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inseerte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Zeitungsm.-Kasse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

## Die Regierung und die Volksschule.

Der Magistrat und die Stadtverordneten von Charlottenburg protestierten in ihrer letzten Versammlung am Mittwoch sehr heftig gegen die Eingriffe, durch welche die Regierung auf dem Gebiete der Volksschule die Selbstverwaltung der Gemeinden geradezu aufhebt. Die Gründung der städtischen Schuldeputationen beruht auf einer Ministerial-Instruktion aus dem Jahre 1811, und seit dieser Zeit, also fast seit 100 Jahren haben die Schuldeputationen ein Aufsichtsrecht über die Volksschulen als Organe der staatlichen Schulaufsicht ausgeübt. Weil sie als solche angesehen werden, unterliegen die aus der Mitte der Stadtverordneten gewählten Mitglieder der Bestätigung durch die Regierung, die nach Ministerial-Erlaß von 1898 gelegentlich der Wahl unseres Genossen Singer in die Berliner Schuldeputation für Mitglieder der socialdemokratischen Partei und Anhänger und Förderer socialdemokratischer Bestrebungen grundsätzlich zu verweigern ist. Denn Socialdemokraten haben nach den weiteren Ausführungen jenes Erlasses „kein Verbandsrecht für die Aufgaben der Volksschule“.

Man könnte an sich eine Ministerialinstruktion durch den Minister auch wieder abgeändert und aufgehoben, das Schulaufsichtsrecht der Gemeinden also beseitigt werden. Aber die preussische Verfassung befragt ausdrücklich, daß bis zu dem Erlaß des in ihr versprochenen Schulgesetzes — ein Versprechen, das in mehr als fünfzig Jahren nicht eingelöst ist — es bei der bisherigen Regelung verbleibe, und dadurch hat jene Instruktion Gesetzeskraft erlangt, die nicht anders als durch Gesetz wieder aufgehoben werden kann.

Zum Ueberflus sagt auch noch das am 11. März 1872 erlassene Schulaufsichtsgesetz, das die Aufsicht über alle Schulen dem Staate überträgt, in seinem § 3 ausdrücklich: „Unberührt durch dieses Gesetz bleibt die den Gemeinden und deren Organen zustehende Teilnahme an der Schulaufsicht“. Gerade weil bei der Beratung jenes Gesetzes Zweifel an der gesetzlichen Natur der gemeindlichen Schulaufsicht laut wurden, wählte man diese Form, durch welche die bestehenden städtischen Schuldeputationen und ihre Funktionen als auf Gesetz beruhend anerkannt wurden.

Die Volksschulen erfreuen sich zwar durchaus nicht in allen großstädtischen Gemeinden bebordneter kommunaler Fürsorge; immerhin herrscht in den Gemeindeverwaltungen ein modernerer Geist als in der von den ostelbischen Junkern beherrschten Staatsverwaltung, und deshalb konnte man den bestehenden Zustand als einigermaßen erträglich gelten lassen, unter dem entscheidenden Vorbehalt freilich, daß von der Teilnahme an der Aufsicht gerade die Vertreter der Arbeiter, deren Kinder die Jünger der Volksschule sind, ausgeschlossen waren, ein Umstand, der allein schon zeigt, wie wenig in Wirklichkeit von einer Selbstverwaltung die Rede sein konnte, unter deren Mangel die Entwicklung der Schule naturgemäß leiden muß.

Wie groß das Verständnis des preussischen Ministers, der aus Angst vor der Kulturkraft des Socialismus unsere Parteigenossen das Verständnis für die Volksschule ganz allgemein absprechen zu müssen glaubte, für die Entwicklung der seiner Fürsorge anvertrauten Volksschulen ist, bewies das Anerbieten erweiterter Befugnisse für die städtischen Schuldeputationen, das er Ende 1898 den Kommunen machte. Bei näherem Zusehen kam die schon klingenbe „Erweiterung“ der Befugnisse darauf hinaus, etwas mehr Urlaub gewähren zu dürfen; dafür sollten die Gemeinden aber ihre Zustimmung dazu geben, daß die Zahl der Deputations-Mitglieder um zwei vermehrt würde, und zwar um einen evangelischen und einen katholischen Geistlichen. Also Vermehrung des kirchlichen Einflusses auf die Schulen, darin erschöpft sich die ministerielle Fürsorge, darin zeigt sich das ministerielle Verständnis für die Aufgaben der Volksschule!

Der Charlottenburger Magistrat lehnte diese Zumutung ab und beharrte auch auf seinem Standpunkt, daß grundsätzlich der Einfluß der Kirche von der Volksschule ferngehalten sei, wenn diese ihren Aufgaben gerecht werden solle, als die Regierung eine diesbezügliche Anfrage im Oktober 1900 erneuerte.

Zwei Jahre darauf erteilte die Regierung zu Potsdam die Antwort, indem sie durch eine Dienstverweisung für die Direktoren das Aufsichtsrecht der Schuldeputation vollständig beseitigte und die Schuldeputation in jeder Beziehung durch den lgl. Kreisschulinspektor ersetzte. Nur ein Recht soll der Stadt belassen werden: das Recht zu zahlen, ja die Regierung ist vielleicht noch geneigt, dies Recht zu erweitern.

Wohin die Aufschaltung der Schuldeputation führt, dafür nur wenige Beispiele.

Vor einiger Zeit handelte es sich darum, sich über die Anstellung einer verheirateten herangezogenen Lehrerin schlüssig zu werden. Als der Stadtschulrat zu dem Unterrichts der Lehrerin erscheinen wollte, verweigerte ihm der Rektor den Zutritt, da er die Erlaubnis des Kreisschulinspektors nicht eingeholt hatte. Wie der Magistrat sein Wahlrecht für die Anstellung, Beförderung oder Versetzung der Lehrer unter solchen Umständen nach sachlichen Gesichtspunkten ausüben soll, ist nicht verständlich.

Einem andern Rektor paßt die Tätigkeit der Schulärzte nicht — in Charlottenburg ist für je zwei Schulen ein Schularzt angelegt; er suchte den Arzt an der Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit zu verhindern und versiegte sich dabei zu der Bemerkung, die Verfügung der Schuldeputation sei Nonsense und ginge ihm im übrigen auch gar nichts an.

Zwei Mitglieder der Schuldeputation, die Stadtverordneten Rechtsanwältin Wulka und Korvettenkapitän Hildebrand, legten ihr Amt nieder, weil sie in einer Deputation ohne Befugnisse kein Feld für fruchtbare Tätigkeit finden können. Das dritte Mitglied

aus der Zahl der Stadtverordneten, Professor von Biszt, hält diese Art des Protestes für unwirksam und will vorläufig weiter amtierend.

Zweifellos entbehrt das eigenmächtige Vorgehen der königlichen Regierung zu Potsdam, die mit einem Federstrich ein neunzigjähriges Recht der Selbstverwaltung, das seit einem Jahrhundert besteht, ausstreichen will, jeder gesetzlichen Grundlage. Deshalb giebt sich der Charlottenburger Magistrat, vertreten durch den Oberbürgermeister Schustehrus, der Hoffnung hin, daß der Kultusminister der erhobenen Beschwerde stattgeben werde. „Denn wir verlangen nur Gerechtigkeit, und diese ist in Preußen wohl noch immer zu finden“. Herr Schustehrus hat sehr recht daran, daß er seine Ueberzeugung von der preussischen Gerechtigkeit durch ein „wohl“ einschränkt; er wird „wohl“ seine Erfahrungen machen. Macht geht vor Recht, im Notfall kann die Macht auch das formelle Recht ändern. Natürlich schloß auch unsere Fraktion, für die Genosse Waake sprach, sich dem Protest gegen das ungesetzliche und schädliche Vorgehen der Potsdamer Regierung an; nachdrücklich aber verwies er darauf, wie der Vorgang von neuem zeige, daß ein Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden überhaupt nicht besteht, sondern erst erkämpft werden muß.

Wir möchten dem Charlottenburger Magistrat und den Stadtverordneten raten, sich nicht auf die Gerechtigkeit und die Einsicht eines Ministers zu berufen, sondern die demokratischen Mächte zur Niederhaltung reaktionärer Gelüste zu stärken. Dazu ist am 12. November eine treffliche Gelegenheit gegeben. Geht von neuem ein jungerlich-herkules Landtag aus den Wahlen hervor, dann wird der Klerikalismus des Unterrichts die Selbstverwaltung der Gemeinden und die gesunde Entwicklung der Volksschule geopfert. Es bedarf ja nicht einmal eines „christlichen Volksschulgesetzes“; auf dem Verwaltungswege wird die Sache auch gemacht. Im besten Falle wird die Verfügung der Potsdamer Regierung zwar als ungesetzlich aufgehoben, die Schule aber durch ein reaktionäres Gesetz um so wirksamer der Kirche ausgeliefert und in ihrer Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Die Liberalen haben nur einen Weg zur Niederwerfung der jungerlich-herkulischen Vormacht in Preußen. Nur mit der Socialdemokratie und durch das Proletariat können in Preußen liberale Forderungen erfüllt werden. Schreiten die Liberalen diesen Weg nicht, so tragen sie die volle Verantwortung für die wachsende Annäherung der reaktionären Dunkelmannen-Wirtschaft, und Enttäuschungsproteste sind dann weniger wert als das Papier, auf dem sie gedruckt sind.

Aus den Verhandlungen der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung heben wir folgendes hervor. Anlaß zu der Diskussion gab die Interpellation Wulka:

„Durch die von der königl. Regierung in Potsdam erlassene Dienstverweisung für die Direktoren sind die inneren Angelegenheiten der Gemeindeschulen, entgegen der Ministerial-Instruktion vom 26. Juni 1811, in wesentlichen Punkten der Einwirkung durch die hierzu eingesetzte Schuldeputation entzogen und dem königl. Kreisschulinspektor unterstellt. Mit welchen Maßnahmen gedenkt der Magistrat diesem

schwerwiegenden Eingriff in eines der bedeutendsten Rechte der Selbstverwaltung zu begegnen?“

Zur Begründung der Anfrage verwies Stadtverordneter Wulka auf die Ungeklärtheit der Verfügung der Potsdamer Regierung; bleibe sie in Geltung, so sinke das Amt eines Mitgliedes der Schuldeputation zu einem Schattenamt herab, bei dem es sich nur noch um die Bewilligung von Schreibmaterialien zc. handle.

In der Verantwortung der Anfrage erklärte Oberbürgermeister Schustehrus im Namen des Magistrats, daß er den Ausführungen des Stadtverordneten Wulka in rechtlicher und tatsächlicher Beziehung nur vollkommen zustimmen könne. Man wolle die Stadtverwaltung durch einen Rechtsbruch zwingen, sich den Ansprüchen der Kirche zu fügen. Der Magistrat hat beschlossen, gegen das Vorgehen der Regierung Beschwerde beim Kultusminister zu erheben, und hoffe, daß der Minister nicht damit einverstanden sei, uns mit der Entziehung unsrer Rechte dafür zu strafen, daß wir uns kräftig dagegen sträubten, unsre Stadt und unsre Schulwesen der Kirche auszuliefern.

Die Besprechung der Interpellation wurde auf einen von allen Mitgliedern der Versammlung unterzeichneten Antrag beschlossen.

Bürgermeister Wetling hob hervor, daß die Regierung der Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Schulwesens einzuschränken, schon lange zu bemerken sei; Charlottenburg besonders hat sich die Ungnade der Potsdamer Regierung zugezogen, weil der Magistrat, entgegen dem Wunsch der Regierung, einen Stadtschulrat angestellt und die Unterstellung der Schulen unter das Berliner Provinzial-Schulkollegium gewünscht habe. Wahrscheinlich sei es ein Fehler gewesen, daß die Schuldeputation in scheinbar untergeordneten Punkten viel zu häufig der Regierung gegenüber nachgiebig gewesen sei.

Stadtv. Otto legt dar, wie die Geistlichen schon jetzt immer größeren Einfluß auf die Schulen zu gewinnen suchen. Ein besonderes Kreuz ist der Konfirmations-Unterricht, für den die Geistlichen die besten Stunden in Anspruch nehmen. So habe man in einem Fall Nachmittags-Unterricht von 3—6 Uhr einführen müssen, nur um einem Geistlichen entgegenzukommen. Die konfessionellen Bestrebungen sind überhaupt kaum eine Grenze; an der katholischen Schule z. B. muß auch die Handwerkslehre katholisch sein. Bei weiteren Ausführungen über die neue Dienstverweisung zeigt der Rektor, wie die Lehrer und Direktoren mit einer Menge unnötigen Schreibwerks überlastet werden.

Stadtschulrat Dr. Kienert teilt mit, daß es den Direktoren sogar verboten sei, Berichte über die Tätigkeit der Lehrer an die Schuldeputation zu senden. Ueber einen Fall, in welchem der Tod eines Kindes mit einer ihm angeblich zugefügten Pflanzung seitens der Lehrerin in Verbindung gebracht wurde, hat die Schuldeputation weder vom Rektor noch vom dem Kreisschulinspektor etwas erfahren. Er hofft, daß der Minister der Beschwerde stattgeben werde.

Stadtv. Genosse Waake verurteilte scharf das Verhalten der Regierung, das deutlich zeige, wie gegenwärtig das Recht auf Selbstverwaltung nur eine Illusion ist.

An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Stadtverordneten Rosenbergl., v. Biszt, Marcus und der Vorsteher Ströhler; letzterer schlägt vor, nach Schluß der Besprechung die Sitzung zu vertagen, um den Eindruck, den das einmütige Verhalten der Versammlung hervorruft, durch weitere Verhandlungen nicht abzuwachen. Auf der Tagesordnung stand u. a. noch eine von unsern Genossen eingebrachte Interpellation, ob der Magistrat entgegen dem im März einstimmig gefaßten Beschluß der Versammlung, den Wahltermin für die Wahlen auf nachmittags 5 Uhr festzusetzen, die Absicht habe, den Termin auf 2 Uhr zu bestimmen. Waake beantragte, wenigstens diese Interpellation noch zu verhandeln; die Mehrheit nahm jedoch den Antrag Ströhlers an.

In der nächsten Sitzung kommt auch eine Anfrage zur Verhandlung, die unsere Genossen bezüglich eines auf dem Rathaus-Neubau vorgekommenen Unglücksfalles an den Magistrat richteten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Oktober.

Der Frankfurter Kongreß der gelben Gewerkschaften findet nicht den Beifall der Scharfmacher, die eben jede Politik der Ueberwindung der Socialdemokratie durch Entgegenkommen für höchst gefährlich halten.

Die „Konservative Korrespondenz“ rügt das Bestreben, „durch radikale Klären der Socialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen“. Ferner sei „das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse in nicht unbedenklicher Weise in den Vordergrund gedrückt“, dem Unternehmertum „mit großer Schärfe, um nicht zu sagen, mit ausgesprochener Feindseligkeit entgegengesetzt“. Das offizielle Blatt der Konservativen zürnt weiter:

„Es wurden in der Debatte auch Forderungen gestellt, die, wie die der Koalitionsfreiheit der Staatsbeamten und der Landarbeiter für einen nichtsocialdemokratischen Arbeiterkongreß und distastabel sein sollten. Ja selbst der Einmahne einer entschiedenen Kampfstellung gegen die Socialdemokratie wurde von mehreren Seiten widerprochen.“

Im Widerspruch zu dieser Ablehnung wird dann freilich verifiziert, man wolle die „Vereinigung der auf christlichem und monarchischem Boden befindlichen Arbeiterverbände wohlwollend betrachten.“

Dieser Widerspruch erklärt sich leicht: Man hofft und erwartet eben, daß die Koalition der antisocialdemokratischen Arbeitervereine nur deshalb radikale Worte mache, um Gimpelkang zu treiben. Andererseits fürchtet man wieder, daß die Arbeiter die Komödie ernst nehmen könnten. So schwankt man zwischen Wohlwollen für die Tendenz und Unbehagen über die angewandten Mittel. Wirkliche Socialpolitik ist ja für die Konservativen „undistastabel“.

Schroff abnehmend verhält sich die „Post“, die für jede mögliche Schädigung des Unternehmertums immer die feinste Witterung hat. Sie erklärt:

„Stellt man sich das alles vor und zieht dabei in Betracht, daß die Versammlung nach dem Aussprache Giesberts sich noch möglichst kluger Zurückhaltung befleißigt haben soll, um nicht der zur Fortführung der sozialen Reform bereiten Regierung ihre Stellung zu erschweren, so erkennt man deutlich, daß nach den Ergebnissen des Kongresses von den christlichen Organisationen der Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Unsturz nur wenig erwartet werden kann. Es mag ja sein, daß die Erfahrungen die Führer der Bewegung mit der Zeit in manchen Punkten eines Besseren belehren, und daß der nächste Kongreß mehr Reife und Klarheit zeigt als dieser erste. Die Hoffnung ist nicht stark, aber man braucht sie doch nicht aufzugeben.“

Also auch hier besteht die ganze Hoffnung darin, daß sich die Macher des Kongresses dazu entschließen werden, die ihnen anhängenden Arbeiter zu täuschen und an das Unternehmertum gebunden auszuliefern.

Diese Beurteilung des Kongresses durch die Scharfmacher beweist aber den einsichtigen Arbeitern, die an jener Veranstaltung teilnahmen, daß es mit der nationalen und christlichen Politik des Erbittens und Wohlbehaltens nicht gethan ist. Jede ernsthafte Socialpolitik reizt die herrschenden Klassen zum erbitterten Widerstand. Es nützt nichts, wenn die Arbeiter den Klassenkampf zu vermeiden wünschen, die Kapitalisten zwingen ihn ihnen auf. Das Proletariat erreicht nicht mehr als es erzwingt, und nur die Arbeiter können den Weg zur Socialdemokratie ablehnen, die sich mit schönen Worten begnügen wollen.

Parlamentsbeginn. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ ist für den Zusammentritt des Reichstages der 1. Dezember und für den Zusammentritt des Landtages der 12. Januar in Aussicht genommen.

### Eine Enthüllung über die Socialdemokratie.

Der Roman „Jena oder Sedan?“ von Weyerlein, der einiges Aufsehen erregte, wird jetzt von der Scharfmacherpresse in Licht und Aberacht gethan. Die „Hamburger Nachrichten“ denunzieren das Werk als staatsgefährlich und sozialistisch; sie sind zugleich in der Lage, eine, wie wir zugeben, für uns vernichtende Enthüllung zu offenbaren. Die „Hamburger Nachrichten“ richten einen Vorwurf an die Buchhändler, daß sie das gefährliche Buch boykottieren sollen:

„Der Ladenpreis des Werkes betrug anfänglich 10 M., plötzlich aber wurde er auf 2 M. herabgesetzt. Aus geschäftlichen Gesichtspunkten ist die enorme Preisreduktion nicht zu erklären und die Versicherung, daß dabei der Wunsch maßgebend gewesen sei, eine billige Volksausgabe herzustellen, d. h. das Werk auch denjenigen Kreisen zugänglich zu machen, die wegen des hohen Preises desselben es bisher nicht hätten kaufen und lesen können, hat den bekannten Wert von „Druckerwäggen auf Papier“. Unserer Auffassung nach ist die Preisreduktion nicht entfernt wegen der literarischen Bedeutung des Romans erfolgt, sondern lediglich wegen der Tendenz des Werkes, und wir sind da“



von überzeugt, daß die socialdemokratische Parteileitung dieser Preisherabsetzung nicht fern steht. Nachdem die socialistische Partei erkannte, welchen großen Nutzen sie sich für ihre Sache davon versprechen dürfte, wenn der Roman in den weitesten Kreisen der deutschen Bevölkerung Eingang finde und gelesen wurde, welcher wertvolle Bundesgenosse der Umsturzpartei bei ihren Bemühungen, die Armee, dieses letzte Bollwerk gegen den socialistischen Umsturz, in der öffentlichen Meinung zu discreditieren, in dem Roman erstanden sei, wird sie zu der Ansicht gelangt sein, daß sie die großen Geldmittel, über die sie — dank der den Arbeitern unter falschen Vorpiegelungen abgeduldet, immer verdienende Spargroschen — verfügt, nicht besser und nutzbringender anlegen könne als durch Ermöglichung einer starken Verbreitung und demgemäß großen Verbreitung jenes Romans. Diese Erwägungen sind so nahe liegend, daß es die Intelligenz des deutschen Buchhandelsstandes in der Sortimentsbranche beleidigen hiesse, wollte man ihm zutrauen, daß er sie nicht selbst angestellt hätte. Trotzdem aber haben wir es, und zwar auch hier in Hamburg, erleben müssen, daß eine Reihe von Buchhandlungen ihre Ausgaben mit dem socialistischen Werke in verschwendlicher Weise ausgestattet und damit zum Ankauf des Buches verleitet hat, wobei wir der Wahrheit gemäß allerdings erwähnen müssen, daß maßgebende Firmen den Roman sofort aus ihren Auslagen entfernt haben, nachdem sie den socialistischen und gemeingefährlichen Charakter desselben erkannt hatten. . . . Jedenfalls magt sich der deutsche Buchhandel mit dem Vertrieb des Romans der massenhaften Verbreitung eines socialistischen Giftes im deutschen Volk schuldig, das um so gefährlicher wirken kann, weil es die Armee betrifft. Außerdem trägt der deutsche Buchhandel auf diese Weise dazu bei, daß bei der nächsten Wahl eine abermalige Zunahme der socialistischen Stimmen zu verzeichnen ist, und daß wir damit der schließlich unausbleiblichen Katastrophe immer näher kommen; denn die Macht des gedruckten Wortes auf die weniger zur Kritik befähigte große Masse des Volkes ist groß. Wir hoffen, daß diese Hinweise genügen werden, denjenigen unserer Buchhändler, die es angeht, das Gewissen zu schärfen und sie im speciellen erkennen zu lassen, daß es ihre Pflicht und Schuldigkeit ist, zur weiteren Verbreitung des Romans „Jena oder Sedan?“ nicht mehr die Hand zu bieten.

Wir sind entsetzt. Wir sollten den Arbeitern ihre Spargroschen ab — sonst heißt es, unter Geld komme von der Wölfe! — und verwenden es zur Verbreitung armenfeindlicher Romane. Die „Hamburger Nachrichten“ werden bald erfahren, daß unser Parteivorstand bereits eine weitere Million zur Verfügung gestellt hat, um den Roman von Beherlein noch billiger, schon um eine Mark verläßlich zu machen. Weiter sind 27 Schriftsteller im Auftrage unserer Partei thätig, andre arm. . . . Indische Schriften zu verkaufen; besonders erwarten wir großen Erfolg von einem Heldenepos in 12 Gesängen, das einem der ersten Völkern unserer Zeit im Auftrage gegeben ist und in dem die afrikanische und asiatische Kriegsführung in brennenden Farben geschildert wird. Auf diese Weise gebent wir das socialistische Gift durch den bürgerlichen Buchhandel schnell und unsehbar in die weitesten Kreise der bisher unverdorbenen deutschen Menschheit zu bringen. Auch der Naturist der „Hamb. Nachr.“ wird dagegen nichts sparen, denn wir haben durch Aufwand einiger Millionen Fürsorge getroffen, daß der gesamte Buchhandel die Verbreitung des socialistischen Giftes zu fördern bereit ist.

Der Hamburger Armeebewachungs-Versuch erreicht die Höhe größter Komik, indem der gefährdete Roman nicht weniger als ein socialistischer und armenfeindlicher Roman ist. Der Roman beläuft sich auf die schrecklichsten Auswüchse des Militarismus, die Soldatenmishandlungen, den unmöglichen Gamaichenbienst. Seine Tendenz ist, die Armee und die Einrichtungen des Volkes für die Armee zu stärken durch Vereitigung offenkundiger Mißstände. Man mag den Roman als national-social bezeichnen und die einseitigen National-socialen rühmen sich besonderer Militärfreundlichkeit. Trotzdem wäre es irrig, zu meinen, daß die „Hamburger Nachrichten“ — und ihnen druden viele konservativere Blätter den Naturist auf noch — ganz verblendet daneben gegriffen hätten. Nein, für diese Reaktion ist alles verdächtig, socialistisch und muß konstatiert werden, was in irgend welcher Form Mißstände in der Armee aufdeckt und ihre Vereitigung fordert.

Militär und Polizei beim Jarenbesuch. Bei der Ankunft des Jaren in Wiesbaden soll nach dem Rheinischen Courier“ zu beiden Seiten der Straßen vom Bahnhofe bis zum Schloß eine zweigliedrige Postenkette mit aufgeschlitztem Seitengewehr Spalier bilden. Die hierzu nötigen Mannschaften, im ganzen etwa 3500 Mann, werden aus dem ganzen 18. Armeecorps zusammengezogen. Zur Besprechung der umfangreichen militärischen Maßnahmen und der Verpflegung der einzuarbeitenden Mannschaften weilt Generalleutnant v. Hagen in Wiesbaden. Wie verlautet, soll auch eine Eskadron des Kürassier-Regiments Kaiser Nikolaus I. von Rußland (Brandenburgisches) Nr. 6, dessen Chef auch der Zar ist, aus Brandenburg in Wiesbaden eintreffen. Für den Sicherheitsdienst amüßlich der Kaiserbegegnung werden aus zahlreichen Städten der Nachbarschaft, ja auch aus Berlin, eine große Zahl Kriminalbeamter nach Wiesbaden beordert, die sich unter das Publikum mischen und immer in ganz kurzen Abständen Aufstellungen finden. Auch eine große Anzahl Kriminalbeamter als Radfahrer wird während der Kaiserfeste in Wiesbaden thätig sein.

#### Die hohe Kammer besetzt werden.

Neuerk eigenartige Geschichten werden dem „Hannov. Courier“ anlässlich des Wechsels im ospreuchischen Oberpräsidium aus Königsberg erzählt:

„Graf Ido zu Stolberg-Wernigerode würde voraussichtlich noch heute an der Spitze unserer Provinzialverwaltung stehen, wenn er nicht zu Anfang des Jahres 1895 jenen verhängnisvollen, durch eine Insubordination an die Öffentlichkeit gelangten Brief abgesendet hätte, durch den er sich — entgegen seinem früheren Verhalten — dem agrarischen Teufel verschrieb. Er wurde damals durch eine Depesche aus dem königlichen Civilcabinet zur sofortigen Einreichung seines Abschiedsgesuches aufgefordert. Er hatte sein Amt kaum vier Jahre innegehabt. Die Ernennung seines Nachfolgers vollzog sich nicht glatt. Auf der Vorschlagsliste, die aus dem Ministerium des Innern ans Civilcabinet ging, fand neben zwei andern Namen der des Regierungspräsidenten v. Gehdebrand in Breslau. Nach einer Audienz beim Kaiser glaubte Minister v. Köller die Ernennung des Herrn v. Gehdebrand für so sicher halten zu können, daß er diesen zu seiner Beförderung telegraphisch beglückwünschte. Inzwischen hatte jedoch der Monarch eine andere Entscheidung getroffen. Der achtzigste Geburtstag des Altreichskanzlers stand bevor, und der Kaiser kam in letzter Stunde auf den Gedanken, ihm als Vater noch eine besondere Freude zu bereiten durch die Ernennung des Grafen Wilhelm Bismarck zum Oberpräsidenten von Ostpreußen. Dieser, damals beinahe seit einer Reihe von Jahren Regierungspräsident in Hannover, hatte nicht auf der Vorschlagsliste gestanden, hatte auch persönlich keine Ahnung von der ihm zugehenden Auszeichnung. Er erfuhr davon erst durch ein Friedrichsruher Telegramm, welches lautete: „Ich gratuliere Dir zur Ernennung zum Oberpräsidenten in Königsberg, den Du annimmst. Dein Vater.“ Sein Nachfolger wurde der bisherige Regierungspräsident in Köln, Freiherr v. Kirchhofen. Diesem war einige Jahre vorher das Ministerium des Innern angeboten worden, er hatte Nachfolger des Herrn v. Köller werden sollen. Herr v. Kirchhofen war zu

diesem Besuche nach Berlin berufen worden, kehrte jedoch wider Erwarten nach Köln zurück und gab einem dortigen Freunde auf die verumündete Frage, ob er nicht Minister des Innern geworden sei, die hübsche Antwort: „Nein, das habe ich auf meinen Kollegen in Düsseldorf abgewälzt.“ So wurde Herr v. d. Rede Nachfolger des Herrn v. Köller.“

Kanalkompromiß. Die „Vossische Zeitung“ hält ihre von und wiedergegebenen Mitteilungen über ein Kompromiß in der Kanalfrage gegenüber dem Journal andrer Blätter anrecht. Das Kompromiß soll dazu dienen, daß die endgültige Niederlage der Regierung in der Mittelkanal-Forderung verschleiert wird. Die „Vossische Zeitung“ bemerkt:

„Daß dieses Kompromiß nicht die Aufwärmung eines alten Gedankens ist, der „vor Jahr und Tag ventiliert“ wurde, ergibt sich schon daraus, daß vor Jahr und Tag von Bewilligungen zur Bekämpfung der Hochwasser Gefahr, wie sie jetzt vereinbart sind, keine Rede war. Wir haben mitgeteilt, daß für Staubecken und Aufregulierungen in Schlesien zunächst 50 Millionen Mark gefordert werden. Ebenso wenig ist „vor Jahr und Tag“ der Ankauf der Ländereien für die Wasserbindung vom Rhein bis nach Hannover oder Braunschweig und die Einstellung der zu den Kanalbauten nötigen Summen in den Staatshaushalt und die jährliche Bewilligung in Aussicht genommen worden. Alles das sind neue Abmachungen, und zwar zwischen der Regierung und maßgebenden Parteiführern. Wir wissen darüber noch einiges mehr, als wir einwilligen mitzuteilen für gut befinden. Aber wir wundern uns nicht darüber, daß die „Deutsche Tageszeitung“ bei den Personen, die sie befragt, keine Auskunft erhält, und daß die Regierung kein Bedürfnis empfindet, die Mündler der „Allgemeine Zeitung“ in dieser Angelegenheit zu „informieren“. Wir vermuten sogar, daß sowohl der Regierung wie den Parteiführern, die an den Verhandlungen beteiligt waren, unsere Mitteilungen nichts weniger als willkommen sind. Aber ob unwillkommen oder nicht, sie sind richtig. Weder die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, noch die „Kreuzzeitung“, noch die „Post“, noch die „Germania“ haben sie bisher bestritten.“

#### Aus dem Reiche des weiland Königs Stumm.

Die Saar-Industriellen haben in St. Johann in einer Sitzung ihres Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie und der südwesentlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sich mit dem Kampf gegen die Socialdemokratie befaßt. In dem über die Sitzung veröffentlichten amtlichen Protokoll heißt es: „Von den bisher vergeblichen Angriffen der Socialdemokratie auf das Saargebiet nimmt der Vorstand Kenntnis und beschließt ein gemeinsames Vorgehen der gesamten Privatindustrie des Saargebietes, wobei den einzelnen Werken jedoch eine gewisse Freiheit gelassen werden soll, welche Maßregeln sie für die zweckdienlichsten halten. Herr Kommerzienrat Böding und der Geschäftsführer werden beauftragt, in dieser Hinsicht einen Schritt zu thun.“

Demnach gründet den Industriellen von der Saar der Terrorismus, den sie schon seit Jahren gegen die gesellschaftliche, politische und gewerkschaftliche Freiheit ihrer Arbeiter üben, immer noch nicht. In Saarabien wird jeder Industrie-Arbeiter unerbittlich gemahregelt, der es wagt, sich irgendwie anders als seine Herren es wünschen, politisch zu betätigen oder sich nur gewerkschaftlich zu organisieren. In Saarabien sind seit lange nahezu sämtliche Reichstagswahlen wegen der empörenden Wahlbeeinflussungen für ungültig erklärt worden. In Saarabien sind heute noch Vergleiche abgelegt, die vor zehn Jahren bei dem großen Grubenstreik gemacht worden sind; sie fragen heute noch vergebens auf den Gruben um Arbeit nach; die Nachhut der Mächtigen kennt keine Grenzen. In Saarabien herrscht die Sklaverei in höchster Potenz. Und dennoch will das Unternehmertum die Gewaltmaßregeln erhöhen, Gewaltmaßregeln, die in ihrer Art in der ganzen Kulturwelt an Brutalität nicht ihres Gleichen haben.

Die Begehrlichkeit sipprenhischer Junker kam am letzten Freitag bei der Umwandlung der Samlandbahn in eine Vollbahn, welche den Ostseestrand mit der Stadt Königsberg verbindet, recht drastisch zur Geltung. Die an der Bahnstrecke liegenden Gemeinden und Gutsbezirke wurden aufgefordert, ihre etwaigen Ansprüche und Wünsche bei der Umwandlung in Protokoll zu geben. Da gab es denn Interessenten, die sehr hohe Bedingungen stellen zu müssen glaubten.

So hatte ein etwa in der Mitte der Bahnstrecke gelegener Gutsbesitzer für den Fall der Einführung des Vollbahnbetriebes auf der Samlandbahn eine ganze Reihe von Bedingungen gemacht und schriftlich formuliert. Er forderte zunächst eine bare Entschädigung von 20000 Mark, ferner die Anlage eines besonderen Bahnhofes auf seinem Gute, die Anstellung von Freifahrtsbeamten für sich, seine Familie und Angehörigen, dann die Entschädigung der Bahn längs seines Gutes mit einem so dichtmaschigen Drahtnetz, daß seine Häuser nicht durchgelangen könnten, außerdem die Einfriedigung der ganzen Bahnstrecke innerhalb des Gutsbezirks, und die Anstellung von Partieren an sämtlichen Ueberwegen, die bei einer an ihn zu entrichtenden Strafe von 10 M. in jedem Falle der Ueberwegung nicht früher als eine Minute vor Ankunft, nicht später als eine Minute nach Durchfahrt des Zuges zu öffnen beziehungsweise zu schließen seien.

Einen freien Salontwagen auf Lebenszeit und die Hälfte aller Einnahmen hat der Edle sich merkwürdigerweise nicht ausbedungen.

München, 28. Oktober. (Eig. Ber.) No bis in idem (wegen ein und desselben Reates darf man nicht zweimal bestraft werden), dieser alte Rechtsgrundsatz gilt nicht für unser Militärrecht, wie folgender Fall beweist. Ein Unteroffizier des bayerischen Infanterie-Regiments in München hatte sich einer unerlaubten Entfernung, Ungehorsams und Geldvorgens bei Untergebenen schuldig gemacht, und wurde wegen der unerlaubten Entfernung disciplinar mit 21 Tagen Mittelarrest bestraft. Als er von dieser Strafe bereits 4 Tage verbüßt hatte, wurde höherer Orts die Strafe aufgehoben und der Unteroffizier zur Aburteilung vor das Kriegsgericht verwiesen, das ihn wegen der drei Vergehen (also auch wegen der unerlaubten Entfernung) zu 42 Tagen Gefängnis verurteilte. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß der Unteroffizier zwar für die unerlaubte Entfernung schon vier Tage verbüßt habe, da aber jene Disziplinarstrafe aufgehoben wurde, gelte sie als nicht verhängt.

Beim Militär kann man also wegen eines Delikts zweimal bestraft werden! Das Ober-Kriegsgericht befähigte das Kriegsgerichtliche Urteil und konstatierte, daß der Rechtsgrundsatz: no bis in idem nicht verlegt worden sei. — Militär-juristische Logik! —

Ein Andenkenreich gegen „in nationaler Beziehung“ staatsgefährliche dänische Lieder, das wohl wenigen Deutschen bekannt sein dürfte, ist jetzt wieder einmal nach vielen Jahren durch ein hochpolizeiliches Verfahren gegen den Landtags-Abgeordnete n Hansen zu Wehrabe als Herausgeber der Zeitung „Højndal“ ans Licht gezogen worden. Es handelt sich um eine „Besamung“ des preussischen Civilkommissars für das ehemalige Herzogtum Schleswig vom Jahre 1866, wodurch verboten wurde, dänische Lieder zu verbreiten, welche inhaltlich in nationaler Beziehung aufreizend sind, nachdem ein Jahr vorher das Singen solcher Lieder verboten worden war. Hansen war auf Grund jener Besamung angefaßt worden, weil „Højndal“ in zwei Nummern (die ganze Zeitung erscheint in dänischer Sprache) Lieder enthielt, welche als aufreizend in nationaler Beziehung angesehen wurden. Das Landesgericht Altona als Verurteilungsinstanz verurteilte Hansen wegen des einen Liedes zu 60 Mark Geldstrafe, wegen des andern zu 100 M. Geldstrafe. In der Begründung wurde u. a. ausgeführt: Das eine Lied ist deshalb aufreizend mit Bezug auf die deutsche Nation, weil es das Dänentum auf Kosten des Deutschtums verherrlicht. Das zweite Lied sei einer in Dänemark erscheinenden Zeitschrift eines Turnerbundes ent-

nommen. Es fordere die Jugend auf, die Schlaffheit abzulegen und aufwärts nach Dänemarks Ziel zu streben. Alle Nationen wolle man tragen, welche „Dänemarks, unsrer Mutter Brust, drücken: Aufwärts, zu Dänemarks Ziel!“ Auch dieses Lied sei nach seinem Inhalt in nationaler Beziehung aufreizend. Die Turnerzeitung in Dänemark möge ja mit dem Gedicht bezweckt haben, die jungen Leute zu körperlicher Kräftigung zu entmannen. Aber „Højndal“ sei eine in Deutschland erscheinende antideutsche dänische Zeitung und ihre Leser verständen das Lied als eine Auforderung zur Losreißung Schleswigs von Preußen und Deutschland. Der Angeklagte sei für die Verbreitung der Lieder verantwortlich, wenn er sich auch eines Expedienten bediente und wegen Ausübung des Landtags-Mandats abwesend gewesen sei. Er handele fahrlässig, wenn er sich nicht darum kümmerte als Verleger, was in der Zeitung verbreitet werde.

Herr Hansen legte Revision ein, bestritt die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Civilkommissars von 1866, weil sie u. a. gegen das Reichsrecht verstöße und machte auch Verjährung geltend, die während der Landtags-Session eingetreten sei, da man beim Landtag in der Zeit nicht die Zulassung zur Strafverfolgung beantragt habe. Der Strafsenat des Kammergerichts verworft die Revision in beiden Sachen. Der Erbh. des Civilkommissars von 1866 und seine Bekanntmachung von 1866 seien an sich rechtsgültig vor der Auktion Schleswigs erlassen worden und auch nicht durch das Reichs-Strafgesetzbuch außer Kraft gesetzt. Sie würden ungültig sein nach § 2 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch, wenn sie Materien beträfen, die im Reichs-Strafgesetzbuch geregelt seien. Das sei aber nicht der Fall. In Betracht kämen höchstens die Bestimmungen des Reichs-Strafgesetzbuches über den Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufreizung zum Mauthab und Gewaltthatigkeiten und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen etc. Unter keine dieser Bestimmungen könne aber das Verbot der Verbreitung von dänischen Liedern, die in nationaler Beziehung aufreizend sind, gebracht werden. Dies Verbot gehe eben weiter, denn es betreffe schon solche Lieder, die geeignet seien, die Festigkeit der dänisch-nationalen Gesinnungen gegen das Deutschtum noch mehr zu festigen, indem sie die Dänen verherrlichten und die Deutschen herabsetzten. Verjährung sei nicht eingetreten, denn sie ruhe in der Zeit, wo nach den Gesetzen eine Strafverfolgung nicht begonnen werden könne.

Die Landtagswahlen im Großherzogtum Sachsen-Weimar finden, so wird und geschrieben, nun doch an einem bestimmten Tage im ganzen Lande statt und zwar am 6. November. Der für eine Anzahl Wahlkreise bereits festgesetzte frühere Termin ist wieder aufgehoben worden. Während der Freizeit im Eisenacher Kreise in ein paar Wahlbezirken auf die Unterstützung der Socialdemokraten rechnet und ohne diese aus keinem Erfolg erringen würde, unterstützt in andern Landesteilen der Freizeit die „Ordnungsparteien“ gegen die Socialdemokratie.

Das schönste dieser Art Landtagswahl besteht nun noch darin, daß in den ländlichen Kreisen die Zusammenlegung der einzelnen Orte, welche einen Wahlbezirk bilden, gar nicht öffentlich bekannt gemacht wird, sondern nur die Beteiligten eines Wahlbezirktes von dessen Begrenzung in Kenntnis gesetzt werden.

„Aus einer kleinen Garnison.“ Der Verlag des vielgenannten militärischen Zeitbildes „Aus einer kleinen Garnison“ zeigt an, daß nächster Tage ein Neuband des Buches zur Verfügung gelangt. Eine Beschlagnahme des Buches oder gar ein Verbot des Verkaufes lasse sich nach den eingeholten Gutachten hervorragender Juristen absolut nicht rechtfertigen, geschweige denn aufrecht erhalten. Auch in Straßburg sei die Beschlagnahme am 23. Oktober wieder aufgehoben worden. Der Befahrer, Lieutenant Bille, erklärt, der Wachheisbeweis für die von ihm behaupteten Vorgänge antreten zu wollen. Gegenwärtig tagt in Forbach die militärische Untersuchungskommission.

#### „Mädchenhandel“ in der Kunst.

Auf der deutschen Nationalkonferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels sprach Dr. Kaumann-München über Mädchenhandel und Kunst. Er führte aus:

Man müsse bei dem Mädchenhandel, der sich unter dem Vorgeben künstlerischer Zwecke vollziehe, zwischen einem brutalen, fast offen zu Tage liegenden Mädchenhandel und einem verdeckten, verschleierte unterliegenden. Der letztere erstreckt sich bis in die höchsten Kreise und mache selbst vor dem Allerheiligsten der Hofbühne nicht halt.

Die andre Form des Mädchenhandels beginne meistens mit einer Annonce. Da werden junge Mädchen gesucht, die Gesangsstunden nehmen wollen. Der Agent sei meistens erst der Zwischenhändler. Das Mädchen lerne vielleicht auch einige Lieder und erhalte ein Kostium. Derartige Ware gehe meistens nach dem Orient oder nach Südamerika. Aber statt des erträumten glänzenden Varietés befinde sich die „Künstlerin“ in einer Ephele, bei der die Grenze zwischen Tinseltangel, Seiwirtschaft und Bordell fast verschwommen sei. Einen Ausweg gebe es nicht für das Opfer, denn durch Kontrakte und Vorhänge sei schon gefordert, daß es ein Auskommen nicht mehr gebe. So gehen tausende Mädchen zu Grunde. Das seien aber nicht die schlimmsten Fälle. Oft werde das Lied nicht einmal eingelesen, mit einem kleinen Vorschub werde das Mädchen einfach ins Ausland in ein Bordell geschickt. Welche Mittel lassen sich ergreifen, um dem gemeinen ordinären Mädchenhandel unter Angabe künstlerischer Zwecke zu steuern? Die heutigen Impresarii und Agenten rekrutieren sich meistens aus dem Stande der Zufahrer oder der Schankkellner. Redner verfaßt: 1. Konfessionierung für Impresarii, Agenten etc., 2. Konfessionierung für Impresarii, welche Kunstreisen ins Ausland unternehmen wollen, 3. Meldepflicht für jeden nach dem Auslande abgeschlossenen Kontrakt nebst Angabe der Reiseroute und Meldepflicht bei den Konsulaten im Auslande; 4. strenges Verbot des Engagements von Mädchen unter 18 Jahren — oder möglichst ein noch höheres Schutzalter. Ausnahme möge man machen bei Akrobatenkindern, Wunderkindern etc. Ferner empfiehlt Redner eine Selbsthilfe durch Genossenschaftsorganisation gegenüber dem Ring der Agenten, Impresarii. Schließlich müsse dahin gewirkt werden, daß die häßlichen Annoncen aus den Zeitungen verschwinden.

Bedeutend seltener sei das Thema des indirekten, verschleierte Mädchenhandels an unsern Theatern. Ob es ein Direktor mit allen Hoken handle oder ob er Theater mache, sei egal, die Hauptsache sei ihm, daß er Geld verdiene. Wer einen Blick in das Theaterwesen, Protektionswesen hinter den Coulissen gethan hat, werde zustimmen, daß höchste Zeit zur Abhilfe sei. Notwendig sei eine Revision der Bühnenkontrakte, und auch hier wäre eine gewisse Selbsthilfe zu organisieren. Wenn wir auch keine Aussicht auf Erfolg haben sollten, so wollen wir doch die Gelegenheit wahrzunehmen, unserm Jura und unsrer Entrüstung Ausdruck zu geben, daß unsre Theater in so schamloser Weise mißbraucht werden.

Herr Kaumann macht fälschlich den Unterschied zwischen brutalen und verschleierte Mädchenhandel unter künstlerischem Deckmantel. Die Fälle, wo Mädchen unter der Vorpiegelung künstlerischer Ausbildung in Bordelle oder bordellartige Verhältnisse vertrieben werden, sind als Mädchenhandel anzusehen. Dagegen sind die Fälle, wo das Theater den Deckmantel hergeben muß, um „besseren“ Dingen den Verkehr mit wohlhabenden Gönnern zu vermitteln, kein Mädchenhandel, sondern sind als Prostitution der Kunst, als Schandung des künstlerischen Berufs anzusehen. Derartige Theaterdamen lassen sich nicht verhandeln, sie verziehen den Schacher selbst, und die Kunst ist es, die dabei geopfert wird; es macht auch keinen Unterschied, ob es sich um höfliche, städtische oder private Bühnen handelt.

Bill man die künstlerische Thätigkeit vor dieser Vermischung mit den Talenten des Liebesgewerbes bewahren, so helfen allerdings keine Moralpredigten. Bill ein einflussreicher Aristokrat nun einmal seine Gefühle durchaus einer Theaterdame widmen, so wird sich selbst ein Hoftheaterintendant nicht weigern dürfen, das begehrte



Objekt als „Sängerin“ oder „Schauspielerin“ einzustellen. Schon der Theaterdirektor in Jolas „Rana“ empfand es schmerzlich als Beleidigung, daß man seine Bühne ein Theater nennt: „Sagen Sie, mein Vordell!“ Das wirksamste Mittel gegen solchen Mißbrauch der Bühne wäre die Veröffentlichung und Kamfachtung jedes derartigen Falles. Dann würde dieser „Mädchenhandel“ bald aufhören. —

## Ausland.

### Oestreich-Ungarn.

Das neue ungarische Kabinett. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest: Das ungarische Ministerium soll folgendermaßen zusammengesetzt werden: Graf Tisza Präsidium und Inneres, v. Lulacs Finanzen, Hieronymi Handel, Graf Michael Esterhazy Ackerbau, Bercevicz Unterricht, Flossz Jusiz, General Khrizy Konvenerminister. —

Wahlunruhen. Dem „Slovo polskie“ zufolge wurde gestern in Stanislaw (Galizien) bei Ausschreitungen von Arbeitern anlässlich der Wahlen zur Bezirks-Krankenkasse ein Schüler getötet sowie zwei Zivilpersonen und ein Sicherheitsmann schwer verwundet. Zur Wiederherstellung der Ruhe mußte Militär einschreiten.

### Holland.

Der Etat für 1904. Die Regierung hat den Generalstaaten folgende nach ihrem Wiedereintritt den Staatshaushalts-Entwurf für 1904 vorgelegt. Sie setzt die Einnahmen mit 164,8 Millionen Gulden an, die Ausgaben mit 178 Millionen Gulden berechnet, so daß sich ein rechnerisches Defizit von 11,7 Millionen Gulden ergibt. Dies Defizit dürfte sich aber zweifellos sehr bedeutend verringern, denn im Gegensatz z. B. zur deutschen Regierung setzt die holländische die Einnahmen stets sehr vorsichtig und deshalb häufig weit geringer an, als sie sich später tatsächlich ergeben; außerdem werden als Preisbeiträge auch die außergewöhnlichen durch Anleihe zu bedeckenden Ausgaben angesehen. Infolge dieser Veranschlagungsmethoden hat das Rechnungsjahr 1901 zum Beispiel anstatt eines auf rund 5 Millionen berechneten Defizits tatsächlich einen Ueberschuß von 1 Million ergeben; das Defizit von 1902 sollte sogar 11 Millionen betragen, hat sich aber auf circa 2 Millionen verringert.

Die Einnahmen des vorliegenden Entwurfs sind um beinahe 8 Millionen höher als die des vorhergehenden und balancieren ungefähr mit der Ausgabe für 1903. Von den Mehrforderungen der Ausgaben fallen aus hier die bedeutendsten dem Militärismus zur Last. Das Kriegsministerium benötigt allein zur Durchführung verschiedener in den letzten Sessionen von den Kammern auf Vorschlag der Regierung angenommenen Gesetze wie Milizgesetz, Landwehrgesetz, Kasernierungsgesetz und Pensionsgesetz ein Mehr von 1,3 Millionen Gulden. Von den Mehrforderungen für die Kolonien, insgesamt 4,7 Millionen, entfällt die Hälfte auf einen Vorstoß an die Kolonie Surinam behufs Baues der Eisenbahn in das Tabak-Goldgebiet. —

### Frankreich.

#### Der Ansturm der Eigenbrenner.

Paris, 28. Oktober. (Sig. Ber.) In zwei bewegten Sitzungen hat sich die Deputiertenkammer wieder einmal mit den ungeheuren Forderungen der Vertreter der bayerischen Schnaps-Eigenbrenner zu beschäftigen gehabt. Wie seiner Zeit von mir ausführlich berichtet, hatte das Finanzgesetz vom März 1903 den Verlust gemacht, das Privilegium der Bauern auf steuerfreie Schnapsbrennerei zu beschneiden. Der Verlust war schon an sich unzulänglich. Die Abgeordneten der Eigenbrenner-Wahlkreise treten immer geschlossen auf als ein eigenartiger Interessentenring, in welchem alle politischen Partei-Unterschiede ausgelöscht sind. Selbst einige sozialistische Abgeordnete, und zwar solche beider Fraktionen, machen mit dem Ring gemeinsame Sache. Und dieser parteipolitisch unterschiedslose Ring bildet die große Mehrheit. Daher die Unzulänglichkeit des Versuches vom März 1903, Finanzminister Rouvier mußte insbesondere das Zugeständnis machen, das Privilegium unantastbar zu lassen zu Gunsten der Grundeigentümer, Pächter und Halbpächter, die nicht über eine größere Anbaufläche für die Weintrube oder nicht über eine größere Zahl von Fruchtbäumen verfügen, als notwendig ist, um daraus 50 Liter reinen Alkohol zu erzielen. Für alle andern Eigenbrenner wurde das steuerfreie Quantum „zum Selbstgebrauch“ auf 20 Liter reinen Alkohol jährlich festgesetzt.

Seither hat die Regierung in Ausführung des Finanzgesetzes eine Reihe Dekrete und Rundschreiben erlassen. Diese letzteren gilt nun der neueste Ansturm der Eigenbrenner. Sie schlugen angeblich oder wirkliche Uebergänge der Steuerbehörden vor, um die Reglementierung des Privilegiums nebst der damit verknüpften Steuerdefraudation über den Haufen zu rennen. Sie erklärten die Ausführungsdokumente und Rundschreiben für eine Verletzung des Finanzgesetzes, um so dieses indirekt ungeschädlich zu machen.

Aus den vielen technischen Details sei nur eines herausgehoben, die Verzuckerungsfrage. Die einschlägige Gesetzgebung hat von jeher den privilegierten Eigenbrennern die Vermischung von Zucker zu ihren selbsthergestellten Produkten verpönt. Auch das letzte Finanzgesetz schließt die Verzuckerung aus. Diese wurde aber für die Interessenten ganz besonders vorteilhaft, seitdem einerseits — nach der Entlastung der „hygienischen Getränke“, Wein, Bier, Cidre und Metz — die Alkoholfsteuer von 156 auf 220 Franc pro Hektoliter erhöht und andererseits infolge der Brüsseler Juderontvention die Zuckerssteuer von circa 60 auf 25 Franc pro 100 Kilo herabgesetzt wurde. Die Eigenbrenner verlangten nun in direkter Verletzung des Gesetzes die Ausdehnung ihrer Steuerfreiheit auf die Verwendung von verzuckertem Wein- und sonstigem Treber.

Finanzminister Rouvier mußte richtig neben vielem andern auch dieses Zugeständnis machen. Mühte, um nämlich den Sturz zu vermeiden. Er hatte übrigens den Mißzug angetreten noch vor der Interpellationsdebatte. Anßer den neun Eigenbrenner-Interpellationen von rechts und links setzten ihm drei seiner Ministerkollegen zu, die zwar als Regierungsmitglieder die bedrängte Finanzlage wohl kennen, aber viel angustlicher um ihre eigene Wiederwahl besorgt sind als um die Interessen des Staatsfiskus.

Die von der kompakten Eigenbrenner-Mehrheit votierte Resolution verlangt die „Abänderung“ der dem Finanzgesetz von 1903 „widersprechenden“ Reglements und Rundschreiben. Rouvier willigte in diese seine Amtshandlungen desabonierende Resolution ein!

Der Sieg der Eigenbrenner wird die ohnehin geringen Wirkungen des Finanzgesetzes noch weiter verringern. So hat jenes Gesetz nach Rouviers Angaben für die ersten neun Monate eine Mehrerhebung an der Alkoholfsteuer im Betrage von rund 16 Millionen Franc bewirkt. Im Budget aber wurde die Mehrerhebung auf 45 Millionen im Jahre veranschlagt, während der dem Staate durch die Schnaps-Liebesgabe verursachte Steuerverlust auf 100 oder sogar 200 Millionen geschätzt wird.

Die beiden sozialistischen Fraktionen verlangten in zwei gesonderten Resolutionen die Einführung des Alkoholmonopols — selbstredend erfolglos. —

Bewegung gegen die Stellenvermittlungsbüros. In der Arbeitsbörse in Paris fand gestern vormittag eine zahlreich besuchte Versammlung von Handlungsgeschäften statt, welche sich für die Abschaffung der Stellenvermittlungsbüros aussprach. Die Polizei wollte die Teilnehmer an der Versammlung zerstreuen, diese schleppten aber Steine, Tische und Gläser gegen die Beamten. Der Sturm dauerte eine halbe Stunde. Schließlich gelang es der Municipalgarde, die Menge auseinanderzutreiben. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Während des Zusammenstoßes mit der Polizei wurde aus den Fenstern der Arbeitsbörse Schwefelsäure auf die Polizeibeamten herabgeschossen, die an den Händen und im Gesicht Brandwunden erlitten. Unter den 30 Personen, welche verhaftet wurden, befanden sich mehrere, die schwere Verletzungen davongetragen hatten. Mehrere Kolikpatienten mußten der erhaltenen Verletzungen wegen nach dem Krankenhaus gebracht werden. —

## Italien.

Das neue Kabinett. Von den Staatsmännern, mit denen Giolitti heute Besprechungen hatte, werden den Vätern zufolge Luzzatti und wahrscheinlich auch Sacchi ins Kabinett eintreten, während Marcora abgelehnt haben soll. Folgende Belegungen von Ministerposten werden von den Vätern für wahrscheinlich gehalten: Giolitti Vorsitz und Inneres, Luzzatti Schatz, Sacchi Jusiz, Senator Tittoni Auwärtinges, Ronchetti Posten, De Marinis Ackerbau. —

Dem sozialistischen Abgeordneten Turati hat Giolitti, wie der „Daily Telegraph“ aus Mailand meldet, ebenfalls einen Posten in dem neuen italienischen Kabinett an. Turati lehnte das Amt jedoch mit der Bemerkung ab, noch habe sich in Italien nichts ereignet, was eine Beteiligung der Socialdemokratie an der Regierung rechtfertigen könnte. —

Triest, 20. Oktober. Gegen 200 österreichisch-italienische Studenten, welche an einem Freudentisten-Kongreß in Udine teilgenommen hatten, ist ein Hochverratsprozeß eingeleitet worden. —

## Spanien.

### Der Ausstand in Bilbao.

Der Streik in Bilbao greift immer weiter um sich. Auch die Arbeiter der Hochofenwerke „Vasconia“ (in den Volkssprachen heißt es „der Fabrik Vasconia in Altos Hornos“: ein Unfug; Altos Hornos sind Hochöfen. Die Red.) sind jetzt in den Ausstand eingetreten. Die Zeitungen sind auch gestern nicht erschienen. In Arenas erklärten die Ausständigen das Kloster der Trinitarier; die Mönche ergriffen die Flucht. Das Militär antwortete auf die Angriffe der Ausständigen mit Salven, wodurch einige Personen getötet wurden. Auch wurden mehrere Personen verletzt, darunter einige Soldaten. Die Censur der Telegramme wird nach wie vor streng gehandhabt.

Nach den neuesten amtlichen Nachrichten begingen die Ausständigen vorgestern vormittag Gewaltthatigkeiten in den Markthallen, in den Bädereien und Kaufhäusern und errichteten auf der Brücke San Antonio Barricaden. Als diese durch das Militär gestürzt waren, zerstreuten sich die Ausständigen nach allen Richtungen. Ferner drangen die Aufseher in einen Arealabsatz und plünderten ihn, benutzten sich eines Hauses und verschützten sich in demselben, um sich gegen Polizei und Militär zu verteidigen. Die Zahl der Toten während des vorgestrigen Tages beträgt fünf nach den Angaben der Militärbehörden, sieben nach denen des Präfecten. Der General Joppino wird heute mit einem Regiment Infanterie, zwei Escadrons Kavallerie und einer Batterie Artillerie dort eintreffen.

In dem Dorfe Soderpe sollen die Ausständigen mit Steinen nach dem Wagen eines Fabrikbesizers geworfen und den Kutscher verletzt haben.

Das sozialistische Komitee veröffentlichte eine Bekanntmachung, durch welche die Arbeiter aufgefordert werden, jeden Zusammenstoß mit dem Militär zu vermeiden; den Arbeitgebern sei es gerade erwünscht, wenn die Arbeiter gegen die Soldaten kämpften.

Bilbao, 20. Oktober. Die vergangene Nacht verlief verhältnismäßig ruhig; die Lage bleibt indessen noch immer ernst. Die Ausständigen errichteten neuerdings Barricaden an verschiedenen Punkten der Stadt. Ein heftiger Regen, der heute früh eintrat, trieb die Gruppen auseinander. Die Stadt bietet einen traurigen Anblick. Das Brot fehlt. Wie nunmehr feststeht, sind bei den gestrigen Zusammenstößen 6 Personen getötet und etwa 100 verwundet worden. Die Lokomotivführer und Heizer der Eisenbahnen drohen, sich dem Ausstande anzuschließen. Auf Befehl aus Madrid berief der Gouverneur die Minenbesitzer zu einer Besprechung.

Madrid, 20. Oktober. In der Deputiertenkammer verlas Ministerpräsident Villaverde eine neuerliche Depesche aus Bilbao, wonach die Kavallerie wiederum genötigt war, zu schießen. Mehrere Personen seien verwundet worden.

Die Minister traten zu einer Sitzung zusammen; in derselben wurde auch eine Abordnung der Arbeiter empfangen.

Der Präfect von Bilbao telegraphierte, daß die Ausständigen eine Kolonialwaren-Handlung geplündert und ein Jesuitenkolster zu stürmen versucht hätten, woran sie jedoch verhindert wurden. —

## Afien.

Russische Truppenmacht in der Mandchurie. Die russische Regierung hat wieder einen Vortrag gefunden, ihre Truppen in der Mandchurie zu verstärken. Die russische Telegraphen-Agentur meldet aus Peking, angelehnt an die Schwäche der chinesischen Behörden, welche ihre Verpflichtungen nicht erfüllen, und der dort herrschenden Gärung rüde eine russische Abtheilung gestern in die Stadt und besetzte die Wachen. Die von japanischer Seite stammenden Gerüchte über die Errichtung russischer Forts am Jalu sind übertrieben; es ist nur ein Ball zum Schutze russischer Ansiedlungen gegen Chinesen errichtet. Die Gerüchte über Einrücken japanischer Truppen in Korea bestätigen sich nicht. Die antirussischen Demonstrationen in Japan sind seltener geworden. —

## Landtagswahl.

### Minister Budde und die Landtagswahl.

Unter dem 27. Oktober hat der Minister Budde einen Erlaß an die Eisenbahndirektionen erlassen, in dem er seinen Erlaß vom 19. Juni 1903 für die Landtagswahlen erneuert. Er vermahnt sich dagegen, daß er den Wunsch ausgesprochen haben solle, die Eisenbahnbediensteten möchten socialdemokratisch wählen. So etwas hat natürlich niemand ernstlich behauptet. Thatsächlich aber hat Minister Budde — und es ist gut, daß sein Erlaß an dieses Wort erinnert — am 24. Februar 1903 im Reichstage erklärt:

„Die Bediensteten können wählen, wie sie wollen, auch Socialdemokraten, dagegen habe ich gar nichts.“

Im dritten Berliner Landtags-Wahlkreise ist den Freistimmigen nicht wohl. Die „Vossische Zeitung“ bringt auf Ersuchen aus dem Wahlkreise einen besonderen Anruf zur Verteilung für die Wahlkosten, weil die andern Parteien, Konservative und Socialdemokraten, große Anstrengungen machen, in diesem Kreise durchzudringen. —

Im Wahlkreise Spandau-Dönhaveland ist Sparrer K a m a n n als freistimmiger Kandidat für den Landtag aufgestellt worden. —

Die Reize des preussischen Wahlsystems. Wie in Berlin der Reichstagsler ein vielfach geringeres Wahlrecht hat als Bezirks-Verter, so in Altona der Bürgermeister gegenüber den — Vordellwirten! Aus Altona wird berichtet: Die ganze Fronte des Wahlkreises zum preussischen Landtage drückt sich in der Thatfrage aus, daß der Chef der Altonaer Polizei, Bürgermeister Meierhagen, in der dritten Wählerklasse wählt, während die Vordellwirte in der ersten Klasse wählen. Das ist zu forschbar. —

Arbeitsruhe am Wahltag. Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend hat auf eine Eingabe der beiden hiesigen Sektionen des Brauerei-Arbeiter-Bandes folgendes erwidert:

„Der Verein beschließt, denjenigen Arbeitnehmern, welche wahlberechtigt sind und die darum ansuchen, den 12. November von 12 Uhr mittags an frei zu geben und zwar ohne Lohnförsung.“

Dieses dankenswerte Vorgehen wird hoffentlich dahin erweitert, daß auch denjenigen Arbeitern, die in den Vororten mit früherem Wahlbeginn zu wählen haben, rechtzeitig frei gegeben wird.

## Kommunales.

### Stadtvorordneten-Versammlung.

25. Sitzung vom Donnerstag, 20. Oktober 1903, nachmittags 5 Uhr.

Vorsicher-Stellvertreter Nischel eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Der Ausschuß zur Vorbereitung des Reglements für die Försorge-Erziehung ist gewählt und hat sich konstituiert. Vorsitzender ist Stadtv. Stadthagen; außer ihm gehören noch die socialdemokratischen Stadtv. Koblenzer und Tollsdorff dem Ausschusse an.

In Stelle des verstorbenen Stadtv. Hugo Sachs werden gewählt: in den Petitionsauschuß Stadtv. Barth, in den Wahlprüfungs-Ausschuß Stadtv. Modler, in die Deputation für Statistik Stadtv. Dove.

Zur zweiten Beratung steht der Nachtragsetat betreffend die Errichtung eines Filialhospitals für Männer

auf dem gemieteten Grundstück zu Reinickendorf, Berlinerstraße 128. Der Antrag Augustin auf Ausschubberatung war in der letzten Sitzung von der Mehrheit abgelehnt worden; auf den genügend unterstützten Widerspruch des Stadtv. Singer mußte darauf die zweite Beratung von der Tagesordnung abgelehnt werden.

Zur heutigen Beratung haben die Stadtv. Augustin und Genossen beantragt, in den Etat auch das Gehalt für einen Lazarettgehilfen (Arankenwärter) mit 440 M. einzusetzen und den Ausgabeposten für Verpflegung und Bekleidung so zu erhöhen, daß die Säge für Verpflegung denjenigen im Friedrichs-Wilhelms-Hospital gleichkommen (pro Kopf jährlich 100 M.).

Stadtv. Freudenberg (Soz.): Infolge neuerlichen Anstellungen an der Vorlage haben sich inzwischen zu den Ihnen vorliegenden Anträgen verändertes. Die Gründe für die Anstellung eines Krankenwärters für die 120 alten fischen Leute, die in der Filiale Unterkunft finden sollen, habe ich damals bereits entwickelt. Erst heute vormittag hat das Kuratorium des Arbeitshauses beschlossen, mit einem Heilgehilfen einen Vertrag abzuschließen, damit er bei Bedarf dort seine Dienste leistet; heute vormittag hat also das Kuratorium anerkannt, was es vor acht Tagen noch bestritt. Wir halten nun eine solche gelegentliche Anstellung nicht für ausreichend, auch nicht für erheblich billiger; deshalb haben wir für die Anstellung eines solchen für die vier Monate vom 1. Dezember ab 440 M. in Antrag zu bringen beantragt.

Stadtv. Jacoby: Für das Jahr 1904 ist im Etat die Besetzung mit 250 Insassen vorgesehen; aus diesem Grunde hat man geglaubt, demnächst mit veränderten Verhältnissen rechnen zu müssen. Der gegenwärtige Nachtrag rechnet aber mit 120 Insassen; wir müssen erst abwarten, wie die Verhältnisse sich in der Filiale entwickeln. Der heutige Beschluß des Kuratoriums betrifft die ersten vier Monate nicht; wir glauben für diese Zeit auf die Hilfe, die Herr Freudenberg anbietet, verzichten zu dürfen.

Die Forderung für einen Krankenwärter nach dem Antrage Freudenberg wird abgelehnt.

Stadtv. Freudenberg: Unser zweiter Antrag hat den Zweck, thatsächlich wahr zu machen, was die Magistratsberichte und sonst über das Arbeitshaus-Hospital sagen, nämlich daß dieses Hospital den übrigen städtischen Hospitälern gleich steht. Wir beantragen deshalb denselben Satz, der dort fñhlich ist, 190 Mark im Jahr oder etwa 50 Pfennig pro Tag, während die Vorlage 41 Pfennig ohne Brot oder 28 1/2 Pfennig mit Brot zu Grunde legt. Die Mehrbelastung würde ganze 1300 Mark betragen; das kann Berlin gewiß noch leisten.

Stadtv. Jacoby: Es handelt sich nicht um Arante; der Satz von 28 1/2 Pf. ist der durchschnittliche, für den die gesunden Hospitalisten in Ammelsburg verpflegt werden.

Stadtv. Wallach (A. V.): Es ist doch in der That sonderbar, daß hier so ohne weiteres die Erhöhung eines bestehenden Satzes beantragt wird. Es ist dafür, wie die Verwaltung bezeugt, absolut kein Bedürfnis vorhanden.

Dr. Freudenberg: In Ammelsburg wird für Hospitalisten und Häuslinge insgesamt für die Verpflegung außer Brot ein Satz von 28 1/2 Pf. eingesetzt; auf die Arbeitshauslinge, 2/3 der Gesamtzahl, entfallen 21, auf die Hospitalisten (1/3) 33 Pf. Thatsächlich verlangt also doch die Verwaltung mit 28 1/2 Pf. einen niedrigeren Satz; die Hospitalisten sollen, wenn sie von dort fortkommen, schlechter verpflegt werden. Es handelt sich hier nicht um Häuslinge, sondern um Hospitalisten. Wir sind durchaus verpflichtet, diese den übrigen Hospitalisten gleichzustellen. Die Verwaltung hat auch seiner Zeit diesen höheren Satz gefordert, aber der Magistrat ihn abgelehnt.

Der Antrag wird abgelehnt und der Etat unverändert angenommen.

Auch hinsichtlich der Vorlage betreffend die anderweitige Vergütung der

### Gestellung der Arbeiterwagen

hatte die Mehrheit dem socialdemokratischen Antrag auf Ausschubberatung vor acht Tagen nicht stattgegeben, und auch hier hatten die Antragsteller die Abiegung der zweiten Lesung von der Tagesordnung erzwungen.

Stadtv. Illstein (A. V.) empfiehlt Einsetzung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern. Unbeschadet der Stellung zu der Frage der Einmündung der Stadt in die privaten Arbeitsverhältnisse dürfen speziell in diesem Falle die Lohnverhältnisse der Arbeiter nicht ganz unberücksichtigt bleiben. Es würden an die Kutscher nach dem Vertrage besondere Anforderungen gestellt; da sei es doch die Frage, ob 18 M. eine angemessene Entlohnung seien.

Stadtv. Gorman (Fr. Fr.) bittet wie vor acht Tagen um Ablehnung des Antrages auf Ausschubberatung. Die Stadt könne sich nicht in diese Verhältnisse einmischen.

Vom Stadtv. Augustin (Soz.) wird der Antrag eingereicht, den Vertrag mit dem Unternehmer Nischel nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß dieser seinen Arbeitern 24 M. Wochenlohn zahle. (Heiterkeit und Unruhe.)

Stadtv. Augustin (Soz.): Es ist bezeichnend, daß die Herren sofort in Heiterkeit ausbrechen, wenn hier 24 M. für die Kutscher gefordert werden. Die Leute haben, wie ich persönlich ermittelt habe, einen Arbeitsverdienst von täglich 3 M.; die Feiertage in der Woche werden bloß mit 1,50 M. entlohnt, außerdem müssen sie davon noch Kranken- und Invalidengeld bezahlen. Von morgens 5 Uhr bis abends 8 und 9 Uhr müssen die Leute auf dem Hofe sein. Was es heißt, von einem so geringen Lohn leben zu müssen, dafür dürfte vielen von Ihnen das Verständnis abgehen. (Sehr richtig!) Die Stadt müßte doch darauf dringen, daß die Leute einen wenigstens einigermaßen anständigen Lohn bekommen. Die Stadt kommt ja zu diesem billigen Angebot nur auf Kosten der Kutscher. Andre Fuhrwerksbesitzer zahlen 24 und 27 M.; andre, wie der Submittent Moriz, zahlen bloß 75 M. monatlich. Die bescheidene Forderung, die die Arbeiter hier gestellt haben, sollte die Stadt doch annehmen. Bei einer so langen Arbeitszeit ist doch ein Tagelohn von 4 Mark nicht zu viel. (Beifall.)

Stadtv. Wallach: Der Heiterkeitserfolg (Rufe: Schlimm genug!) des Vorredners überhebt mich eigentlich der Mühe, auf den Antrag noch einzugehen. Wir müssen uns doch vor Augen halten, daß wir mit den Arbeitern gar nichts zu thun haben (Widerspruch); wir haben es nur mit dem Unternehmer zu thun. Wohin sollte es wohl führen, wenn dieser erste kleine Anstoß es dahin brächte, daß wir bei jeder zu vergehenden Arbeit solche Bedingungen vorzudringen? Sollen wir auch vorzudringen, im Falle Kost gewährt wird, was zu Mittag und zu Abend für Essen gegeben werden soll? (Heiterkeit und Unruhe.) Mit diesen Zukunftsstaatsideen versehen Sie uns; so lange wir noch etwas zu sagen haben, werden wir uns dagegen wehren. Die Ausschubberatung haben wir voriges Mal abgelehnt und Herr Illstein hat nichts Neues beigebracht. Daß die Wagen unsere Firma und die Kutscher unsere Livree tragen, ist immer schon dagewesen.

Stadtv. Rommjen (Fr. Fr.) bittet dringend, überhaupt nicht in eine Einzelberatung des Vertrages einzutreten, da der Abschluß dieser Verträge ausschließlich Sache des Magistrats sei. Zum Zwecke der Stempelberechnung sei der Satz von 18 M. zu Grunde gelegt, damit



fel nicht gesagt, daß die Auischer nur 18 Mark bekommen. Es handle sich dabei natürlich bloß um das Minimum. Stabile Lohnsätze in solche Verträge hineinzusetzen, sei ein Unfug; damit werde man vorläufig kein Glück haben.

**Stadt. Pfannkuch (Soc.):** Herr Rommsen erklärt zunächst, den prinzipiellen Schritt des Antrages niemals mitmachen zu wollen. Man soll nie „niemals!“ sagen. Am Schlusse meint er dann: Vorläufig nicht. Herr Wallach hat aber ganz recht; diesem unserm Antrage werden noch andre folgen. In der städtischen Straßenreinigung haben wir Auischer, welche auch die städtische Uniform tragen, mit noch viel niedrigeren Löhnen abgefunden, da giebt es Löhne bis zu 2,20 Mark herunter. Da habe ich auch in der letzten Deputations-Sitzung ähnliche Anregungen, natürlich zunächst erfolglos gegeben; aber die Zeit wird kommen, wo auch Berlin in dieser Beziehung nach dem Muster von England und Holland sich richten wird. Was dort möglich ist und in der Praxis besteht, wird auch in Berlin durchführbar sein. Prinzipiell ist doch nichts weiter dabei, als daß später die Subventionen nicht mehr so einfach wie bisher von den Unternehmern praktiziert werden können; letztere werden mit bestimmten Lohnsätzen zu rechnen haben. Dem Unfug des Submissionswesens würde mit diesem Antrag gesteuert werden. Es hat mich auch von Herzen gefreut, daß der Chef der Verwaltung der Straßenreinigung in der Deputation die Initiative ergriffen hat, daß eine solche Klausel in die Verträge wegen Stellung der Rehrmaschinen z. eingestrichelt wurde; leider war ich der einzige, der ihm dort sekundierte. (Beifall.)

**Stadt. Goldschmidt (R. L.)** hält es für unthunlich, von Stadt wegen die Löhne vorzuschreiben; was zu verlangen sei, sei, daß die Unternehmer nicht auf Grund schlechter Löhne ihre Angebote machen. Deshalb empfehle sich Ausdehnungsberatung.

**Stadt. Gaffel** lehnt nicht ab, unter Umständen zu prüfen, ob wirklich unzulängliche und unwürdige Löhne gezahlt werden; in diesem Falle sei jedoch vorgetragen, daß eine solche Prüfung angezeigt erscheine. Redner wird also für seine Person für einen Ausschuss stimmen.

Den Nachtragskostenanschlag für die Baracken für chirurgische und innere Krankheiten beim Rudolf Virchow-Krankenhaus über zusammen 127 100 M. hat der Ausschuss nach vorgenommener Besichtigung der Probebaracke genehmigt und den Antrag, einen Raum für unreine Wäsche nur für Infektionsbaracken, nicht aber für jede der 20 Baracken zuzugestehen, mit 7 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Nach einem erschöpfenden Bericht des Referenten **Stadt. Reimann (R. L.)** wird die Vorlage ohne Debatte genehmigt.

Es liegt sodann folgender Antrag **Wallach** vor:  
Den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, warum sich derselbe über den Beschluß der Versammlung vom 9. Juni 1898, betr. Bildung einer gemischten Deputation behufs Beratung über eine

#### Reorganisation der Gewerbesteuer,

noch nicht geäußert hat.  
Die Versammlung beschließt hierauf mit beträchtlicher Mehrheit die Einsetzung eines Ausschusses.

**Stadt. Dr. Liebknecht (Soc.):** Der Antrag hat eine lange Vorgeschichte; es ist eine Art ewiger Jude. Schon 1894 ist der Antrag erwogen worden; es ist schon mit dieser Frage eine gemischte Deputation beschäftigt gewesen, auch eine Subkommission des Magistrats hat darüber beraten; dann gab es 1895 wieder eine gemischte Deputation, welche zu einem negativen Votum kam. 1898, also vor fünf Jahren, kam ein neuer Antrag Kreiling auf Einsetzung einer gemischten Deputation; der Magistrat erklärte damals, er habe ja selbst schon eine Kommission zur Prüfung der Frage eingesetzt, die Beratung könne unmöglich lange dauern, die Versammlung könne also wohl bis zur Erledigung dieser Beratungen im Magistrat warten. Diese Beratungen sind aber bis heute nicht erledigt. 1902 hat der Magistrat „in Kürze“ eine Vorlage versprochen, aber nach weiteren fünfviertel Jahren hören wir bis heute immer noch kein Wort. Fünf Jahre zur Erledigung der Vorarbeiten, das ist doch eine außerordentlich lange Zeit! Auf ähnliche Zusicherungen des Magistrats könnte man danach in Zukunft eigentlich nichts mehr geben. Programmatisch sind wir Socialdemokraten nur für direkte Steuern zu haben; dazu gehört zwar die Gewerbesteuer auch, aber sie ist eine solche, die wir in keiner Weise als besonders gerecht und zweckmäßig anerkennen können, weil sie das nichtfundierte Einkommen einseitig bezieht. Allerdings ist anzuerkennen, daß sie, insofern sie das Betriebskapital heranzieht, auch als eine Art Vermögenssteuer wirkt. Läßt sich nun an der gegenwärtigen Erhebung der Gewerbesteuer etwas besseres? Die staatlichen Veranlagungsgrundlagen sind an und für sich nicht ungerade; aber es muß untersucht werden, ob nicht eine schärfere Progression herbeigeführt werden kann. Die Frage ist seiner Zeit verneint worden, aber wir können uns dem nicht anschließen. Wir können doch, was das Gesetz freiläßt, eine besondere Gewerbesteuer-Ordnung einführen, und da ist auch eine schärfere Progression zulässig. Leider ist es nicht möglich, den Kreis der Heranzuziehenden zu erweitern, da sind uns die Hände gebunden, man kann z. B. die Verste und Rechtsanwalte nicht heranziehen. Besonders ungerecht ist die Härte, mit der die kleinen Gastwirte durch das Gesetz befallen werden; hier wäre eine Milderung, sei es auf dem Gebiete der Verste- oder der Gewerbesteuer, sehr erwünscht. § 31 des Kommunalabgabengesetzes bietet eine Handhabe für solche Milderungen. Z. B. die „Große Berliner“, eine Einrichtung, welche der Stadtverwaltung seit Jahren als eine Art Sammelort am Halleschen Thore, würde dadurch etwas kräftiger herangezogen werden können. Die Heranziehung der Theater scheint mir insofern sehr bedenklich, als sie auf eine Kultursteuer hinauslaufen würde; ähnliche Bedenken treffen auf die Hotels zu, während es allerdings mit den großen Bierpalästen anders läge. Die Gewerbesteuer muß vor allem als Steuer auf fundiertes Einkommen wirken, und dazu bietet § 29 des erwähnten Gesetzes eine Handhabe. Diese Gesichtspunkte wären zu erwägen, wenn auch die Gewerbesteuer dadurch immer noch nicht zu einer gerechten Steuer gemacht werden kann. Nach der fünfjährigen Tagung der Magistratskommission werden wir ja wohl demnächst ein sehr gründliches Werk von ihr erhalten; hoffentlich wird schließlich auch aus unsren Beratungen ein gutes Werk herauskommen.

**Stadt. Wallach:** Nach dieser Rede bedauere ich unendlich, den Antrag eingebracht zu haben. Sie haben eine Steuerrede zu hören bekommen; ich wollte bloß den Magistrat fragen, ob er nun endlich zu einem Entschlus gekommen ist. Bei einer sogenannten „Reorganisation“ kann nichts herauskommen, darüber sind wir einig. So lange die Gewerbesteuer kontingentiert ist, kann sie schwerlich „reorganisiert“ werden. Der Kämmerer war 1898 schuld, daß unser Beschluß überhaupt gefaßt wurde. Heute aber müssen wir, schon weil die Lage der Finanzen dazu drängt, endlichen Ausschluß vom Magistrat erbitten.

**Kämmerer Raab:** Ich bin an diesem Hasard schuld; ich habe einen Reproduktionsmerkmal dergleichen. In der Sache hat sich aber deshalb nicht für einen Dreier geändert. Für den Hasard bin ich aber nicht von allem Anfang an verantwortlich; er geht schon seit 1894 um. Es ist aus allen mühevollen Beratungen nur herausgekommen, daß die Sache nicht zu machen war, daß es nicht gelang, eine noch gerechtere Steuerkonstruktion zu finden. Alle Milderungen bringen nicht einen Pfennig mehr, denn der Betrag ist kontingentiert. Gewiß konnten wir eine besondere Steuerordnung machen, das gestattet das Kommunalabgabengesetz. Wo sollten wir aber die Verwertheten finden, die eventuell einen Zuschlag zu fragen hätten? Das war bei 86 000 Centimen geradezu ein Ding der Unmöglichkeit. Das stellte sich sehr bald heraus bei den Fuhrwerksbesitzern, bei den Hotels, Branntweinen usw., denn die Verhältnisse sind zu verschieden, es hätten wieder Abstrafungen gemacht werden müssen, und da konnten uns auch alle staatlichen Musterordnungen nichts nützen. Man hat denn auch nur noch seit 1895 nach einer gerechteren Unterverteilung gesucht, nach einer weiteren Entlastung der unteren Stufen. Der Finanzminister Riquel kam dann wieder mit einer neuen Musterordnung und der Antrag Kreiling war wohl mit durch die begünstigten Landtags-Verordnungen beanlagt, wo Herr v. Riquel

sich über die Richtigkeit der Kommunen in diesem Punkte beklagte. Inzwischen kam ferner das Warenhaussteuergesetz, welches die vierte Klasse immerhin ganz beträchtlich entlastete, 1901 mit 206 000 M., 1902 mit 2 Vierteljahre. Ein gewisser Nutzen ist daraus also erwachsen. Diese Umstände haben die Verzögerung verschuldet; wollen Sie noch eine Vorlage haben, so können Sie sie haben (Heiterkeit); wenn Sie keine haben wollen, werden Sie mir einen großen Gefallen thun. (Große Heiterkeit.) Der Magistrat hat sich ablehnend entschieden.

**Stadt. Rommsen:** Die Gewerbesteuer gehört nicht zu den Steuern, die uns mehr eindringen können. Herr Singer hat sich in der gemischten Deputation schon damals überzeugen lassen müssen, daß nach der Lage der gesetzlichen Bestimmungen mit einer solchen Reorganisation nichts zu machen war. Wir können nichts, als die uns nach fünf Jahren heute gewordene Antwort zur Kenntnis nehmen, daß der Magistrat unsern Beschluß von 1898 nicht zustimmt. Mit Versprechungen nach dieser Richtung den Steuerzahlern zu kommen, ziehe selbst vor den Wahlen nicht.

**Stadt. Wallach:** Die Warenhaussteuer haben wir niemals für etwas Gutes gehalten, aber den Giftstachel haben wir ihr auszugießen geglaubt, indem wir die Verwendung der Einnahmen zur Entlastung der unteren Gewerbesteuerklassen beschloßen.

**Stadt. Goldschmidt** wendet sich gegen einzelne Ausführungen des Kollegen Dr. Liebknecht. Zu starke Anziehung der Einkommen- und Vermögenssteuer-Schraube würde für Berlin Steuerausfälle zur Folge haben.

**Stadt. Liebknecht:** Herr Rommsen hat mich dem Sinne nach als Demagoge bezeichnet, weil ich kurz vor den Wahlen von Erleichterungen der Steuerzahler spreche. (Widerspruch des Stadt. Rommsen.) Ich muß es nachdrücklich zurückweisen, daß wir nötig hätten, diese Taktik zu den Wahlen einzuhalten. (Große Unruhe, Widerspruch und Heiterkeit.) Wir unterscheiden uns gerade auf diesem Gebiete von allen anderen Parteien. Der Kämmerer sprach 1898 von einer starken Kommission, welche demnächst ihre Arbeiten vorlegen werde. Die Kommission hat jedoch existiert, ist sie vom Erdboden verschwunden oder was ist sonst aus ihr geworden? Eine Vorlage über die Ergebnisse ihrer Beratungen hätte uns doch vorgelegt werden müssen, denn der Magistrat kann doch nicht einfach unsere Anträge unter den Tisch fallen lassen. Auf Grund einer solchen Vorlage kommen wir ja vielleicht dazu, anzuerkennen, daß Herr Raab recht hat; aber es genügt doch nicht, daß es heißt: Der Kämmerer Raab hat gesprochen, der Name des Herrn Raab sei gelobt! (Zurufe.) Unsere Anträge müssen in ordnungsmäßiger Weise erledigt werden.

**Stadt. Rommsen:** Wenn jetzt noch eine Antwort gefordert wird, so haben wir sie doch vom Kämmerer heute erhalten; wir brauchen das nicht mehr gedruckt zu bekommen. Herrn Liebknecht habe ich den Vorwurf der Demagogie heute jedenfalls nicht gemacht. In der Gewerbesteuerfrage kann eben niemand den Interessenten Versprechungen machen.

Der Antrag wird nach den Erklärungen des Kämmerers vom Stadt. Wallach zurückgezogen.

Die Anträge Nathan und Landau betreffend das Kinderkrankenhaus und die neue Station für Geschlechtskranke sollen im Einverständnis mit den Antragstellern erst in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommen.

Mit den vom Finanzminister und von dem Minister des Innern für die Genehmigung der 228 Millionen-Anleihe gestellten Bedingungen hinsichtlich der Tilgung und betreffs der Liebertragbarkeit der für die verschiedenen Zwecke vorgesehenen Anleihebeträge untereinander hat sich der Magistrat einverstanden erklärt, um endlich in den Besitz der Genehmigung der Anleihe zu gelangen. (Der Antrag auf Genehmigung datiert vom 4. Januar, der Beschluß der Minister vom 21. Oktober.)

**Stadt. Kämpf (R. L.):** Der Strohseufzer des Magistrats wird Ihnen allen verständlich gewesen sein. Die anleihefreie Zeit ist vorüber; nehmen Sie die Vorlage einfach an!

Die Versammlung tritt dem Magistratsvorschlage bei.

Schluß 8 Uhr.

## Sociales.

In der Konferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels machte Propst Guzmann aus Argentinien über die dortigen Zustände folgende Mitteilungen:

Ein Vordelikt, der zwei öffentliche Häuser besaß, sei nach sechs Jahren mit einem Vermögen von über einer Million Mark nach Wien übergedelt, wo er aber bald sein Vermögen verpielt hatte. Darauf sei er zurückgekommen und habe sich nach weiterer 1 1/2-jähriger Thätigkeit mit einem Vermögen von 300 000 M. zur Ruhe gesetzt und das „Geschäft“ seinen beiden Reffen übergeben. Sie stimpellos die Händler vorgehen, zeige der Umstand, daß kürzlich ein Agent seine eigene Richte für 200 Gulden verkauft hat. Ein Bräutigam, der seine verheiratete Braut aus einem Bordell heranzuholen wollte, wurde von seinen eignen Glaubensgenossen verprügelt. — Farrer Heimersdorf-Eberfeld empfiehlt, die Sittlichkeitsvereine zu dem Kampf mit heranzuziehen. Redner beklagt die Sittlichkeitsverhältnisse in Reg. und verweist auf den Mädchenhandel nach Belgien und Holland, zu dem der rheinisch-westfälische Industriebezirk das Material liefert. In sein Zirkushaus sei eine Kupplerin unter den scheinheiligsten Versicherungen gekommen. Hinterher zeigte sich, daß sie nur junge Mädchen, „frische Ware“, liefern lernen wollte. In einem aufgefundenen Brief schreibt sie, daß sie zwei Mädchen zum Preise von dreißig Gulden pro Person nach Holland „verkauft“, so heiße der technische Ausdruck, wolle. Leider seien unsere Strafbestimmungen unzureichend. — Frau Scheven-Dresden, Fräulein Pappirj-Berlin vom „Vund deutscher Frauenvereine“ und Gräfin Wälder-Hamover vom „Deutsch-englischen Frauenbund“ protestieren gegen eine Ausherrschung des Richterplattens, daß das Komitee es nicht als seine Aufgabe betrachten könne, den Kampf gegen die Prostitution zu führen. Sie verlangen grundsätzliche Bekämpfung der Prostitution und des Bordellwesens, sowie der Reglementierung vom menschlichen und sittlichen Standpunkt. (Lebhafte Zustimmung.)

Hierauf sprach Professor Dr. Ullmann-München über die strafrechtliche Bekämpfung des Mädchenhandels. Redner erblende in dem Mädchenhandel die tiefste sittliche und moralische Entwürdigung der Frau, so daß vom Standpunkt des Schutzinteresses die Frage der Einwilligung oder Nichteinwilligung keine Rolle spielen könne. Aufgabe der civilisierten Staaten dürfe es nicht bloß sein, einige traurige Fälle zur Bestrafung zu ziehen, sondern es müsse dieses ganze schändliche Gewerbe ausgerottet werden. (Beifall.) Zur Frage der Ausdehnung der strafrechtlichen Verfolgung auf Fälle der Einwilligung befragt Redner folgenden Antrag, dem die Versammlung ohne Debatte zustimmte: „Die Nationalkonferenz spricht ihre Ueberzeugung aus, daß eine wirksame Bekämpfung des Mädchenhandels die Ausdehnung des Thatbestandes dieses Verbrechens auch auf die Fälle der Einwilligung einer großjährigen Frauensperson notwendig fordert. — Die Nationalkonferenz beschließt gleichzeitig die Mitteilung ihres Beschlusses und ihrer Verhandlungen an des Reichs-Justizamt mit der Bitte um Reminiscenznahme und geeignete Würdigung bei der Reform des deutschen Strafgesetzbuchs.“ Weiter erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß das Reichs-Justizamt bei der Strafgesetz-Reform auch die Bestrafung der Ausbeutung der Notlage, die Frage der Strafbarkeit des Versuchs und die Ausdehnung der Anzeigepflicht in Erwägung ziehe.

In der letzten Sitzung vertrat Dr. Durcharb aus Berlin die Forderung, daß die Landespolizei gegenüber bestraften Prostituierten das Recht der Aufenthaltbeschränkung und die Ausweisungsbefugnis erlange. Frau Scheven und Fräulein Pappirj widersprechen ihm. Auch diese Forderung überwiegt die Konferenz dem Reichs-Justizamt zur Veranschlagung.

#### Antilcher Menschenhandel?

In der Nr. 250 der „Kattowitzer Zeitung“ vom 27. Oktober d. J. lesen wir dieses Inserat:

Galizische Arbeiter für industrielle Unternehmungen, insbesondere für Kohlenbergwerke, liefert billigt Emil Uebernahmestelle Myslowitz.

Was ist das für eine antilche Stelle, die galizische Arbeiter „billigt liefert“, wie etwa Bagensteinische Kaiserbilder?

Ein Gesekentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine soll, wie berichtet wird, im Reichsamt des Innern vorbereitet werden.

## Verfammlungen.

Die Beschlüsse des Verbandstages der Bäcker-Innungen, der Anfangs dieses Monats abgehalten wurde, erfuhr eine scharfe Kritik in einer stark besuchten Versammlung der Bäckergehilfen, die am Dienstagmorgens in Duggenhagens Saal tagte. Der Referent Schneider besprach zunächst den Beschluß des Innungstages, wonach die Innungen eine Centralstelle für den Arbeitsnachweis einrichten wollen. Diefem Beschluß stehen die Gehilfen mit berechtigtem Mißtrauen gegenüber, denn im Hinblick auf die Kämpfe, welche die Bäcker-Innungen von jeher gegen die Organisation der Arbeiter und deren Bestrebungen führen, ist mit Recht anzunehmen, daß die Centralstelle in erster Linie dazu dienen soll, bei etwaigen Lohnbewegungen Streikbrecher aus allen Teilen Deutschlands nach dem jeweiligen Streikort zu dirigieren. Die Einrichtung der Centralstelle ist ja auch seitens der Meister damit begründet worden, daß man den unbedingten Forderungen der Gehilfen entgegenzutreten müsse. Diefem Zweck solle wohl auch die Sammlung statistischen Materials dienen, die ebenfalls zu den Aufgaben der Centralstelle gehört. Es ist anzunehmen, daß durch einseitig zusammengestellten Material die Behörden gegen die Forderungen des Arbeiterschutzes, dessen schärfste Gegner ja die Bäckermeister sind, beeinflusst werden sollen. Der Verband der Bäckermeister werde dafür sorgen, daß dem statistischen Material der Innungen das von den Arbeitern gesammelte Material entgegengestellt wird. Besonders aber müßten die Gehilfenauschüsse darauf achten, daß die Absichten, welche die Meister mit der Centralstelle haben, nicht durchgeführt und daß namentlich die Streikbrechervermittlung vereitelt werde. Als unbedingte Forderungen betrachten die Meister, wie sie bisher stets bewiesen haben, jede Bestrebung, die sich auf Verbesserung der elenden Arbeitsverhältnisse im Bäckergewerbe richtet. Die beabsichtigt aber solche Bestrebungen sind, beweise der Umstand, daß sich die Löhne der Gehilfen seit zehn Jahren nicht gebessert haben, und daß es selbst in Berlin heute noch Bäckergehilfen giebt, die neben Kost und Logis 3 bis 4 M. Wochenlohn erhalten. Nach einer Statistik des Verbandes, die sich auf 6382 Gehilfen erstreckt, haben 6251 bis 10 M., 1207 10—12 M., 280 18 M., 60 21 M., das ist ein Durchschnitt von 9,30 M. Rechnet man Kost und Logis mit 10,50 M. pro Woche, so ergibt sich ein durchschnittlicher Wochenlohn von nur 19,80 M. Von den ohne Kost und Logis beschäftigten Gehilfen erhielten 130 bis 18 M., 571 bis 21 M., 886 bis 24 M., 862 bis 30 M., 112 über 30 M. Das ergibt einen Durchschnitt von 23,44 M. Bei solchen Löhnen könne kein Geselle, namentlich wenn er verheiratet ist, bestehen, und es sei gewiß nicht unbedeutend, hier eine Verbesserung anzustreben, die ja auch auf anderen Gebieten dringend notwendig sei. Die Organisation der Berliner Bäckergehilfen habe in den letzten zwei Jahren gute Fortschritte gemacht. Der Verband zählt in Berlin 700 Mitglieder. Da aber hier ungefähr 7000 Gehilfen arbeiten, so müßte die Zahl der Organisierten noch viel stärker werden, damit die Organisation ihre Aufgabe erfüllen, die arbeitgeberfeindlichen Bestrebungen der Meister bekämpfen und die Verhältnisse der Gehilfen verbessern kann. — In der Diskussion sprachen mehrere Redner im Sinne des Referenten. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß sich das Verbandsbureau jetzt im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstraße 11/12, befindet.

**Centralverband der Bildhauer.** In der Generalversammlung der Filiale Berlin, die am Dienstag im Gewerkschaftshause stattfand, hielt zunächst der Reichstags-Abgeordnete Dr. Südekum einen Vortrag über: „Die moderne Großstadt“, der lebhaftes Interesse und Beifall fand. Sodann wurde die Abrechnung vom dritten Quartal vorgelesen. Die Bilanz der Lokalfiliale weist in Einnahme und Ausgabe die Summe von 2835,11 M. auf. Der Bestand der Streikzuschüsse ist von 4978,10 M. auf 5386,10 M. angewachsen. An Streikzuschüssen wurden 103,75 M. ausbezahlt. Die Abrechnung der Centralfiliale schließt mit der Bilanzsumme von 8785,28 M. An die Hauptfiliale wurden 9350 M. gelangt. Der Mitgliederbestand ist im Laufe des Quartals von 864 auf 950 angewachsen. Es wurden außerdem noch einige geschäftliche Mitteilungen gemacht. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden der vorgeschrittenen Zeit wegen vertagt.

**Straßen.** Am Sonntag, den 25. d. Mts., fand im Scharfbergschen Lokale hier selbst eine Volksversammlung statt. Dieselbe beschäftigte sich mit der bevorstehenden preussischen Landtagswahl. Der Referent, Genosse Hinz, schilderte die wichtigsten Eigentümlichkeiten des preussischen Dreiklassen-Wahlrechts und gab einen kurzen Ueberblick über die bisherige Zusammenlegung des Landtags. Er schloß mit der Aufforderung, jeder Wahlberechtigte möge zur Wahl gehen und auch die Indifferenten aufstellen. Gegner waren nicht anwesend. Nachdem der Vorsitzende noch einmal aufgefodert hatte, sich recht zahlreich an der Landtagswahl zu beteiligen, erfolgte die Aufstellung der Wahlmänner. In der dritten Wählerklasse wurden Brebes und Bernsdorf, in der zweiten Schöps und Mühe aufgestellt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Paris, 20. Oktober. (B. T. B.)** Die Arbeiter, welche in der Nahrungsmittel-Branchen beschäftigt sind, hielten heute nachmittags abends eine Sitzung in der Arbeiterbörse ab, in deren Verlaufe Drohreden auf den Municipalrat, den Polizeipräfekten und die Polizisten ausgesprochen wurden. Als eine Folge aus einem der Fenster der Arbeiterbörse geschleudert wurde, wodurch ein Polizist eine Verletzung erlitt, zog die berittene Municipalgarde blank und rückte vor. In diesem Augenblick wurden etwa zehn Flaschen aus den Fenstern geschleudert, ohne jedoch jemand zu treffen. Im Verlaufe des darauffolgenden Handgemenges wurden etwa 40 Personen, Polizisten und Teilnehmer an der Versammlung, mehr oder weniger verletzt. Mehrere Personen, die aus der zweiten Etage in die Halle der Arbeiterbörse sprangen, erlitten Verletzungen. Die Polizei räumte später die Arbeiterbörse und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

**Paris, 20. Oktober. (B. T. B.)** Gegen 7 Uhr abends nahm das Stadtviertel, in welchem die Arbeiterbörse liegt, wieder sein gewöhnliches Aussehen an. Man schätzte die Zahl der im Laufe des Tages Verletzten auf 70; Polizeibeamte wurden 62 mehr oder minder verwundet, 60 Verhaftungen wurden aufrecht erhalten.

#### Der Ausstand in Bilbao.

**Madrid, 20. Oktober. (B. T. B.)** Der Ministerrat, welcher heute unter dem Vorhänge des Königs zusammentrat und sich mit den Ereignissen in Bilbao beschäftigte, sprach sich für eine Verstärkung der dort zusammengezogenen Truppen aus. General Jappino wurde mit der Leitung der Maßnahmen beauftragt. In Bilbao scheint die Ruhe wieder hergestellt zu sein, obgleich der Ausstand noch andauert. Die Telephonverbindung ist wieder hergestellt. In den Vorstädten kam es zu einigen Streitigkeiten. Antliche Telegramme bestätigen, daß in Bilbao die Ruhe allmählich wieder eintritt. Die Straßenbahnen verkehren wieder, die Läden sind geöffnet, Brot fehlt jedoch noch. Weitere Verstärkungen sind hier eingetroffen.

**Barcelona, 20. Oktober. (B. T. B.)** Infolge des Ausstandes der Gasarbeiter feiern auch 15 000 Arbeiter aus andren Industrien.



Irland und die katholische Kirche.

London, 25. Oktober 1903.

Die letzten Jahre haben Irland ein gut Stück weiter auf dem Wege zur nationalen Befreiung gebracht. Im Jahre 1808 erhielt es eine liberale Selbstverwaltung nach englischem Muster, und im laufenden Jahre wurde die Grund- und Bodenfrage nach dem Wunsche des irischen Volkes gelöst. Mit der Milderung des Kampfes gegen die englische Macht beginnt sich das innere Leben Irlands freier zu entfalten und die ersten Signale dieser freieren Entfaltung sind die sozialistischen Regungen unter den Arbeitern und die nationalliberalen Bestrebungen unter den gebildeten Schichten der irischen Mittelschicht. Die sozialistischen Regungen sind selbstredend gegen die bestehende Klasse überhaupt gerichtet, die nationalliberalen Bestrebungen hauptsächlich gegen die Allmacht der katholischen Kirche, die dem bürgerlichen, nationalen Leben und den modernen Ideen feindlich gegenübersteht. Das kultur- und naturwissenschaftsfeindliche Wesen der katholischen Kirche läßt sich noch am besten in Irland studieren, wo der Katholizismus souverän, d. h. durch eine geistig freie Kultur noch nicht gebrochen ist. In den letzten zwei Jahren sind von irischen Katholiken mehrere Werke, Broschüren, Essays etc. erschienen, die mit der irischen Geistlichkeit scharf ins Gericht gehen. Besondere Aufmerksamkeit erregten die Schriften des irischen Gymnasiallehrers Frank Hugh O'Donnell und des irischen Juristen J. H. McCarthy. O'Donnell beschäftigt sich vornehmlich mit dem geschichtlichen Einfluß der katholischen Kirche auf das Erziehungsweesen, während McCarthy die allgemeinen Kulturverhältnisse bespricht.

Die Bevölkerung Irlands ist zu 75 Proz. katholisch. Die englische Regierung hat seit langem die katholischen Geistlichen begünstigt, um sie als die Führer des irischen Volkes zu gewinnen. Der Hauptstich der theologischen Gelehrsamkeit Irlands ist St. Patricks College im Dorfe Maynooth oder gemeinhin Maynooth-College, das von der englischen Regierung reichlich unterstützt wird, obwohl Maynooth für die Theologie oder Philosophie nichts, absolut nichts leistet. Das Mittelschulweesen Irlands liegt fast ganz in Händen der Geistlichkeit. Das Volksschulweesen ist gleich dem englischen, teils öffentlich, teils kirchlich, aber die weitaus große Mehrzahl der Volksschulen, auch wo sie staatlich sind, stehen unter Aufsicht der Priesterschaft. Anstellung und Entlassung der Volksschullehrer hängt unter diesen Umständen einzig und allein von ihrem religiösen Charakter ab; erzieherische oder wissenschaftliche Tüchtigkeit spielt dabei gar keine Rolle. Uebrigens sind die Priester auch gar nicht im Stande, über die Tüchtigkeit der Lehrer zu urteilen. Denn die Bildungstufe der Priester ist unglaublich niedrig, wie dies aus einer Aussage des Bischofs von Kimerick hervorgeht. Am 19. September 1901 sagte dieser vor der Universitäts-Kommission aus: „Die Geistlichen haben nicht die Bildung, die ihrer Lehrtätigkeit (an den Mittelschulen) entsprechen würde. Von den 118 weltlichen Priestern unter meiner Jurisdiktion haben 112 entweder keine Universitätsbildung oder überhaupt keine Bildung. Fast das ganze Mittelschulweesen Irlands befindet sich in Händen der Priesterschaft. Fast in jeder Diözese befindet sich ein Seminar für Lehrlernkandidaten. Aber die Seminarlehrer, lauter Geistliche, erhielten selbst keine wahre Erziehung. Sie studieren in Maynooth, aber sie bringen von dort weder eine klassische, noch eine naturwissenschaftliche oder mathematische Bildung mit. Zudem fehlt ihnen das unbestreitbare Ding, das zwar nicht Wissen, wohl aber Geisteskultur ist: Ehrgefühl, Takt und das richtige Urteil in den Angelegenheiten unseres Lebens. Ich könnte unter meinen Priestern keinen einzigen finden, der im Stande wäre, unsere Schuljugend in den Anfangsgründen der Physik, Chemie oder andern Zweigen der Naturwissenschaft zu unterrichten. . . . Es giebt noch ein andres Verhältnis zwischen Geistlichkeit und Schule in Irland: in dem größten Teile unseres Landes sind die Geistlichen die Verwalter der Elementarschulen. Sie stellen Lehrer an, sie befehlen das ganze Wirken der Schule. Da wäre es doch vor allem nötig, daß die Geistlichen erzogen sind. . . . Das Ergebnis dieser Zustände ist, daß unsere Bevölkerung unerkennbar bleibt und absolut unfähig ist, ihre Pflichten zu erfüllen.“

Dies ist ein hartes, aber ohne Zweifel unparteiisches Urteil über die geistlichen Führer des katholischen Irlands. Es wird noch durch andre kompetente Zeugen bestätigt. Vor derselben Kommission sagte Mr. Verdick, der Präsident von Queens College (Universitäts) in Galway, aus, daß, wenn die Professoren alle jene Studenten zurückweisen wollten, die mit ungenügender Vorbereitung zur Universität kommen, so müßten sie 80 Proz. zurückweisen; von einer Kenntnis der klassischen Sprachen könne bei diesen Abiturienten nicht die Rede sein; die Professoren seien gezwungen, anstatt die Klafflücke zu lesen, mit dem Unterricht des Lateinischen zu beginnen. Ebenso erklärte Herr Vennbach, Professor der modernen Sprachen, daß er gezwungen sei, den Universitätslehramt die Anfangsgründe des Französischen und Deutschen beizubringen, da die jungen Leute ganz ohne Kenntnis dieser Gegenstände zur Universität kommen.

Man soll indes nicht annehmen, daß diese Uebel dem Mangel an Schulfonds geschuldet sind. Die englische Regierung und Irland sind stets bereit, das irische Schulweesen zu fördern. Maynooth erhielt im Jahre 1870 von der englischen Regierung eine Abfindungssumme von 300 000 Pfd. Sterl. (7,2 Millionen Mark) und erhält jährlich einen Zuschuß von 20 000 Pfd. Sterl. (400 000 M.). Die Iren sammelten 25 000 Pfd. Sterl. für eine Universität. Die Vermögen und Stiftungen belaufen sich auf Millionen. Aber was geschieht mit dem Gelde? „In kleinen Dörfern und Weiler“, sagt O'Donnell, „werden Kirchen gebaut, die von 60 000 bis 100 000 Pfd. Sterling kosten, Kathedrales werden ausgeschmückt, Paläste für Bischöfe hergestellt. Priester in ganz stenden Dörfern hinterlassen Vermögen von 10 000 bis 35 000 Pfd. Sterl.“ Und die Schulen darben, der technische Unterricht wird ganz verdrängt und die wenigen Lateinlehrer werden solange boykottiert, bis sie den Priestern das Feld räumen.

McCarthy greift zu den Volkszählungen der letzten dreißig Jahre und weist zahlenmäßig nach, daß die Zunahme der geistlichen Bevölkerung Hand in Hand geht mit der Abnahme der Laienbevölkerung. Im Jahre 1801 gab es in der Landschaft Munster 4578 katholische Priester, Mönche, Nonnen und geistliche Kandidaten gegen insgesamt 2222 im Jahre 1871; während dieser Periode nahm die Laienbevölkerung um 318 410 Personen ab. In der Landschaft Connaught zeigt sich ein ähnliches Verhältnis, ebenso in der Landschaft Leinster. In dem Maße, wie die Priester die Schule vernachlässigen und jedes moderne Denken verbannen, fördern sie den Aberglauben und den groben Materialismus. In den Distrikten Waterford, Tipperary und Cork zählen die Bauern den Priestern für Messen, um die bösen Geister vom Vieh fernzuhalten und die Milch butterreich zu machen. Wunder, Marien-Erscheinungen und Religionen giebt es in Irland die schiere Menge. Seinem literalen Kritiker Dr. Mannix, der erklärte, daß die Stagnation, der Niedergang und die Dissoluzität Irlands einzig und allein der englischen Miswirtschaft und Verflüchtung geschuldet“ seien, antwortet

McCarthy: „Wer ist unser geistiger Bedrücker? Wer hält den irischen Geist in Fesseln? Wer verbannt den freien Gedanken? In den englischen Gesetzen der letzten sechzig Jahre war nichts enthalten, was den Irländer gehindert hätte, Eigentum zu besitzen und Industrie zu treiben. Warum aber stagniert unser Wirtschaftsleben und warum sind die Priester abnorm thätig? Die Stagnation kann nicht dem Mangel an Kapital zugeschrieben werden, denn wir sehen, daß unsere Priester zu jeder Zeit überall in Irland die Summe von 60 000 Pfd. Sterl. für einen Kirchenbau herauszuholen können. Kardinal Logue konnte in seiner Diözese durch einen einzigen Wohlthätigkeitsbazar 30 000 Pfd. Sterl. zusammenbringen, um das Innere einer Kathedrale auszumähen. Die Ursache der Stagnation, des Niederganges und der Hofflosigkeit Irlands“ liegt in der Priesterherrschaft, die unfremdliche den Unternehmungsgeist, das Selbstvertrauen und die Ersparnisse raubt. Kardinal Logue kommt nächstens nach New York, um da den Grundstein zu einem Kloster zu legen. Er wird da auch Fabriken und Geschäfte finden. Aber von wem wurden diese gegründet? Von protestantischen Köpfen und Händen, die sich nicht durch Kardinalmystifikationen und Fesseln lassen.“

Dies sind bürgerliche Stimmen aus Irland. Sie bekämpfen die katholische Kirche wegen ihres orientalischen Antinationalismus, ihrer mittelalterlichen Scholastik und ihrer Vergeudung der Volksparsnisse. Sie wollen nationalen und liberalen Sinn in der Politik, Naturwissenschaften in der Schule und Industrie im Wirtschaftsleben. Ihre Schriften machen indes nicht den Eindruck, daß ihre Verfasser Reformatoren sind. Sie sind nur Vorläufer der Verbürgerlichung Irlands. Aber auch dies ist schon ein Verdienst, denn Irland ist vorläufig eines der reaktionärsten Länder der Welt. —

Nach dem Parteitage.

Folgende Erklärung Mehrings wird in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht:

In der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlichte die Redakteure Eisner und Gradnauer ein verleumderisches Pasquill gegen mich, auf das ich — um die Parteipresse nicht mit endlosen Erklärungen zu überflutem — in der demnächst erscheinenden zweiten Ausgabe meiner Rechtfertigungsschrift antworten werde. Ich werde darin diesen neusten an mir probierten Streich ebenso Punkt für Punkt aufdecken, wie ich den in Dresden an mir verübten Streich in der ersten Ausgabe meiner Schrift aufgedeckt habe.

Einstweilen muß ich aber wenigstens zu einem dieser Punkte schon Stellung nehmen, da Genosse Jaech ihn in der vorgestrigen Nummer der „Leipziger Volkszeitung“ angeschnitten hat. Bei dem Streit über die Weizsäcker-Affäre habe ich mich bemächtigt, meine Stellung als ehemaliger Mitarbeiter des „Vorwärts“ und nunmehriger Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ zu benutzen, um den Frieden zwischen beiden Blättern herzustellen. Ich habe damals geglaubt, daß der Redakteur Eisner im Rechte und mein Kollege Jaech im Unrecht sei! Es ist meiner Natur nicht gegeben, Versicherungen, die der Redakteur Eisner mit dem beherzten Trampfe bekräftigte: „Wenigstens würde ich zugleich den Antrag stellen, daß die Kerle, die am „Vorwärts“ ein so schmutziges Handwerk treiben, sofort aus der Partei ausgeschlossen würden“, von vornherein für unwahr zu halten. Unter dem Eindruck dieser und ähnlicher Versicherungen habe ich damals dem Redakteur Eisner gesagt oder geschrieben, ich bedauerte die wegen des Weizsäcker von Leipzig her geführte Polemik und würde Vorzüge treffen, daß sich solche Polemiken nicht wiederholten. Weizsäcker bestand diese „Vorzüge“ darin, daß ich meinen Kollegen Jaech hat, in ähnlichen Sachen nicht ohne vorherige Verständigung mit mir vorzugehen, ein Wunsch, den er seitdem in der denkbar gewissenhaftesten und loyalsten Weise berücksichtigt hat.

Jedenfalls kann der „Vorwärts“ auch heute nicht bestreiten, daß meine damalige Intervention von dem aufrichtigen Bestreben diktiert war, den Frieden zwischen den beiden Blättern wieder herzustellen. Gleichwohl erübrt er meine „alten Briefschaften“ zu dem Zwecke aus, mich mit Jaech zu verhehen. Das Urteil über eine solche Handlungswiese überlasse ich jedem Parteigenossen.

Uebrigens ist diese Sache ein sehr beiläufiges Item in dem Handwerk, das die Redakteure Eisner und Gradnauer am „Vorwärts“ treiben. Die Aufforderungen, zu denen ich darüber von ihnen in der gewaltsamsten Weise herausgefordert worden bin, werden dem Redakteur Eisner reichliche Gelegenheit bieten, nunmehr den von ihm vor anderthalb Jahren konditionell ertroffenen Antrag in praktische Erwägung zu ziehen.

Wir haben dazu nur zu bemerken, daß die „Leipziger Volkszeitung“ aus der ertönten Erklärung unserer Kollegen Eisner und Gradnauer außer einem kurzen Satze nichts mitgeteilt hat.

Ferner erhalten wir folgende Zuschrift:

An die Redaktion des „Vorwärts“.  
Zu der in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärung des Genossen Lwow habe ich zu bemerken, daß mir weder von ihm, noch von einem der andren Genossen, die mir in der Woche vor dem Parteitage eine Warnung zukommen ließen, der Name Eisners genannt worden ist. Ich habe diesen Namen in diesem Zusammenhange zum erstenmal gehört, als ich mich in Dresden selbst bei einer Reihe von Genossen danach erkundigte, wen Braun mit dem Gewährsmann gemeint habe, auf den er sich am 16. September öffentlich vor dem Parteitage berief.  
St. eglig, Berlin, 28. Oktober 1903. J. Mehring.

J. Mehring bestätigt mit vorstehender Erklärung, daß keiner meiner Kollegen mich in einer Warnung an Weizsäcker der Mithäterschaft oder Mithäterschaft an dem Dresdener Angriff verleumderisch beschuldigt hätte. J. Mehring bestätigt weiter, daß meine „Gewährsmannschaft“ für Braun einzig und allein darin besteht, daß ich bezugehen zu können glaube, Braun habe bis vor einigen Monaten die „Gartenlaube“-Artikel nicht gefasst.  
Kurt Eisner.

Die Frankfurter „Vollstimme“ hatte bei ihrer Besprechung der Weizsäcker-Broschüre verschiedene Einwendungen gegen den Inhalt erhoben, die zu einer weiteren Auseinandersetzung zwischen ihr und Mehring geführt haben. Durch einige Citate wird der Gegenstand des Streites klar werden. Mehring antwortete nämlich der Frankfurter „Vollstimme“ am Montag in der „Leipziger Volkszeitung“:

„Dann behauptet die Frankfurter „Vollstimme“, daß ich „Verschleierungsversuche“ machte, daß ich nicht „frank, fröhlich und frei“ fröhliche Fehler bekämpfte. Ja, bis in welche Ewigkeit hinein soll ich denn wiederholen, daß ich in den Jahren 1876 bis 1881 eine feindliche Stellung gegen die Partei eingenommen, sie heftig und ungerecht angegriffen habe? Ich habe es nun nachgerade hundertmal erklärt, auch vor dem Parteitage und noch in meiner Rechtfertigungsschrift. Wenn ich sage, daß ich „bei der Absaffung meiner Schrift gegen Treitschke der Partei zwar nahe gestanden, aber nicht, wie Sie Vernard und Braun behaupteten, ihr angehöre“, so hat Rebel das in Dresden bestätigt, und ich kann doch nicht „frank, frei und fröhlich“ lügen, bloß weil die Frankfurter „Vollstimme“ es wünscht. Ich habe vollkommen wahrheitsgemäß sowohl die Entstellung jener Schrift angegeben, als auch ihren Inhalt skizziert; will mich die Frankfurter „Vollstimme“ der Lüge überheben, nun gut, so identische ich ihr das Eigentumsrecht an der Broschüre, und sie mag sie dann neu drucken lassen. Ich sehe dieser Prüfung meiner Wahrheitsliebe mit vollkommener Gewissensruhe entgegen.“

Die Frankfurter „Vollstimme“ beharrt bei ihren Einwendungen mit folgender Begründung:

„Mehring schrieb die vier ersten Kapitel der Broschüre in die „Waage“, Jahrgang 1875, des Demokraten Weiß. Er schrieb darüber „socialistische“ Replik, was wir schon in unserer Kritik anführten, was Mehring aber in seiner Erklärung ebenso übergeht, wie in seiner Rechtfertigungsschrift. Er behauptet, daß die Abhandlung „der wissenschaftlichen Gedankenwelt des Socialismus noch vollkommen fehlerhaft“. In Wahrheit verteidigt die Schrift aber mit allen wissenschaftlichen Argumenten, die damals für eine solche Auseinandersetzung in der Partei zur Verfügung standen, das eberne Lobgeseg Kaffalles und unsern grundlegenden Satz, daß die Quelle aller Werte die Arbeit ist. Auf das „Kapital“ von Marx wird an den entscheidenden Stellen wiederholt verwiesen. Und was seine damalige Parteiangehörigkeit betrifft, so betont sie Mehring dühende Male in der Broschüre. Wir geben nur drei Proben. Erste Probe: „Um meine Parteigenossen . . . zu orientieren, schrieb ich . . . eine kurze Kritik in den „Vollstimme“, d. h. in unser damaliges Central-Parteiorgan („Waage“ 1875, S. 347, Broschüre S. 8). Zweite Probe: „Vielleicht meinen Sie, daß hier aus mir nur der Socialist spräche“ („Waage“, S. 377, Broschüre S. 32). Dritte Probe: „Ich beschränke mich auf diese Andeutung, da ich trotz der mir als Socialdemokrat angeborenen „Küpelhaftigkeit“ selbstverständlich“ usw. („Waage“, S. 303, Broschüre S. 10).“

An diese Darlegung knüpft die Frankfurter „Vollstimme“ die Mittelung, daß sie die strittige Broschüre nächstens ganz abdrucken werde.

Dann hatte die Frankfurter „Vollstimme“ zu dem Kapitel der Karte über Schoenlant geschrieben:

„Mehrings Rechtfertigung müßte vielmehr darin bestehen, daß er nachweise, Harden habe von ihm 1892 für einen halben Parteigenossen gehalten werden müssen, so daß er ihm so etwas über einen andern Parteigenossen anvertrauen durfte.“

Darauf antwortet Mehring:

„Zunächst fabelt die Frankfurter „Vollstimme“, daß ich dem Harden „so etwas“ anvertraut habe; dann aber habe ich den Nachweis, den sie von mir wünscht, in meiner Schrift geführt, nur daß ich, um sie nicht mit zu viel „alten Briefschaften“ zu belasten, auf meine Schrift gegen Harden verwiesen habe, wo die untrüglichen Beweise für Hardens „halbe Parteigenossenschaft“ abgedruckt sind. Ich habe allerdings von jedem Parteimitglied so viel Anstand erwartet, daß er, wenn er an meinen Angaben zweifelte, die von mir angeführte Quelle nachschlagen würde. Aber den Gerechten der Frankfurter „Vollstimme“ müssen alle Dinge zum Besten dienen: wenn ich „alte Briefschaften“ abdrucke, so bin ich ein Verräter, und wenn ich mir im Abdruck „alter Briefschaften“ ein gewisses Maß auferlege, so avanciere ich zum „unbestreitbaren Verräter“.“

Die Frankfurter „Vollstimme“ führt dazu aus:

„Die Karte Mehrings gegen den „Lümmel“ Schönlant an Harden mit dem Anerbieten, den Parteigenossen in der bürgerlichen Hardenschen „Zukunft“ zu verwickeln, stammt vom 11. September 1892. Von derselben Zeit schreibt aber Mehring in seiner Broschüre von 1890, S. 32: „In diese Zeit fielen die praktischen Vorbereitungen der „Zukunft“. Herr Harden bestürmte mich unangesezt, bedrohter Mitarbeiter des Volkes zu werden: wir seien ja in allem Wesentlichen einig, seine künstlerische Bewunderung Bismarcks bilde doch kein Hindernis eines politischen Zusammenwirkens. Ich meinte dagegen: Bismarck ist kein Künstler, sondern ein Politiker; Sie können nicht seine Person bewundern und seine Politik angreifen; wenn wir an einem Strange ziehen sollen, so studieren Sie erst Marx und Lassalle (von denen er außer Lassalles Broschüre gegen die liberale Presse nichts kannte), dann wollen wir uns wieder sprechen; so lange Sie für Bismarck und Reichsdele schwärmen, können wir persönliche Freunde bleiben, aber nicht politische Zeitgenossen werden!“ Und dabei ist es bekanntlich auch geblieben. Also: wenn Worte einen Sinn haben, schrieb danach Mehring seine Drohung gegen Schönlant an denselben Harden, dem er zur selben Zeit als dem Bismarckianer und socialen Nichtswisser die politische Zeitgenossenschaft mit Recht verweigerte. Und nichts anderes behauptete unsere Kritik an Mehrings Rechtfertigungsschrift auch in diesem Punkte.“

Was will also Mehring mit dem Vorwurf „falscher Entstellungen“ gegen uns? Wie nötig es ist, den oben festgestellten Thatbestand festzuhalten, zeigt Kautskys neuester Artikel an erster Stelle der „Neuen Zeit“ mit der Ueberschrift: Franz Mehring. Dieser Artikel fällt vollständig in sich zusammen, wenn der nächsterne Thatbestand, wie oben, aufgeklärt wird.“

In der neuesten Nummer der „Zukunft“ äußert sich H. Harden zu Mehrings Broschüre. Unter andern schreibt er:

„Jugleich zeigen die Briefe, wie wahrhaftig Mehrings frühere Behauptung war, ich hätte ihm meine „Bismarckschwärmerei“ sorgsam verhehlt und „auch später nie davon gesprochen“. Für seine Gewissenhaftigkeit noch einen zweiten Beweis: „Im Herbst 1890 schleppte der mir bis dahin ganz unbekannt Mann (Harden) das Material gegen Lindau in mein Haus“ („Rechtfertigung“). Auf der fünften Seite seiner Broschüre „Der Fall Lindau“ hat Herr Mehring erzählt, wer ihm das Material geliefert habe; ich konnte es ihm nicht liefern, weil ich's nicht hatte, und besuchte ihn, den ich nicht kannte, auf seine Bitte, erst, als sein Marmartikel gegen Herrn Lindau erschienen war. Von demselben Kaliber sind seine übrigen Behauptungen. Alles irgendwie Wesentliche habe ich am 4. März 1890 in der „Zukunft“ ausführlich widerlegt; wer sich dafür interessiert, mag diese Erwiderung nachlesen, von der Genosse Braun mir schrieb: „Jeden nicht direkt gefällig Urteilen über mich sie überzeugen . . . . . Wer irgend eine Auskunft wünscht, mag sich an mich wenden. Mir ist Mehrings Urteil längst so gleichgültig geworden wie seine Stellung in der Organisation und Presse der socialdemokratischen Partei. Er deutet aber auch an, Bruno Schoenlant — den er in seinen Briefen an mich „Lümmel“ und „Schuft“ genannt und gegen den er mir „Material“ angeboten und anvertraut hatte — habe später seinem Urteil über mich und meine Wochenschrift zugestimmt. Ich greife deshalb aus den vielen Briefen, die Schoenlant mir schrieb, einen der letzten heraus. Hier das Hauptstück:

14. 11. 1901.  
Ihr Brief war ein willkommenes Gruß aus der Reihe der guten Europäer. Ich hoffe und wünsche, daß Ihre Befragnisse wegen der „Zukunft“ unbegründet sind: die Minister werden selbst in die Luft fliegen. Geheime Gelehrte und Publizisten thäten gut, Ihre Zeitschrift als freies Organ zu benutzen. (folgt Empfehlung des socialdemokratischen Landtags-Abgeordneten Wolf Müller in Mühlheim.) Soeben habe ich Ihren Artikel „Der Tag“ gelesen. Wer sich so verabschiedet, kommt siegreich und frisch auch aus dem Weichselumpfs zurück. Für Ihren Rat, mich mit meinen Leiden an Schweminger zu wenden, besten Dank. Ich halte ihn auch für einen großen Praktiker, einen Künstler. . . . Auf gutes Uebersehen Ihrer Post, auf gute Absichten für die „Zukunft“ und auf Wiedersehen rechne ich mit bestem Gruß als Ihr ergebener Schoenlant.“

Auf diesen letzten Zeugen kann der liebe Herr Mehring sich also nicht berufen. Und nach alledem ist kann noch nötig, ausdrücklich zu sagen, daß alles, was diese „Rechtfertigung“ an den Namen Schoenlants knüpft, erfunden oder völlig entstellt ist.“

An die Redaktion des „Vorwärts“.

In der Nr. 251 des „Vorwärts“ wird ein „Katholische zur Polendebatte“, benannter Artikel der Genossin Luge mburg veröffentlicht, in dem die Verfasserin gebührende persönliche Angriffe auf mich mit einer Anzahl neuer irreführender Behauptungen über die sogenannte Polenfrage verflochten hat. In deren Enttörrung und Widerlegung bedarf ich eines Thesenmaterials, das mir noch nicht vollständig zu Händen gekommen ist. Ich muß des-



halb, da ich eine achtstägige Agitationsreise nach Hamburg anzutreten habe, meine Antwort mir bis nach meiner Rückkehr vorbehalten.  
Berlin-Gatow, 29. Oktober 03.  
G. Ledebour.

**Druckfehler-Berichtigung.** In der Entgegnung Bernhards zur Mehring-Vorlesung in der vorgetragenen Nummer heißt es durch einen Irrtum in dem Citat aus dem Briefe Mehrings an Harden: „Abgesehen davon war ich bereit und bin bereit“. Es muß heißen: „Abgesehen davon war ich bereit und gern bereit“.

## Partei-Nachrichten.

**Vom Dresdener Parteitag-Protokoll** ist jetzt die dritte Auflage gedruckt und gelangt von heute ab in der Reihenfolge des Eingangs der Bestellungen zur Verdingung. Diejenigen Orte, die noch Bestellungen aufzugeben haben, werden gebeten, diese umgehend zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Die sozialdemokratischen Storting-Abgeordneten. Am Sonntag fand in Kristiania eine erhebende Feier statt zur Bewillkommung der sozialdemokratischen Storting-Männer Redakteur J. Berge, Fischer Lind Johansen, Landwirt Foshaug und Pastor Dr. Alfred Griften, sowie des wiedergewählten Stortingmannes Egge Rissen, der zwar nicht offiziell der Sozialdemokratie angehört, aber im Storting stets, selbst wenn er allein stand, für die Arbeiterinteressen eingetreten ist. Er erklärte er fühle sich als ein Bruder der Sozialdemokraten und habe dasselbe Ziel wie sie: die Befreiung und Erhebung der Arbeiter. J. Berge schilderte in einer interessanten Rede das Wachstum der Sozialdemokratie in Norwegen, der jüngsten Stadt im nordwestlichen Norden. Als die Stadt am Anfang ihrer Entwicklung nur eine Straße hatte, zählte der Raiffeisenzug nur 300 Personen, je mehr Straßen hinzulamen, um so größer wurde auch die Maidemonstration. Mit der Ausbreitung der Stadt hielt die Ausbreitung der Sozialdemokratie gleichen Schritt. — Norwig war es bekanntlich auch, das den ersten Sozialdemokraten ins Storting wählte. — Bedeutungsvoll war auch die Rede Alfred Griften. Er erklärte unter anderem, daß der Sozialismus in Norwegen nun in ein neues Stadium eingetreten sei und daß es nun gelte, dafür zu sorgen, daß die sozialistischen Ideen Fleisch und Blut werden. — Die ganze Feier war von lebendiger Begeisterung getragen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Altemanhalten und Leben.

In der Strafsache gegen D. und Genossen wegen Uebertretung werden Sie im Auftrage des königlichen Amtsgerichts, unter der Anklage, Sie haben am Sonntag, den 14. Juni 1903, teils einzeln teils gemeinschaftlich mit anderen im Dorfe Dürrensch ein öffentlich bemerkbare Arbeit verrichtet, indem Sie als dorffremde Männer mit Paleten von etwa je 200 bis 300 Stück Wahlflugblätter und Sitzmatteln auf und unter dem Arm von Hans zu Hans durch die Straßen zogen und die Paletten teils von außen in einschubaren Höfen, teils in den Häusern, Hausfluren und Geschäftsläden verteilten, also eine mit Bewußtsein auf einen bestimmten Zweck gerichtete, immerhin mit einer gewissen Anstrengung verbundene und nicht des Vergnügens und der Erholung wegen unternommene menschliche Tätigkeit vornahmen, welche durch die Art, wie sie vor der Öffentlichkeit in die äußere Erscheinung trat, einerseits geeignet war, die Aufmerksamkeit des Publikums zu erregen, andererseits aber zugleich das religiöse Gefühl derer zu verletzen, die sie wahrnahmen und damit die Feiertagsstimmung in ihrer Allgemeinheit zu stören.

Die Leser werden mit Bedauern vernehmen, daß dieses schöne Stück geistiger Arbeit ganz unvollständig berichtet worden ist. Hund zwölf Dutzend dorffremde Männer, die teils auf, teils unter, teils außen und teils innen Schlesiens immerhin einerseits und andererseits mit sozialdemokratischen Flugblättern vor der Öffentlichkeit mit einer gewissen Anstrengung in die äußere Erscheinung traten und den unbetonten Anlaß zu dieser großenteils verübten Verletzung des deutschen Sprachgefühls gaben, sind bereits freigesprochen worden. Das würde dem Autor des prächtigen Rechtschreib-Kunststückes vor einer Jury der deutschen Sprache gewiß nicht passieren.

In der Augsburger Majestätsbeleidigungssache ist das Verfahren gegen das liberale Blatt, wie man uns mitteilt, eher eingestellt worden, wie das Verfahren gegen unser Parteiblatt. Auf alle Fälle ist es unserm Augsburger Parteiblatt zum Vorteil ausgefallen, daß es nur dasselbe gethan hat, wie das liberale Blatt.

Daß er auf Kosten der Arbeiter Schmutzkonturrenz treibe und Lohnabzüge mache, hatte der Genosse Hellmann als verantwortlicher Redakteur der „Augsburger Volkszeitung“ dem Uhrgehäufefabrikanten Uhlemann in Schmölln vorgeworfen. Der Fabrikant klagte und Hellmann wurde zu 150 M. Geldstrafe oder vier Wochen Gefängnis verurteilt, obwohl eine Reihe Zeugen behaupteten, daß mehrfach erhebliche Lohnabzüge gemacht worden sind.

Die Lohnabzüge, sagte das Gericht, sind nicht auf Kosten der Arbeiter erfolgt.

## Aus Industrie und Handel.

**Einfluß der Krise auf die Lebenshaltung.** In einem vom Direktor D. Benzler jüngst in der Generalversammlung des Vereins zur Förderung der Interessen der chemischen Industrie gehaltenen Vortrag finden sich einige interessante Berechnungen über den Einfluß der wirtschaftlichen Depression des letzten Jahres auf den deutschen Lebensmittelpreis. So ernährte sich z. B. im Jahre 1902 der Preis der Kartoffeln um 7/8 Proz., während der des Weizens ziemlich unverändert blieb, der des Roggens aber um 2 1/2 Proz. stieg. Gleichzeitig erhöhten sich die Fleischpreise

|                  |   |
|------------------|---|
| für Rinder . . . | um 4,1 M. pro Doppelcentner Schlachtgewicht |
| „ Schweine . . . | „ 0,5 „ „ „                                 |
| „ Mäiler . . .   | „ 7,2 „ „ „                                 |
| „ Hammel . . .   | „ 7,9 „ „ „                                 |

Vergleicht man nun diesen Zahlen gegenüber die Verbrauchsziffern pro Kopf der Bevölkerung, so ergibt sich, in welchem Maße die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen zurückgegangen, wie an die Stelle des nahrhafteren Brotes die wohlfeilere Kartoffel getreten und die entbehrlicheren Genussmittel eingeschränkt oder durch Surrogate ersetzt worden sind. Es stellte sich nämlich der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung

|             |                             |          |           |        |      |      |
|-------------|-----------------------------|----------|-----------|--------|------|------|
|             | an Roggen Weizen Kartoffeln | Gerlinge | Zuder     | Kaffee |      |      |
|             |                             |          | Milogramm |        |      |      |
| 1900/01 auf | 147,6                       | 91,0     | 604,6     | 3,59   | 12,3 | 3,01 |
| 1901/02     | 147,7                       | 85,9     | 782,4     | 4,06   | 11,6 | 2,95 |

Ergänzt werden diese Zahlen durch die Berichte der Handelskammern und wirtschaftlichen Vereinigungen, aus denen sich ergibt, daß auch der Verbrauch von Tabak und Bier zurückgegangen ist.

Zum Prozeß der Firma Krupp gegen die Rheinische Metallwarenfabrik. Ueber das gestern gemeldete Urteil des Reichsgerichts herrscht größte Unklarheit. Nach einigen Behauptungen bedeutet es einen Erfolg der Firma Krupp, nach andern einen Erfolg der Rheinischen Metallwarenfabrik und Maschinenfabrik. Die Verwaltung der letzteren verfaßt folgende Erklärung:

Die gestrigen, von anderer Seite über die Leipziger Reichsgerichts-Entscheidung in der Patentsache Krupp gegen die Rheinische Metallwarenfabrik und Maschinenfabrik und die Fahrzeughabrik Eisenach gegebenen Mitteilungen können infolge des Ausdrucks „teilweise Nichtigerklärung des Patents“ irreführend wirken. In Wirklichkeit sind die beiden Ansprüche des Patents zu einem einzigen Anspruch vereinigt worden, und zwar durchaus nicht nach dem Antrage der klägerischen Firma. Die wesentlichen Punkte gehen nach der neuen Formulierung einen solchen Schuß, daß die Grundlage der gegen

Krupp gerichteten Verleumdungssage nicht verändert erscheint. Die Entscheidung fällt mit den Worten: „Im übrigen wird die Nichtigkeitssage abgewiesen“.

**Die Harpener Bergbau-Gesellschaft und ihre Arbeiter.** Ein charakteristisches Beispiel dafür, wie die Unternehmer auf Kosten der Löhne ihrer Arbeiter ihre Gewinne zu erhöhen verstehen, bietet der letzte Geschäftsbericht der Harpener Bergbau-Gesellschaft. Obgleich dieses Unternehmen für das letzte Geschäftsjahr die gleiche Dividende wie im Jahre zuvor (10 Proz.) verteilte, sind die Löhne erheblich zurückgegangen. Mit lobenswerter Offenherzigkeit verhandelt der Bericht, daß der durchschnittliche Arbeitslohn pro Mann und Schicht von 4,07 M. im Vorjahre auf 3,93 M. gesunken ist. Trotz der Ermäßigung der Arbeitslöhne versteht es aber die Gesellschaft auch meisterhaft, die Arbeitsleistung aufs werthvollste auszunutzen.

Dem wie die Höhe der Durchschnittslöhne gesunken ist, so ist die Arbeitsleistung gestiegen. Sie betrug — immer nach dem Geschäftsbericht — 0,577 Tonnen im verfloßenen gegen 0,573 Tonnen im vorigen Jahre. Mehr aber noch als die Thatfache der Lohnreduktion an und für sich verdienen diese Ziffern deshalb Beachtung, weil man daraus erkennt, wie die Aktiengesellschaften, nur um den hohen Vorkursen Rechnung zu tragen, ihre Dividenden erhöhen. Da greift man natürlich zu dem bequemsten und sichersten Mittel: man verteilt Dividenden auf Kosten der Arbeitslöhne und der Arbeitsleistung.

**Schiffvertrag zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd.** Die „Beier-Zeitung“ teilt mit, daß nach einem zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie getroffenen Abkommen der ostasiatische Dampferdienst weiterhin so geteilt werden soll, daß der Norddeutsche Lloyd den Reichspost-Dampferdienst, die Hamburg-Amerika-Linie den Frachtdampferdienst übernimmt. Der Vertrag bezweckt eine bessere Ausnutzung des Dampfermaterials, als dies nach der bisherigen Verteilung der Gesellschaften an dem Reichspost-Dampferdienst beziehungsweise dem Frachtdampferdienst möglich war. Der Norddeutsche Lloyd übernimmt von der Hamburg-Amerika-Linie den Dampfer „Kaufohn“, die Hamburg-Amerika-Linie vom Norddeutschen Lloyd die Dampfer „Bamberg“, „Stolberg“, „Königsberg“, „Strahburg“ und „Rürnberg“.

**Zur Lage der Dampfschiffahrt.** Nach einer Uebersicht der „Hamburger Nachrichten“ über die voranschreitlichen Jahresergebnisse der großen Hamburger Schiffahrtsgesellschaften, hat die Hamburg-Amerika-Linie in diesem Jahre ein relativ gutes Geschäft gemacht. Die günstigen Einnahmen aus der Passagierbeförderung haben die ungenügenden Frachtergebnisse gut ausgeglichen, so daß man etwa 5-6 Proz. Dividende erwartet. Die Aussichten seien allerdings zweifelhaft, sofern die erhoffte Frachtenbesserung nicht eintritt, da mit einer Fortdauer der großen Auswanderung und des starken Kaffeeverbrauchs kaum gerechnet werden könne. Bei der Hamburg-Südamerika-Linie habe sich die Lage gegen das Vorjahr zwar wesentlich gebessert, doch werde man bei einer etwaigen Dividendenzahlung höchstens 4 Proz. erwarten dürfen. Die Kosmos-Linie habe durch die Quarantänestruerigkeiten an der Westküste viel gelitten und es könnte die 10prozentige Frachterhöhung keinen Ausgleich für die wesentlich schlechteren Frachtergebnisse bieten, weshalb die Aktionäre mehr als 6-7 Proz. nicht erwarten dürfen. Die Deutsch-Australische Dampfschiffahrt hatte ein sehr ungünstiges Jahr, doch dürfte durch die Maßnahmen der Verwaltung, heimwärts andere Ladebehälter aufzusuchen, das vorjährige Erträgnis erreicht werden. Bei der Deutsch-Ostafrikanischen Linie wurde der gute Ueberfahrtsverkehr durch ungünstige Frachterhältnisse soweit ausgeglichen, daß über die kleinen Dividenden der letzten Jahre kaum hinausgegangen werden dürfte. Bei der deutschen Levante-Linie erscheint eine Dividendenverteilung ausgeschlossen.

Wie weit im einzelnen diese Angaben richtig sind, vermögen wir nicht nachzuprüfen, im ganzen dürfen sie zutreffen.

**Die Welthandelsflotte.** Nach dem soeben veröffentlichten Generalregister des Bureau Veritas umfaßt die Dampferflotte der Welt am 1. September d. J. 13 381 Schiffe (von über 600 Register-Tonnen) mit 25 158 338 Register-Tonnen brutto und 3814 Schiffe (unter 600 Tonnen) mit 646 200 Tonnen brutto. Die Seglerflotte umfaßt 27 705 Schiffe (über 50 Tonnen) mit 8 068 305 Tonnen und 1431 Schiffe (unter 50 Tonnen) mit 56 703 Tonnen Gehalt. Von den großen Welthandelsmächten steht England an der Spitze. Seine Dampferflotte umfaßt 5029 Schiffe mit 13 967 000 Register-Tonnen brutto Gehalt, dann folgt Deutschland mit 1193 Seeadampfern von 2 767 000 Tonnen Gehalt, hierauf Amerika mit 846 Schiffen von 1 610 000 Tonnen, Frankreich mit 556 Schiffen von 1 140 000 Tonnen, Norwegen mit 844 Schiffen von 929 000 Tonnen, Italien mit 351 Schiffen von 715 000 Tonnen, Spanien mit 403 Schiffen von 713 000 Tonnen, Holland mit 304 Schiffen von 608 000 Tonnen, Rußland mit 533 Schiffen von 694 000 Tonnen, Japan mit 373 Schiffen von 556 000 Tonnen, Oesterreich-Ungarn mit 224 Schiffen von 540 000 Tonnen.

Auch in der Seglerflotte steht England allen andern Mächten voran; sie umfaßt 6839 Schiffe mit 2 196 000 Register-Tonnen Gehalt, dann folgen Nordamerika mit 3751 Schiffen von zusammen 1 454 000 Tonnen Raum, hierauf Norwegen (1740 Schiffe mit 708 000 Register-Tonnen), Rußland (3006 Schiffe mit 545 000 Register-Tonnen), Frankreich (1449 Schiffe mit 538 000 Register-Tonnen), Deutschland (914 Schiffe mit 528 000 Register-Tonnen), Italien (1554 Schiffe mit 508 000 Register-Tonnen).

Was die Größe der Schiffe anbelangt, steht Deutschland allen Nationen voran, selbst England. In England kommt zwar im Durchschnitt auf einen Dampfer ein Gehalt von 2354 Tonnen, in Deutschland nur 2320 Tonnen; dagegen sind aber die deutschen Segelschiffe durchschnittlich größer; denn es kommt im Durchschnitt auf jedes deutsche Segelschiff eine Tonnage von 578 Tonnen, auf ein englisches Segelschiff jedoch nur 324 Tonnen.

## Gewerkchaftliches.

### Der Streit in der Stockfabrik von Schmeling und Barts.

Eine Branchenversammlung der Stock- und Collaloidarbeiter, die am Mittwoch in Frankfurt stattfand, befahte sich abermals mit diesem Streit und der damit zusammenhängenden „Wohltätigkeit“ der Arbeiterkolonie in Weihenstephan. Eine Veränderung ist im Stand des Streits nicht eingetreten. Die unorganisierten Streikenden haben anderweitig Arbeit angenommen, während die organisierten im Streit ausharren. Die Firmeneinhaber geben sich scheinbar der Hoffnung hin, daß sie ihre Kundenschaft dauernd mit der Arbeit der Stockkolonisten zufriedenstellen können. Nach dem, was die Streikenden erfahren und beobachtet haben, werden jedoch fortwährend große Kosten von der Kundenschaft als unbrauchbar zurückgeschickt. Da das Statut der jüdischen Arbeiterkolonie bestimmt, daß kein Jnasse dort länger als ein Jahr verweilen darf, und da die Mehrzahl der Kolonisten schon in viel kürzerer Zeit die Anstalt verläßt, erscheint es vollständig ausgeschlossen, daß dort je ein zuverlässiger Stamm von geschulten Arbeitern herangebildet wird, zumal da es sich meist um stellungslöse Kaufleute und Comptoiristen handelt, die der eigenartigen forpörlischen Anstrengung nicht gewachsen sind. Die unaufhörliche Wiederholung weitläufiger kräftiger Armbewegungen hat manche der Bedauernswerten schon am ersten Tage krank gemacht. Wie verlautet, beabsichtigt man jetzt auch Arbeitsmaschinen einzuführen, z. B. Kreisfrägen, die nach der Unfallstatistik der höchsten Gefahrenklasse zugezählt werden. Das wäre ein unverantwortlicher Leichtsin. Mäander junge Kaufmann würde dabei eine Verurteilung seiner Hände erleiden, die ihm die Erlangung einer Stellung in seinem Beruf unmöglich macht. Die Leitung der Kolonie hat dieser Tage bürgerlichen Blättern eine Notiz zugesandt, worin mit merkwürdiger Raubität die dort betriebene gemeingefährliche Ausbeutung enthüllt wird. Es heißt darin: „Die junge Arbeiterkolonie in Weihenstephan, Borchstraße 20, die seit Anfang 1902 im Betrieb ist, findet sorgfältigstes Interesse in den beteiligten Kreisen. Geld- und Naturalienpenden stieken dieser Wohlfahrts-Einrichtung in erfreulicher Weise

aus nah und fern zu. Seit Anfang Februar bis Anfang Oktober betrug die Zahl der Beschäftigten 27 265, wovon 18 040 von den Arbeiterunternehmern gedeckt wurden. Der Ueberfluß von 9325 M. wurde den Kolonisten als ihre Ersparnisse gutgebracht. Außer den bestehenden Betrieben sind neuerdings auch Kirschanerei und Stockfabrikation von leistungsfähigen Unternehmern eingeführt worden. Diese (die Unternehmer also) finden bei den meist freien Arbeitsräumen und den billigen Arbeitslöhnen sehr gut ihre Rechnung. Es sind noch einige Räume an Unternehmer mietsfrei zu vergeben. Nähere Auskunft: die Vorsitzenden der Kolonie, Maurermeister Markus Adler und Fabrikbesitzer Moriz Rosenow, Ritterstr. 87. Die heranrückende rauhe Jahreszeit führt der Kolonie fortgesetzt neue Insassen zu. Die Zahl beträgt nahezu 70. Kleidungsstücke, Wäsche und Fußzeug werden von Wohlthätern hoffentlich wieder der Kolonie zugehen. . . .

Wer sind nun eigentlich die Empfänger der Wohlthaten? Die bedauernswerten Kolonisten, die ihre Arbeitskraft für 70 Pf. pro Tag veräußern müssen und trotz ihrer Arbeit auf erbetelte Kleidungsstücke angewiesen sind? Oder die Unternehmer, denen die Arbeitskräfte für 70 Pf. geliefert werden, denen dazu Arbeitsräume geschenkt werden, die von aller Verantwortlichkeit, von allen Kostenbeiträgen für ihre Arbeiter befreit sind? Sind sie nicht die eigentlichen Nutznießer dieser Wohlfahrts-Einrichtung und die armen Ausgebetteten Kolonisten diejenigen, die den Unternehmern Wohlthaten erweisen? — Der zweite Vorsitzende der Kolonie, an den sich die Vertreter der Stockarbeiter wandten, um eine Aussprache über diese Mißstände herbeizuführen, hat auch jetzt noch nicht auf das hofliche Schreien geantwortet. Es sollen jetzt schon 25 Kolonisten mit der Stockarbeit beschäftigt sein. Für die verhältnismäßig kleine Branche der Stockfabrikation muß natürlich eine solche schändliche Scheidungskonkurrenz sehr verderblich wirken. Die Versammlung sprach sich einstimmig für energische Fortsetzung des Streiks bei Schmeling u. Barts aus.

Auf den angekündigten Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow mußte zu großem Bedauern der Anwesenden verzichtet werden, da der Referent nicht erschienen war.

### An die organisierte Arbeiterschaft Berlins!

Arbeiter, steht in den Barbiergeschäften nach der gelben Kontrollkarte 1003; die zweite Oktober-Woche muß mindestens abgestempelt sein, alle andern Karten sind unglültig und nur darauf gerichtet, Euch zu täuschen, indem die betreffenden nicht mehr Mitglieder des Gehilfen-Verbandes sind. Auch auf die Arbeitgeber, welche sich als Genossen empfehlen, ist zu achten, indem deren Gehilfen meistens nicht organisiert sind.

Arbeiter und Parteigenossen! Der Winter steht vor der Thür, die Arbeitslosigkeit wird immer größer, wisse Kaffe ist leider nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen. Unterstützt uns wenigstens auf diese Art, indem Ihr verlangt, von organisierten Barbiergehilfen bedient zu werden.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Freizeutgehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin.

J. A. G. Volljahn, Rosenthalerstraße 57.

**Wäsche- und Krawattenbranche Deutschlands!** Am Sonntag, den 1. November, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Engel-Allee 15, Saal 7, eine Konferenz statt. Soweit Raum vorhanden, haben die Mitglieder der Branche Zutritt. Alle Anfragen oder Mitteilungen sind an den Vorsitzenden Paul Keller, Greifswalderstraße 218, zu richten.

## Versammlungen.

### Für den Auktuhr-Ladenschluß

demonstrierte eine sehr stark besuchte Versammlung der Handelsangestellten, welche am Mittwochabend in der Berliner Ressource tagte. Die Versammlung war von den Centralverbänden der Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter und der Handlungsgehilfen und -Geheimen einberufen.

Der Referent Kallisch führte aus: Die Thatfache, daß wir über die Frage des Auktuhr-Ladenschlusses noch immer diskutieren müssen, ist eine treffende und zugleich traurige Charakteristik der preussisch-deutschen Socialpolitik. Nachdem ein Antrag auf Vornahme einer Abstimmung der Ladeneinhaber über den Auktuhr-Ladenschluß gestellt worden ist, hat sich der „Verein zur Abwehr des Auktuhr-Ladenschlusses“ wieder geregelt. Gegen das Verhalten des Polizeipräsidenten von Bories, welcher dem „Verein zur Abwehr“ eine dreimonatige Frist zugesprochen habe, um die Stimmen der Gegner des Auktuhr-Ladenschlusses zu sammeln, müsse energisch protestiert werden. Heute wird selbst der für die Angestellten vollständig unzureichende Auktuhr-Ladenschluß, ebenso wie die unzulängliche Sonntagruhe stark übertraten. Die Berliner Gewerkschafts-Kommission hat jetzt eine Resolution zur Unterstützung der Auktuhr-Ladenschluß-Bewegung angenommen, in der die Arbeiter aufgefordert werden, ihre Einkäufe vor 8 Uhr zu besorgen. Auf Grund dieses Beschlusses werden wir bei der weiteren Agitation unser Augenmerk vor allem auf die Geschäfte richten, welche mit der Arbeiterkundschaft rechnen müssen. In dem neuen Reichstage werden die Arbeitsverhältnisse der in den Engros-Geschäften Angestellten zur Beratung kommen. Auch hierbei müssen wir energisch für den Auktuhr-Ladenschluß eintreten. (Lebhafte Beifall.)

Zu der Diskussion meldeten sich Gegner trotz wiederholter Aufforderungen nicht zum Wort. Zwei Handelsgehilfen sprachen im Sinne des Referenten.

Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute in der Berliner Ressource zahlreich versammelten Handlungsangestellten erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden.

Die Versammelten bedauern lebhaft, daß das Berliner Polizeipräsidium auf Grund eines Antrages der Gegner des Auktuhr-Ladenschlusses Maßregeln ergriffen hat, welche geeignet sind, die Einführung des Auktuhr-Ladenschlusses zu verzögern.

Da die Gegner des Auktuhr-Ladenschlusses — Kleinhändler und Kleinauflaute aller Branchen — sich darauf berufen, daß die Arbeiterbevölkerung nur nach 8 Uhr abends ihre Einkäufe besorgen könne, fordern die versammelten Handelsangestellten die Berliner Arbeiter auf, ihre Einkäufe vor 8 Uhr abends zu erledigen. Dem wird dem Unternehmertum im Handelsgewerbe der Vorkund genommen werden, seinen rücksichtlosen Standpunkt in der Auktuhr-Ladenschlußfrage durch sein „Wohlvollen“ der Arbeiterschaft gegenüber zu entschuldigen.

Der Buchbinderverband (Zahlstelle Berlin) hielt am 28. Oktober bei Vuggenhausen eine außerordentliche Generalversammlung zur Fortsetzung der Verhandlungen der letzten Generalversammlung ab. Der große Saal war bis zum letzten Platz gefüllt. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung bewilligte man den ausgesprochenen Metallarbeitern 300 M. Auf Vorschlag der Ortsverwaltung wird das Mitglied Paul Schneider mit der Leitung der Versammlung betraut, da die Ortsverwaltung in dem Streit mit der sogenannten Opposition Partei ist. Die aus der vorigen Versammlung noch vorhandene Rednerliste wird übernommen. Danach erhält als erster Luffig das Wort, der sich im Sinne der Ausführungen Dankes in der letzten Versammlung (siehe Bericht im „Vorwärts“ vom Sonntag) ausläßt. Er spricht sehr viel von Korruption, wobei er sich nur gegen einen Teil der Ortsverwaltung wendet. In den ihm und andern vorgelieferten Zusammenfassungen mit dazu eingehenden Verbandsmitteilungen habe man nur Material gegen die leitenden Personen zur Aufdeckung der Korruption und zur Beförderung der Organisation sammeln wollen. Sei es etwa nicht Korruption, wenn sich Bräuner (der erster Bevollmächtigter und Beamter der Ortsliste ist) vor mehreren Jahren, als er noch als Lederarbeiter arbeitete, sich vorwerfen lassen mußte, er habe in einem



Beitriebe Heimarbeit eingeführt und einen andern Kollegen dadurch geschädigt. Redner hält es für seine größte Pflicht, die bürgerliche Gesellschaft beizeiten zu lassen und erst mal aufzuräumen mit der Korruption in den eigenen Reihen. Es sei auch ein Zeichen von Korruption, daß dem Kassierer in einer Versammlung seiner Zeit Decharge erteilt sei bei Verweigerung des Umstandes, daß ein Verhaftungsvertrauensmann die von ihm eingenommenen 180 M. Beiträge nicht abgeliefert hätte. Bergmann (der Bureaubeamte des Verbandes) und Brüder seien anlässlich der Tarifverhandlungen in Leipzig zwei Tage dageblieben, obwohl sie nicht an den Verhandlungen teilnehmen durften. Auch seien sie aus ihren Ämtern am Wahltag fort und aufs Land in den Kreis Mottbus gegangen. Der Kandidat sei aber doch durchgefallen: „Sie sind Arbeiter besserer Lebensstellung, und es hat nicht gezeugt, ihre Agitation.“ (Heiterkeit.) Redner wendet sich noch weiter persönlich gegen Brüder.

Darauf sprach der Verbandsbeamte Bergmann: Jede Organisationsleitung werde eine Opposition in Kauf nehmen müssen, solange sie von sachlichen Gründen getragen sei. Wenn aber schon seit Jahren von verschiedenen Kollegen eine persönliche Hege betrieben werde, dann schade das der Organisation. In einer der Zusammenkünfte, wo die Hege organisiert worden sei, habe man behauptet, in der Bureaukasse sei einmal ein Defizit von 70 M. vorhanden gewesen und das werde weiter erzählt. Diese Behauptung sei vollständig unrichtig und wer sie aufstellte, sei ein Verleumdung. Es sei auch unrichtig, daß er zu Paul Schneider (Vorwärts) habe gesagt hätte, 25 M. Minimallohn sei für einen Buchbinder genug. Es handelte sich um eine Aufklärung darüber, weshalb im „Vorwärts“ die Ausgabe mit 27 M. und bei Janiszewski nur mit 21,30 M. bezahlt werde. Da habe er gesagt, es bestehe hier ein Unterschied, denn bei Janiszewski dauere die Ausgabe meist längere Zeit, hin und wieder beinahe bis zu einem halben Jahr, und in solchen Fällen trete der Minimallohn in Kraft. Redner möchte ja als Gewerkschaftsbeamter ein großer Esel sein, wenn er sagen würde, 25 M. sei für einen Buchbinder genug. Redner beklagt sich bitter darüber, daß ihm auch jetzt wieder von Hanke ein „hohes Gehalt“ von 35 M. für die Woche vorgeworfen worden sei und daß von einem „lohnenden Nebenverdienst“ gesprochen worden sei, weil er sechs- oder siebenmal im Jahr als Beisitzer ins Gewerbegericht müsse. Schon vor 1 1/2 Jahren sei von einer Generalversammlung beschlossen worden, daß die Vertretung der Verband bezahle, und immer wieder komme man mit den alten Sachen. Im übrigen müsse er, wenn er nach dem Gericht gehen wolle, doch vorher alle wesentlichen Arbeiten machen. Alle diese Anwürfe seien so kleinlich, und es wäre sehr bedauerlich, daß er als Arbeitnehmer einer Arbeiterorganisation eine anständige Behandlung erst noch verlangen müsse. Diktaturgeheusche werfe man ihm und Brüder vor. Ja, er und Brüder seien allein doch gar nicht maßgebend, sondern die Ortsverwaltung als solche, und in dieser seien Brüder und er schon oft mit ihren Ansichten durchgefallen. Der Vorwurf Lustigs gegen Brüder, betreffend die Heimarbeit, beziehe sich auf Vorgänge aus dem Jahre 1899. Eine Kommission habe die Sache untersucht und einhellig Brüder für rein erklärt. Auch diese alle Kamelle rühre man wieder auf. Was die Konferenz in Leipzig angehe, so seien die Berliner Verwaltungsmittelglieder ausdrücklich von den verhandelnden Kollegen aufgefordert worden, bis zu Beendigung der Verhandlung zuzubleiben, damit eventuell wichtige Beschlüsse im Interesse der Kollegschaft gemeinschaftlich mit ihnen gefaßt werden könnten. — Daß mal Fehler vorkämen, sei nicht ausgeschlossen, der jetzt betriebenen Hege müsse aber jede sachliche Grundlage abgesprochen werden.

Thielmann bemerkt zu dem vor Jahren vorgelommenen Fall, wo ein Verhaftungsvertrauensmann 180 M. nicht abgeliefert hatte und dem Kassierer doch Decharge erteilt wurde, daß man den Mann, der sich schriftlich zur Zahlung des Geldes verpflichtet, nicht habe durch sofortiges Hineinsetzen in die Öffentlichkeit ins Unglück stürzen wollen. Er habe auch bereits ca. 100 M. abgezahlt. Redner verteidigt die Ortsverwaltung auch noch gegen andre Vorwürfe. — Wachmann stellt verschiedenes richtig, was Hanke in der vorigen Versammlung von ihm behauptet hatte, und erklärte es für einen tatsächlichen Fehler, daß Redner dort am Schlusse seines Vorstandsberichts die Herzen Opponenten, die sonst fast gar nichts vorzubringen gehabt hätten, persönlich angegriffen habe.

Joost, Vorsitzender der Orts-Krankenkasse, verteidigt besonders die Verwaltung der Kasse gegen den aus gegen sie geschleuderten Vorwurf der Korruption. Wie man für eine solche mit Bezug auf die Ortsverwaltung des Verbandes keinerlei Beweis erbracht habe, so auch nicht bezüglich der Ortskasse. Es sei nicht wahr, daß man seiner Zeit beim Eintreten für die Besetzung der Ortskasse höhere Unterstufungen bei geringeren Beiträgen versprochen habe. Aus einem Flugblatt aus der Zeit der damaligen Agitation stellt Redner fest, daß man hinsichtlich der Anstellung der Stellenbeamten geradezu das Gegenteil ausgeführt hat von dem, was nach Hanke's Rede in der vorigen Versammlung versprochen worden sein soll. Zu den ebenfalls beiliegenden Urlandsgegewandlungen anlässlich des Gewerkschaftskongresses (Brüder), des Städtetages (B. Conrad) bemerkt Joost, daß in solchen Fällen die Arbeiten der Betreffenden von ihnen

entweder nachgeholt oder von ihren Kollegen mitgemacht würden, ohne daß die Kasse auch die geringsten Aufkosten habe. Gegen andre Angaben Hanke's macht Redner geltend, daß die Kasse nicht Unmögliches leisten und nicht jeden Kranken in ein Heilbad schicken könne; sie müßte denn gerade jährlich 200 000 bis 300 000 M. „verschrieben“ bekommen. Dann die Behauptung, das Verschreiben guter Medizin, die teuer sei, wäre den Ärzten verboten worden. Redner verliest die entscheidende Stelle des maßgebenden Vertrags. Dort heißt es: „Die Wahl der Arznei ist der Ueberzeugung des Arztes anheim zu geben; er ist in keiner Weise in der Wahl beschränkt, wenn er samelle und sichere Heilung erwartet.“ Gegen Hanke persönlich sich wendend, verweist Joost darauf, daß dieser, der jetzige Verleumder der angebliehen Korruption in der Kasse, habe abgestraft werden müssen, weil er als Kranker mehrfach des Abends in der Kasse gefressen habe, als er keine Aussicht hatte. Und den Kontrolleur, der dies feststellte, habe S. als Spindelkontrolleur beschimpft. Das sei unerhört, denn die Beschlüsse der Kasse müßten doch innegehalten werden. Eine Belehrung über Fehler nehme man mit Dank an, wenn aber jemand von Korruption spreche, dann verlange man Beweise. — Conrad lehnt die Gemeinschaft mit Hanke, Lustig usw. ab, erklärt aber manches in der Ortsverwaltung Berlin für reviditionsbedürftig, woran er andererseits wieder der Kollegschaft im allgemeinen einen Teil der Schuld beimißt. Brüder und Bergmann müßten im geselligen Verkehr nicht zu reserviert sein, dann werde die vielfach gegen sie vorhandene Antipathie schwinden. R. i. h. bemängelt die ewigen persönlichen Reibereien im Berliner Verein und wendet sich dagegen, die Krankentassen-Angelegenheiten in den Verband hineinzutragen. Das Verfahren der sogenannten Opposition müsse er verurteilen, ihm scheint es auf eine Spaltung hinauszulaufen. — Schmor findet den Kern der Opposition in persönlicher Reiberei und Hezerei, denen jede Begründung fehle. —

Schmied, zur Opposition gehörend, läßt sich über deren Sitzungen aus und betont, daß man nur gegen das System habe vorgehen wollen. Bergmann könne keine Kritik vertragen. Redner geht dann auf die schon von seinen Freunden behandelten Angelegenheiten näher ein. — Aug. Schmidt bekämpft die Opposition, während Wilhelm feststellt, daß er mit dem Oppositionsmitglied nichts direkt zu thun habe, wenn er auch den Vorsitz in der einen Sitzung, zu welcher er eingeladen war, führte. Nur Brüders persönliches Dreibehen in der vorigen Versammlung habe die Ausdehnung und Heftigkeit der Debatten verschuldet.

Hanke erklärt, daß er mit Korruption nicht Bestechung oder dergleichen gemeint, sondern das Wort im Sinne von Täuschung, Verschleidenheit usw. angewendet habe. Auch wolle die Opposition keine Spaltung. Man habe nur unter bekannten Kollegen besprochen, was verbesserungsbedürftig sei, um dies in den Verbandsversammlungen sachgemäß vorbringen zu können. Wenn der Vorstand im Verbandsinteresse weiter arbeiten und berechtigste Wünsche berücksichtigen wolle, dann werde auch die Streitart begraben werden. (Zurufe: Juridischer! Richtig!) — Nach einem Schlußwort Brückners, worin dieser noch einmal das Verhalten und das Vorgehen der Ortsverwaltung rechtfertigte, wurde gegen eine kleine Minderheit (etwa gegen 30 Stimmen) folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung spricht ihr tiefstes Bedauern über die unfaulere Kampfweise einzelner Kollegen aus. Sie bedauert diese um so mehr, weil keine Beweise erbracht sind, die dafür sprechen könnten, daß die Ortsverwaltung das Interesse des Verbandes in irgend einer Weise geschädigt hätte. Es ist vielmehr anzunehmen, daß es einzelnen Mitgliedern, die noch nie etwas Positives geleistet haben, nur darauf ankommt, Kollegen, welche bisher das volle Vertrauen der gesamten Kollegschaft besessen haben und für die Entwicklung des Verbandes nach Anerkennung verdienen, zu verunglimpfen. Die Versammlung spricht ihr vollstes Vertrauen der Ortsverwaltung aus und gleichzeitig die stärkste Mißbilligung über das Verhalten der Kollegen Hanke, Lustig, Wilhelm und Schmied, das als nicht im Interesse des Verbandes liegend bezeichnet werden muß.“ Schluß gegen 1 Uhr.

In der humanitären Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Berbergschen Ober-Realschule, hält am Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr Herr Dr. Rabold Bengig einen Vortrag über: „Die Bedingtbarkeit des Lebens.“ Von Winterweilern und Predigten des Todes.“ — Damen und Herren haben freien Zutritt.

### Eingegangene Druckschriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW. 19) Bezahlte 7 haben soeben das November-Heft ihres 9. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben heben wir hervor: Julius Bruns: Zu den preussischen Landtagswahlen. — Edward Bernstein: Sozialismus und Liberalismus bei den preussischen Landtagswahlen. — Dr. Friedrich Dery: Sozialisten wie! — Paul Kampfmeyer: Vom Klassenbewußtsein und vom Klassenkampf. — Helmar Karol: Ueber die Größe und das Wachstum der Bevölkerung im Deutschen Reich. — Johannes Timm: Welche Stellung haben die Arbeiter zur Arbeiterbewegung einzunehmen? — Alexander Bronski: Die sozialistische Bewegung in der polnischen

Jugend. — Blüthhoff von Max Schippel. — Pollst von Richard Galtner. — Sozialpolitik von Paul Kampfmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialistische Bewegung von Dr. Robolans Gumplovsky. — Gewerkschaftsbewegung von Paul Umbreit. — Frauenbewegung von Gertrude Rätz. — Naturwissenschaften von Dr. Hellmuth Anorod. — Rechtswissenschaft von Dr. Hermann West. — Bildende Kunst von Robert Stern. — Buchbesprechungen von Max Schippel, Ida Oberg, Hermann Thurn u. a. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf.; vierteljährlich 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und durch die Buchhandlung (Post-Zeitungsanstalt) Nr. 7425, ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Beuthstr. 2, Berlin SW. 19 (Zahlung unter Kreuzband oder in geschlossenen Couvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

### Briefkasten der Redaktion.

G. M., Weidenborf. Die Lebensmittel in Barcelona sind durchweg teurer. Ein hiesiger Lohn von 40 Mark würde etwa einem dortigen Lohn von 60-65 Pefes entsprechen. Lassen Sie sich im Falle baldiger Kündigung auch freie Rückfahrt garantieren.

S. Sch., Mannheim. Sie sind in beiden Punkten im Recht. Lesen Sie genau § 1 und § 21, §§ 4 und 5, Kommentar Bödtker, Güter-Abhandlungen, bei Guttentag. — G. M., Rixdorf. Gang unter Meinung, liegt aber außerhalb unserer Macht.

Monnet Jümann. 1. E. Kellner u. Co., Berlin, Lützowstr. 2. 2. M. und umdenn. 3. Die angegebene Adresse gerügt. — Bodschweig, Rein. — 90. (Mallernstr.) Arzt aufsuchen. — M. M. 100. Ein schmeieriger Erhaltungssatz. — G. P. 23. Kennen wir nicht. — Priebs. 1. Ist ohne allgemeines Interesse. 2. Antworten werden immer gern erteilt, wenn verständige Fragen vorliegen und räumliche Hindernisse nicht entgegenstehen. — Medlenburg. Natürlich: Berliner Kind.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Besucht: 7 Uhr.

M. R. 27. Zur Zeit der Wahl. — M. Sch. 115. 1. und 2. Lassen Sie sich vom Gemeinderat ein vollstreckbares Urteil geben und beauftragen Sie einen Gerichtsvollzieher mit der Forderung. 3. Werden Sie sich an die Hauptkassier, Artilleriestr. — C. 23. 130. 1. Es kam auf Zahlung gelangt und dann in die Pfandkassette eingeliefert worden. Ein anderer Weg ist ohne gültige Vereinbarung nicht möglich. 2. Die Rechtsfähigkeit eines Mannes beginnt mit dessen Volljährigkeit (zurückgelegtem 21. Lebensjahre, beziehentlich Volljährigkeitserklärung durch das Amtsgericht). — G. G. 100. Ihre sechs allgemein gehaltenen Fragen würden nur durch spaltenlange Paragrafen sämtlicher Vorschriften des Güter-Abhandlung und des Erbrechts sich beantworten lassen. Wegen Ihre Verhältnisse (wenn, wo und die Heirat? wann und wo der Erblasser? liegt ein Ehevertrag vor? liegt ein Testament vor? Leben die Eltern oder die Geschwister des Verstorbenen zu dem Todeszeit?) dar, dann ist eine Antwort möglich. — W. B. 99. 1. Ja. 2. und 3. In der Regel nein. 4. Das Amtsgericht. — Svanon 17. Die Vollmacht wird verweigert. — 3 000 000. Nach mächtigen Gewohnheitsrecht gehört der Frau, was sie nachweislich für sich erworben hat. Auch, natürliches Recht. — 13 Schuldb. Die Ehefrau soll sich an die Pfandkassette unter Darstellung des Sausverfalls wenden. — Streitfrage. Der Anteil darf keine Rente betragen, wenn sie im Will. — Frau Elisabeth 22. Was ist bei der Rente vereinbart? Welche Rentezahlung? Welche Mietdauer? Welche Mietzahlungen monatlich? vierteljährlich? als Entgelt für Arbeit? Wie bezeichnen Sie Ihre Forderung unter Erörterung nach diesen Richtungen. — Adolf Richter. Unfallversicherungspflicht liegt keineswegs vor. — Adolf Adler. Sie müssen Ihren Sohn an dem für den betreffenden Schulbeitrag eingeschickten Unterricht teilnehmen lassen. Wo der Unterricht erteilt wird, erfahren Sie durch den Rektor. — M. 23. 49. 1. Sie müssen beim Amtsgericht auf Befestigung der Forderung klagen. 2. Ja. — 100 Markstufste. Rein. — Raters. 1-3. Nein. 4. Sie müssen selbst erscheinen. — P. S. Ja. — R. G. 19. Wenn Sie Erblich geworden ist, ja. — S. Müller-Subars. Eine allgemeine Parteilage über diese weitläufige Materie muß abgelehnt werden. Stellen Sie die auf Ihr Rechtsverhältnis bezüglichen Fragen. — G. 100. 1. Staatsanwalt ist nicht erforderlich. 2. Notariell oder gerichtlich. 3. Auf dem Paternamt liegen die Patente aus. — R. 3. 1. Die Tat ist mit Justizstrafe, im milderen Fall mit Gefängnis bedroht. 2. Wenn die Zahlungspflicht aus den Umständen erhellt. — G. Günther. Beides ist nicht allgemein aber unter besonderen Umständen möglich, insbesondere dann, wenn der Schuldner gemeingefährlicher Geisteskrankheit erkrankt. — Krause. Der Wohnmann muß wahlberechtigt, also 21 Jahre alt sein. — H. Goad. 1. Nein. 2. Durch Vermutung waren wohl 15 bis 25 Mark monatlich zu erzielen, das Gehalt keine bestimmten Höhe. Die Höhe müssen für die Alimentation ausreichen: 9 M. ist also zu gering. Viele Gehälter in ländlichen Gegenden normieren die Höhe aber sehr niedrig. — P. 2. Trebbin. Dem Gatt gegenüber ist der Wert, diesem gegenüber Ihre Mutter erbschaftlich. — M. G. 100. Ein solche Anwartschaft besteht nicht. — G. 21. Nein. — G. 24. 1. Rein. 2. Auf Verlangen. — R. 3. 1. Solchen Anwalt gab es nicht. 2. Notariell. 3. Nein. — Gama 306. Der Verkauf ist, falls nicht etwa das Gegenteil aus den Verkaufsverhandlungen, die Sie nicht näher schildern, bezweifelbar, gültig. Sie können also auf Zahlung gegen Uebergeber klagen. — Z. A. Sie sind im Recht; nur die Anlagen, die im § 16 der Gerichts-Ordnung näher bezeichnet sind, sind nach vorheriger Auslegung der Räte von zu genehmigen. Sie haben als Nachbar auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuchs § 906 gegen die Belästigung Ihres Grundstückes durch den Nachbarn bei Gericht, nicht bei der Polizei, mit Erfolg zu klagen. — W. Sch. 2. Nicht Sie, sondern nur Ihre Frau ist zur Zahlung verpflichtet. — Hermann Schulz. Nach der betreffenden Rechtsprechung 1. nein, 2. und 3. Ja. — Paul Büchel. Die gesamten Beschlüsse in Verbindung mit dem tatsächlichen Verhalten des Vereins können neben den Statuten in Betracht

**Inserate** für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Freitag, den 30. Oktober.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus. Feuerstrot. Cavalleria rusticana.  
Schauspielhaus. Hygiene auf Tauris.  
Deutsches. Roma Banna.  
Berliner. Gräfin Lea.  
Lelling. Japanstreich.  
Welken. Der Trompeter von Säckingen.  
Neues. Salome. Vorher: Der Kammerjäger.  
Reichens. Das große Geheimnis.  
Central. Der Zigeunerbaron.  
Thalia. Der Hochtourist.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Ballner-Theater.) Der Bibliothekar.  
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Liebel. Literatur.  
Belle-Alliance. In Vertretung.  
Elektra.  
Luisen. Der Aktienbuddiker.  
Carl Weiss. Der Trompeter von Säckingen.  
Trianon. Biscotte.  
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.  
Apollo. Frühlingluft. Spezialitäten.  
Wetropol. Geflohen.  
Gaius. Tolle Kadetten. Spezialitäten.  
Palast. Geniehel das Leben. — Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Passage-Theater. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sängers.

**Urania.** Taubentr. 48/49. Um 8 Uhr: An den Seen Ober-Italiens.  
Um 9 Uhr im Theater:  
An den Seen Ober-Italiens.  
8 Uhr im Hörsaal: Dr. G. Nass: Das Chlor und seine Gefährten.  
**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.  
**Kleines Theater.** Unter den Linden 44.  
**Elektra.** Anfang 8 Uhr.  
**Belle-Alliance-Theater.** Abends 8 Uhr:  
In Vertretung.  
Ein Soldatenschwanz in 3 Akten von Heinz Gordon.  
Morgen und folgende Tage: In Vertretung.  
Sonntagm. 3 Uhr zu halben Preisen: Die zärtlichen Verwandten.

**Urania.** Taubentr. 48/49. Um 8 Uhr: An den Seen Ober-Italiens.  
Um 9 Uhr im Theater:  
An den Seen Ober-Italiens.  
8 Uhr im Hörsaal: Dr. G. Nass: Das Chlor und seine Gefährten.

**Deutsch-Amerikanisches Theater** 67/68 Köpenickerstr. 67/68. Jeden Abend Anfang 8 Uhr: **Ueber'n großen Teich** Feitlere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten. von Adolf Philipp.  
**Neues Theater.** Schiffbauerdamm 4a-5. Vorher: **Der Kammerjäger.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Casino-Theater.** Lothringerstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2. Nur noch bis Freitag inkl.: 9 1/2 Uhr: **Tolle Kadetten.** Sonntagm. 31. Okt. zum erstmalig: Berliner Nachtasyl. Hotel Klingebusch. Sonntagm. 4 Uhr: **Ettorelos.**

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.** (Ballner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: **Der Bibliothekar.** Schwanz in 4 Akten von G. v. Moser. Sonntagabendm. 3 Uhr: **Iphigenie auf Tauris.** Sonntagabend 8 Uhr: **Der Bibliothekar.** Sonntagm. 31. Okt. 3 Uhr: **Der Tallman.** Sonntagabend 8 Uhr: **Die Stützen der Gesellschaft.**

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Freitagabend 8 Uhr: **Liebel.** Schauspiel in 3 Akten von Arthur Schnitzler. Dienstag: **Litteratur.** Lustspiel in 1 Akt v. Arthur Schnitzler. Sonntagabend 8 Uhr: **Liebel.** Dienstag: **Litteratur.** Sonntagm. 31. Okt. 3 Uhr: **Die Häuber.** Sonntagabend 8 Uhr: **Liebel.** Dienstag: **Litteratur.**

**CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 163. **Hanko Karoo** Die zusammengewachsenen Leber. **Schwestern! Leber.** Baren-Riese. **Andries Venter**, ehemals Leibsoldat des Präsidenten Paul Krüger von Transvaal.

**Urania.** Taubentr. 48/49. Um 8 Uhr: An den Seen Ober-Italiens.  
Um 9 Uhr im Theater:  
An den Seen Ober-Italiens.  
8 Uhr im Hörsaal: Dr. G. Nass: Das Chlor und seine Gefährten.

**Urania.** Taubentr. 48/49. Um 8 Uhr: An den Seen Ober-Italiens.  
Um 9 Uhr im Theater:  
An den Seen Ober-Italiens.  
8 Uhr im Hörsaal: Dr. G. Nass: Das Chlor und seine Gefährten.

**Apollo-Theater.** Zum 25. Male: **Frühlingluft.** Operette in 3 Akten von weiland **Josef Strauss.** Im **Blütenhochzeit.** Ballett von Louis Gundersch. Ferner: **Die glänzenden Spezialitäten.** Nur bis 1. November: **Meisters Biophon.** Anfang 7 1/2 Uhr.

**Trianon-Theater.** Georgenstr. zwischen Friedrichs- und Universitätsstr. **Biscotte.** Anfang 8 Uhr. **Roh-Tabak.** Tempelstr. 3. **S. Nauen**, u. d. Schmeierstr.

**Carl Weiss-Theater.** Große Frankfurter Straße 132. Ermäßigte Preise. **Der Trompeter v. Säckingen.** Anfang 8 Uhr. Morgen nachm. 4 Uhr: Die 7 Raben. Abends: Amor in Wicks. Sonntagm. 31. Okt. 3 Uhr: **Die Häuber.** Der Trompeter von Säckingen.

**Berliner Uk-Trio.** Felix Scheuer, Kitzbühlerstr. 1.



# Cirkus Schumann.

Heute, Freitag, den 30. Oktober 1903, abends 7 1/2 Uhr:  
Die ersten **Kragenbären** Berlin  
Seltene Exemplare! d. Hrn. L. W. Seltene Exemplare!  
Der 6er Zug u. d. leuchtenden Spiegelstrassen.  
Unvergleichlich sind Hrn. Jul. Seths  
1/4 **Hundert Wüstenkönige**  
die besten in Berlin  
Lebs Wunderaffen. Die arkadisch Clowns **Adolf-Coco.**

**Passage-Theater**  
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.

**Olga Wohlbrück,**  
Spott- und Geissellieder.  
**Der Todessprung des Hundes.**  
14 erstklassige Nummern.

**Metropol-Theater.**

Heute Freitag, den 30. Oktober: **Geschlossen.**  
Sonntag, den 31. Oktober:  
Zum erstenmal:  
**Durchleuchtet Radieschen!**  
Barleske Ausstattungsspieler mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schulte.  
1. Bild: Mit dem Orient-Express.  
2. Das Radieschen.  
3. Im Moulin rouge.  
4. Das Fest in der Botschaft.  
Anfang 1/8 Uhr.  
— Rauchen überall gestattet. —

**Berliner Prater-Theater**  
Kassanien-Allee 7-9.  
Freitag, den 30. Oktober 1903:  
**Bernhard Rose - Theater - Ensemble.**  
**Das Mädel ohne Geld.**  
Voll mit Gesang in 5 Akten von D. F. Berg und G. Jacobsohn.  
Anfang 8 Uhr.  
Montag: **Scen oder: Genie und Leidenschaft.**

**Palast-Theater Feen-Palast.**  
Burgstr. 22.  
**Elite - Extra - Vorstellung.**  
**Maria Stuart.**  
Freie der Bühne: Loge 1 Mk., Ehrensitze 60 Pf., Parterre 40 Pf., Entrée 30 Pf.  
Sonntag, den 31. Oktober 1903:  
**Premieren-Abend.**  
**Das Liebesparadies.**  
Orig.-Musik mit Gesang in 3 Akten von Gerde.  
Sonntag, den 1. November: Das neue Programm und Liebesparadies.

**WINTERGARTEN**  
Vorletzte Vorführung des Oktober-Programms.  
**Saharet** australische Tänzerin.

**The Great Goldin** Illusionist.  
Goldin gab eine Separat-Vorstellung vor Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II.  
Smith u. Dorato Excentrics  
Theresa Renz Schulleiterin  
Die drei Lappus Rockturner  
**Anne Dancrey** Pariser Soubrette.  
Moskwa russisches Sextett.  
Die Agost's Jongleure.  
**Angeline Vanloo** Sängerin  
O. K. Sato komischer Jongleur.  
Miss Emeline Trapesekünstlerin.  
Die Jahrmärktsprinzess Ballett.  
Der Biograph.

**Herren - Kragen.**  
— reinleinen, garantiert 4fach, —  
verschiedene Façons in allen Weiten,  
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.  
— Geschlossene Kragen —  
per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf.  
Wasserschnitten, Prima, garant. 4fach  
1/2 Dutzend 1,80 Mk.  
Oberhemden, Serviteurs, Krawatten,  
in größter Auswahl, Trikologen,  
Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.  
Detailverkauf zu Engrospreisen.  
Ernst Marcuse, Münzstr. 23.  
25-30-40 Pf.  
Blatt 50 Pf.

**Hirschfleisch**  
Biedenten und Blätter.  
**Gespickte Hasen** von 3 an.  
**Oderbr. Gänse** 55 und 60 Pf.  
Junge Enten, Hühner, Kaninchen 70 Pf.  
Dresdener.  
**A. Ritschl,** Straße 61.

**Herren-Anzüge** . . . . . für 6 Mark  
**Herren-Stoffhosen** . . . . . 1 Mark 95 Pf.  
**Hochelegante Herrenstoffe** von 1 Mark 50 Pf. an.

**Wollatlas, alle Farben 4,65**  
**Similseide, alle Farben 6,00**  
**Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 M.**  
**Special-Haus Emil Lefèvre,**  
Berlin S., Oranienstrasse 150.

**Fröhels Allerlei-Theater**  
H. Puhmanns Vaudeville-Theater,  
Schönhauser Allee 148.  
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**  
Freitag, den 30. Oktober 1903:  
Gastspiel des  
**Berliner Volks-Theaters.**  
Einmalige Aufführung d. Lustspiels  
**Minna von Barnhelm.**  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Sonntag 5 Uhr:  
**Norddeutsche Sänger.**  
Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr:  
**Grosser Extra-Tanz.**  
Entrée 30 Pf. Sperrlich 50 Pf.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
Täglich:  
**Franz Sobanski.**  
Ganz neues Programm.  
Zum Schluss die Gesangs- u. Poffe  
**August auf Urlaub.**  
Nach der Vorstellung:  
Mittw., Sonnab., Sonnt.: **Tanz.**

**Sanssouci.**  
Kollnhofer Thor — Stat. der Hochbahn.  
Sonntag, Montag und  
Dienstag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sänger.**  
Nach jeder Solree:  
**Tanzkränzchen.**  
Jeden Dienstag:  
**Theater-Abend.**

**Reichshallen**  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang: 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Etabl. Buggenhagen**  
Mörchplatz. Im Kaiserpalast:  
Künstler-Ensemble  
„Nordsterne“  
unter Leitung d. Herrn  
Rudolf Schwan.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.  
Entrée 50 Pf.  
Bons heb. Gältigkeit.  
Nach der Vorstellung:  
**Frei-Tanz.**  
In den unteren Sälen Dienstag:  
Wagners-Konzert.  
Dienstag: **Wärsch-Konzert.**  
Bons haben Gältigkeit.

**Herren - Kragen.**  
— reinleinen, garantiert 4fach, —  
verschiedene Façons in allen Weiten,  
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.  
— Geschlossene Kragen —  
per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf.  
Wasserschnitten, Prima, garant. 4fach  
1/2 Dutzend 1,80 Mk.  
Oberhemden, Serviteurs, Krawatten,  
in größter Auswahl, Trikologen,  
Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.  
Detailverkauf zu Engrospreisen.  
Ernst Marcuse, Münzstr. 23.  
25-30-40 Pf.  
Blatt 50 Pf.

**Herren - Kragen.**  
— reinleinen, garantiert 4fach, —  
verschiedene Façons in allen Weiten,  
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.  
— Geschlossene Kragen —  
per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf.  
Wasserschnitten, Prima, garant. 4fach  
1/2 Dutzend 1,80 Mk.  
Oberhemden, Serviteurs, Krawatten,  
in größter Auswahl, Trikologen,  
Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.  
Detailverkauf zu Engrospreisen.  
Ernst Marcuse, Münzstr. 23.  
25-30-40 Pf.  
Blatt 50 Pf.

**Herren - Kragen.**  
— reinleinen, garantiert 4fach, —  
verschiedene Façons in allen Weiten,  
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.  
— Geschlossene Kragen —  
per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf.  
Wasserschnitten, Prima, garant. 4fach  
1/2 Dutzend 1,80 Mk.  
Oberhemden, Serviteurs, Krawatten,  
in größter Auswahl, Trikologen,  
Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.  
Detailverkauf zu Engrospreisen.  
Ernst Marcuse, Münzstr. 23.  
25-30-40 Pf.  
Blatt 50 Pf.

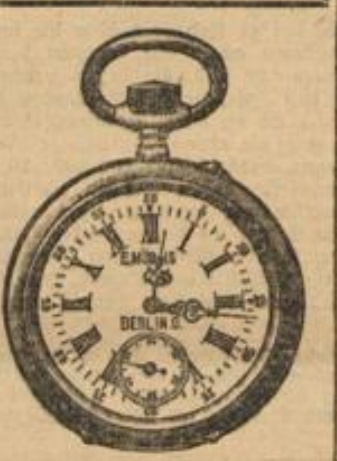
**Herren-Anzüge** . . . . . für 6 Mark  
**Herren-Stoffhosen** . . . . . 1 Mark 95 Pf.  
**Hochelegante Herrenstoffe** von 1 Mark 50 Pf. an.

Heute gibt es wieder  
**Frische Blut- und Leber-Wurst**  
in bekannter tadelloser Qualität.  
**Rich. Augustin,** Lindenstr. 89.  
„Bordoirs“-Haus, Frühlings- und  
Wittigstraße, Sitzungszimmer.

**Victoria-Säle**  
Perlebergerstr. 14  
für Bergnügungen etc. frei. 30052\*

**DAMEN**  
die viel Geld sparen wollen, können ihre  
**Paletots, Jacketts, Kostüme**  
und **Röcke im Engros-Geschäft**  
von **A. Schwarz, Wassmannstr. 1,**  
Ecke Landwehrbergr. 1. Etage, beziehen.

**Steppdecken**  
Gelegenheitskauf!  
**Wollatlas, alle Farben 4,65**  
**Similseide, alle Farben 6,00**  
**Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 M.**  
**Special-Haus Emil Lefèvre,**  
Berlin S., Oranienstrasse 150.



**E. Möbis,**  
82 Koppen-Strasse 82  
3 Min. v. Schl. Bahn.

**Damen-Jacketts, Capes, Blusen, Röcke**  
billiger  
als in jeder Fabrik.  
zu **Kostümen, Damen- und Knaben-Sachen.**  
Oskar Basch, Oranienstrasse 202, pt.

**Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik**  
Gustav Dittig, Berlin, Oranienstr. 46, verfertigt gegen Rückzahlung  
erant. neue Bettfedern d. Fein. 30 Pf.,  
günstigste haltbarere d. Fein. 20 Pf.,  
bessere haltbarere d. Fein. 1,75,  
herzliche Duzen d. Fein. 2,25.  
— Von diesen Duzen genügen  
3 bis 4 Stück zum großen Bedarf.  
Bestellung frei. Vers. u. Proben  
gratis. Viele Anerkennungsbriefe.

**Grundstück, Torost, 10 Minuten**  
vom Bahnhof, guter Rohboden, ca.  
70 Ruthen eingezäunt mit Sommer-  
häusern, Klostern, zusammen 1800 Mk.  
Anzahlung 500, verkauft Panitzsch  
Jepernick, am Bahnhof. 25515

**Frankfurter Hütte**  
Grosse Frankfurterstrasse 101 und Kranzstrasse 1

**Abteilung 3: Schwemme.**  
4/10 Liter im Glas 10 Pf.  
1/2 Lit. im Krug 12 Pf. 1 Lit. im Krug 23 Pf.  
**Warme Küche, Portion 30, 40 und 50 Pf.**  
Jeden Freitag: 3078L\*  
**frische Hausmacher Blut- und Leberwurst etc.**  
auch ausser dem Hause, zu billigen Preisen, empfiehlt  
**Otto Grätz, Oekonom der Frankfurter Hütte.**  
Täglich  
**Partisani** Eintritt  
Abteilung 1: **Konzertsäle.** in Uniform. — frei —

**Nur neueste Moden.**  
Dieser steife, schwarze Hut mit Futter, Cylinderhüte und Chapeau claque in großer Auswahl.  
**Special-Hut-Engroslager nur neueste Moden.**  
**Einzelverkauf zu Fabrikpreisen**  
im Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Treppe,  
dritten Haus vom Alexander-Platz.  
Grösste Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.  
**Filzhüte für Herren, mit Haarfutter M. 2.—, hochfeine Qualität M. 2,50, extra feine M. 3.—, beste Qualität M. 4,50.**

**Teppichhaus**  
Teppiche 4 1/2 6 10 20 100 Mk.  
Gardinen, Stores, Portieren, Steppdecken, Tisch-, Bett-, Reise- und Schlafdecken in grosser Auswahl zu sehr billigen Preisen.  
**J. Senft.**  
28 Königstr. 28

**Die schönsten Herren-Anzüge, Winterpaletots, Joppen etc.** sind zu bedeutend herabgesetzten Preisen in grosser Auswahl vorhanden.  
Abt. I: Selbstangefertigte Garderobe, keine Fabrikware, durch diesen Vorteil alles viel billiger. Anfertigung nach Mass.  
Abt. II: Monats-Abonnements-Garderobe, von Kavaliereu getragene Sachen, sehr preiswert. Für jede Figur passend.  
**J. Wand,** Hauptgeschäft: **Prinzenstr. 17,** an der Wasserthorstrasse.  
Filiale: **Gr. Frankfurterstr. 116, an der Andreasstrasse.**

**Ausstellung**  
für naturgemässe Lebens- und Heilweise, Gesundheitspflege, Krankenpflege etc.  
**Luisenhof, Dresdenerstr. 34/85.**  
Eröffnung: Heute, den 30. er., nachmittags 5 Uhr.

**Alle Gummiwaren!**  
Irrigatorbocher . 0,45  
do. Ersatz d. 0,65  
Irrigatoren Pump. 0,90  
Gummi-Unterlagen rot, grau . . . 0,50  
Wasserdichtes Oel-tuch für Bödenreinigung 1,80  
Inhalat-Apparate 1,25  
Stechbocken von 1,80  
Damenbinden, Duzend . . . 0,50  
Zinnspritzen m. geb. Rohr . . 2,70  
Auf Wunsch weibl. Bedienung.  
**G. Leisegang,** Reinickendorferstrasse 56b.

**Beischreiben der Bücher** wird fortell ausgeführt bei billiger Berechnung. Offerten um Z. 8 an die Expedition

Wir Verlobte empfehlen sich:  
**Oskar Rabal** 25/9  
**Martha Peller.**  
Berlin O., 25. Oktober 1903.  
**Dankfagung.**  
Für die uns beim Begräbnis meines Sohnes **Franz Weskamp** erwiesene Teilnahme sprechen wir allen Kollegen, sowie dem Rettaufbeiter-Verbande, dem Bahloverein Berlin IV (Osten) und dem Gesangsverein „Kampglöck“ unsern herzlichsten Dank aus.  
Witwe Weskamp nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, Bruders und Schwagers, des Schlossers **Hellmut Müller,** fogen wir allen, insbesondere dem wohlwollenden Magistrat von Charlottenburg, sowie dem Personal der Firma Blume unsern herzlichsten Dank.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**M. Kittendorf.**

**Dankfagung.**  
Für die mir erwiesene Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes luge ich allen Vereinen, den verehrten Stammgästen, sowie allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.  
Frau Wolter nebst Sohn.

Für die überaus vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kränzchen bei der Beerdigung meines innig geliebten Mannes und Vaters  
**Willy Schneider**  
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Herren Oeffs und dem Personal der Firma J. Schuchart sowie den werten Vereinen, insbesondere dem Gesangsverein „Melodia“ unsern tiefgefühltesten Dank. 31202  
Die tieftrauernde Witwe nebst Sohn.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Sohnes und Bruders  
**Willy Scheider**  
sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern innigsten Dank.  
Frau Schneider nebst Kindern.

Für die herzliche Teilnahme an dem Einsegnen meines unvergesslichen Mannes, unsern lieben Vaters, des Klempners  
**Gustav Brandt**  
sagen allen Freunden, Bekannten, besonders den Kollegen der Firma Schwinzer u. Größl, sowie dem Bahloverein für den 3. Reichstags-Wahlkreis unsern innigsten Dank. 29505  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dr. Simmel,** Str. 41,  
Specialarzt für **(28/10\*) Haut- und Nervenleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

**Königsberger-Geld-Lotterie.**  
Ziehung: 11.-10. November  
6241 Goldgewinn bar ohne jedes Anzug zahlbar von Mk.  
**200000**  
Hauptgewinn: Mark  
**50000**  
**20000**  
**10000**  
etc. etc. etc.  
Originallosse à 3 Mark  
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.  
**Oscar Bräuer & Co. Nachf.**  
G. m. b. H. Bank-Gesellschaft  
Berlin W. Friedrichstr. 161.  
Filialen:  
**NW. Wilsnackerstr. 63.**  
**O. Andreasstr. 46a.**  
**SO. Oranienstr. 177.**

**Damen - Mäntel!**  
**Gelegenheitskäufe!**  
Nur einzeln an Grunds im Engros-Geschäft Alexandrinenstr. 38 II.

**Konkursmassen-Ausverkauf.**  
Die zur Konkursmasse der Firma **Jaroczynski & Co.** gehörigen und andre Waren sollen  
**Belle-Alliance-Strasse 107, Eckhaus Blücherplatz (am Halleschen Thor - Haltestelle der Strassenbahn)** ausverkauft werden und zwar:  
**Herren-Anzüge** . . . . . für 6 Mark  
**Herren-Stoffhosen** . . . . . 1 Mark 95 Pf.  
**Hochelegante Herrenstoffe** von 1 Mark 50 Pf. an.  
**Winter-Paletots** . . . . . für 6 Mark 75 Pf.  
**Burschen-Anzüge** . . . . . 4 Mark  
auf Wunsch Anfertigung nach Mass.  
**Belle-Alliance-Strasse 107.**  
Bitte genau auf 107 zu achten.  
**Verkauf 9-1 und 1/2 3-9.**



Der Kampf ums Majorat.

Vierter Tag.

Für die 78 Jahre alte Angeklagte Kroska ist jetzt ein bequemer Lehnstuhl in den Anklageraum gestellt worden, auf dem sie nun behaglicher sitzen kann.

Auf Verlangen des Ersten Staatsanwalts Steinbrecht wird die

Zeugin Fallowolska

noch einmal vorgerufen. Sie hat gestern u. a. Beobachtungen belundet, aus welchen sie den Schluss gezogen hat, daß bis in die neueste Zeit hinein ein intimer ehelicher Verkehr zwischen dem Grafen und der Gräfin stattgefunden habe. Es geschah dies auf eine Frage des Verteidigers, während die Zeugin in der Voruntersuchung nichts davon gesagt hatte. Der Erste Staatsanwalt wünscht zu wissen, woher dies kommt und woher der Verteidiger Kenntnis davon hat. — Die Zeugin erklärt, daß sie mit der Frau von Gylorski, in deren Haushalt sie jetzt tätig ist, viel über diese ganze Geschichte gesprochen hat, daß sie sich manches dabei aufgeschrieben habe, um es nicht zu vergessen und daß auch Frau v. Cz. sich Notizen gemacht haben dürfte. — Justizrat Bronker erwidert die Zeugin, in dieser Beziehung mit nichts zurückhalten, sondern alles frei und ungeniert zu sagen, denn auch andre Leute haben in diesem Prozeß Informationen erhalten und erteilt. Im übrigen lehnen es die Verteidiger Justizrat Bronker und Rechtsanwalt Chodziesner namens der Verteidigung entschieden ab, Auskunft darüber zu erteilen, woher sie ihre Informationen haben. Die Verteidiger fragen ja den Staatsanwalt nicht, woher er seine Informationen habe und sie meinen, daß er davon überzeugt sein sollte, daß sie sich unläuterer Quellen nicht bedienen. Sie seien mindestens mit derselben Objektivität, wie der Staatsanwalt, bestrebt, die Wahrheit zu ermitteln. — Erster Staatsanwalt Steinbrecht: Er habe an unläutere Quellen überhaupt nicht gedacht, falls ihm nur die Erweiterung der Aussage dieser Zeugin auf und er beantrage, den Untersuchungsrichter über diesen Punkt zu befragen.

Rechtsanwalt Chodziesner und Rechtsanwalt v. Ryh-Lozowski richten eine Reihe von Fragen an den Zeugen Grafen Sector Awilecki über den Umfang und die Methode seiner Ermittlungen und über die Gelder, die er darauf verwendet hat. Er sagt, daß er dem Geheimniß über die Ergebnisse neuer Ermittlungen hin und wieder Mitteilung gemacht habe. Auf eine weitere Frage erklärt er, daß er von 1902 bis heute dem Geheimniß 7—8000 Mark gezahlt habe; vor vierzehn Tagen habe er ihm noch 1000 Mark gezahlt.

Alsdann wird Kriminalkommissar v. Tressow vernommen, um zu belunden, ob hier im Gerichtslokal irgend welche

Beobachtungen

von Zeugen beobachtet worden sind. Er belundet, für diesen Prozeß seien einige polnisch sprechende Kriminalbeamte im Gerichtsgebäude stationiert. Diese haben beobachtet, daß sich in der Nähe des Kassenzimmers zwei Leute aufhielten, die in polnischer Sprache mehreren Zeugen zurefen, daß sie doch nicht so dumm sein sollten, hier Zeugnis abzulegen, sondern nach Hause fahren sollten. Die Beamten haben die beiden Leute, welche ihnen gegenüber noch unverschämter wurden, mit zur Wache genommen und dort ihre Namen festgestellt.

Kentier Mieczyslaw von Moszowski-Posen, ein entfernter Verwandter der angeklagten Gräfin, sagt aus, daß er in den letzten Jahren so gut wie gar keinen Verkehr mit dieser gehabt und deshalb den Knaben auch nicht gesehen hatte. Als er ihn dann, ohne zu wissen, wor er sei, in Begleitung einer Frau gelegentlich gesehen, sei ihm sofort eine Familienähnlichkeit aufgefallen und er habe sich sofort gedacht: das müsse wohl der Junge sein. — Ein Geschwornener regt an, ob nicht dieser Zeuge ebenso wie sämtliche übrigen Mitglieder der Familie so lange an Gerichtsstelle zurückgehalten werden könnten, bis der kleine Knabe vorgeführt und damit Gelegenheit gegeben würde, selbst die Ähnlichkeit desselben mit den Familienmitgliedern zu prüfen. Der Zeuge wird jedoch entlassen. Der Vorsitzende meint, es seien noch genügend viel Familienmitglieder anwesend.

Die nächste Zeugin ist eine Hebamme Kubowitz, welche die Gräfin vor 24 Jahren entbunden hat und nun Auskunft darüber geben soll, ob diese und frühere Entbindungen leicht oder schwer waren, ob Gefahr dabei obwaltete und ob die Gräfin dabei vorher und nachher in ärztlicher Behandlung war. Die Zeugin verneint letzteres und erinnert sich, daß die Entbindungen leicht und gefahrlos vor sich gegangen seien. Auf eine Frage der Verteidigung bestätigt die Zeugin, daß die Gräfin in Bezug auf ernstliche Untersuchung ihres Körpers besonders zurückhaltend war.

Fräulein v. Wardska-Oporowo war sieben Wochen als „Stütze“ in Wroblewo. Nach ihren Wahrnehmungen ist die Hedwig Andruszewska, die Hauptbelastungszeugin, in Wroblewo schlecht behandelt worden. Die Gräfin Jabella habe ihr, der Zeugin, gleich bei Eintritt ihrer Stelle, gesagt, die Hedwig sei ein ligandisches Mädchen, welches an den Thüren horche und nuschle. Sie solle das Mädchen nur recht streng behandeln, sie müsse wie ein Hund behandelt werden, denn besseres sei sie nicht wert. Die Hedwig habe sich bei ihr manchmal gemeldet und ihre zerzausten Haare und ihr zertrampeltes Gesicht gezeigt, wobei sie sagte, sie sei von der Gräfin mißhandelt worden, weil sie verweigert habe, ihre Unterschrift unter gewisse ihr vorgelegte Papiere zu setzen. Eines Tages hat die Zeugin folgende Beobachtung gemacht: Im Schlafzimmer habe die Frau Gräfin mit einer der Komtessen geessen und, wie sie gehört zu haben glaubt, von dem Knaben gesprochen. Sie hat den Eindruck gehabt, als ob die Komtessen anzudeuten war, daß der Knabe ihr vorgezogen würde. Da hat sie denn die Gräfin sagen hören: ich muß ihn

doch anerkennen!

Ueber die Bedeutung des vom Sachverständigen Regierungsrat Brandt mit „anerkennen“ übersetzten polnischen Wortes entspinnt sich eine kurze Debatte. Rechtsanwalt v. Ryh-Lozowski behauptet, daß das polnische Wort doch nicht so übersetzt werden könne, während die Sachverständigen Regierungsrat Brandt und Kanzleirat Groh sowie Prof. Dr. Brückner das Wort „przyznac“ nicht anders als mit „anerkennen“ übersetzen zu können erklären. — Justizrat Bronker: Die Gräfin hat ja leider viel mit Wechseln zu thun gehabt, ist es nicht möglich, daß das Wort „anerkennen“ sich auf einen solchen Wechsel beziehen konnte? — Zeugin: Nein, von Geld war nicht die Rede. Die Frau Gräfin hat zuerst von dem Knaben unter Nennung seines Namens gesprochen, darauf machte die Komtesse eine undeutliche Bemerkung und dann erfolgte die Bemerkung mit dem Worte „przyznac“. — Weiter belundet die Zeugin: Sie habe von der Hedwig gehört, daß ihr die Gräfin ins Gesicht gespußt und ihr gesagt habe: Wenn Du nicht gehorcht, dann werde ich die Leute zusammenrufen und Dich durchhauen lassen. Die Zeugin hat nicht gefunden, daß die schlechte Behandlung des Mädchens berechtigt gewesen sei, denn sie sei ein ruhiges und geduldiges Mädchen gewesen. Die Zeugin hat den Verdacht gehabt, daß die Hedwig ein Geheimnis wisse und sich weigere, etwas zu unterschreiben, was der Wahrheit nicht entspreche.

Ein Konflikt.

Während dieser Vernehmung hat die Zeugin Fallowolska sich an den Verteidigertisch begeben und teilt einem der Verteidiger etwas mit, was der Erste Staatsanwalt Steinbrecht rügt. Das giebt dem Justizrat Bronker Veranlassung, mit gehobener Stimme zu erklären, daß er seinerseits die Verteidigung niederlegen möchte, wenn der Staatsanwalt in dieser Weise irgend welche Mitteilung eines Zeugen an die Verteidiger zu unterbinden suche. Die Zeugin habe aus Respekt vor dem Eide etwas mitgeteilt, was ihr

jetzt eingefallen sei, und wenn man dies hindern wollte, würde man ja geradezu Meineide zählen. — Erster Staatsanwalt Steinbrecht erklärt, daß er nur habe sagen wollen, daß dieses Hingehen der Zeugin an den Verteidigertisch störend sei.

Auf Antrag des Ersten Staatsanwalts Steinbrecht wird der Landgerichtsrat Poth vernommen, welcher die Untersuchung gegen die Angeklagten geführt hat. Auf Befragen erklärt er, daß er von der Zeugin Jrl Fallowolska den Eindruck gewonnen habe, als sei sie dem gräflichen Ehepaar sehr zugehörig. Ueber etwaige Wahrnehmungen in betreff des intimen Verkehrs zwischen dem Ehepaar sei Jrl. Fallowolska nicht befragt worden. Die Ermittlung der Wahrheit sei besonders deshalb auf besondere Schwierigkeiten gestoßen, weil die übrigen Angeklagten von einem grenzenlosen Unterwürfigkeitsgefühl befeelt gewesen seien und deshalb mit der Wahrheit hinterm Berge hielten. Besonders die Angeklagte Ossowska sei stark bei der Behauptung stehen geblieben, daß sie derzeit in Posen nur die Wahrheit beschworen, und erst nach und nach, als ein Zeugen fast nicht mehr durchzuführen war, habe sie sich zu einem Geständnis bequemt, welches jetzt mit um so rückhaltloser Offenheit abgelegt wurde. Der Zeuge habe sie darauf hingewiesen, daß ihr als lehrer Wittungsanleiter noch die Begnadigung durch den Kaiser in Aussicht stehe. Die Ossowska habe erst ein Geständnis abgelegt, nachdem sie durch einen abgesehenen Kaffiber schwerer befaßt worden war. In diesem Kaffiber hatte sie ein volles Bekenntnis ihrer Schuld abgelegt. Dem Grafen Awilecki habe er wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß er ein gefährliches Spiel treibe, wenn der gegen ihn schwebende Verdacht sich verdichten sollte; der Graf sei denn ja auch im August in Haft genommen worden.

Die nächste Zeugin.

Oberwäscherin Gajbulla

aus Wroblewo, macht Aussagen über die Wahrnehmungen, die sie bezüglich der Leibwäsche der Gräfin gemacht. Diese Wahrnehmungen sind derart, daß sie an der Nichtigkeit der Geburt des Knaben am 27. Januar gezeuvelt hat. Sie will nur aus Mitleid für die Gräfin diese Beobachtungen seiner Zeit verschwiegen haben. Die Aussagen dieser Zeugin entziehen sich natürlich der Wiedergabe, es ist dabei viel von rosa Taghemden, roten Nachtbinden usw. die Rede und die Verteidiger regen die Zweifel an, ob die Zeugin die Leibwäsche der Gräfin und die der Komtessen hat untersuchen können. Während dieser ganzen Erörterungen sitzt die Gräfin, die sonst mit der Lognettie die Zeugen eingehend zu mustern pflegt, mit abgewandtem Gesicht da.

Auch eine andre Zeugin wird noch über dieses Wäschehemma vernommen. Diese Zeugin glaubt sich zu erinnern, daß die Angeklagte Kroska, die bekanntlich den Knaben mit abgeholt haben soll, am 27. Januar in Wroblewo gewesen sei.

(Pause.)

Bei Wiederaufnahme der Sitzung beantragt ein Geschwornener, daß den Geschwornen Verzeichnisse der Zeugen angefertigt werden, da es nicht möglich sei, die polnischen Namen zu verstehen, noch weniger aber zu behalten und später bei den Geschwornen Vernehmungen vorzulesen könnten. Dem Wunsche soll entgegenkommen werden.

Nach einer Mitteilung des Ersten Staatsanwalts Steinbrecht liegt die Zeugin Cassie Meyer, die Weichenstickerfrau, die die wirkliche Mutter des angeklagten jungen Grafen sein soll, in einem Hause der Emdenerstraße in Geburtsorten. Professor Dührken und Dr. Rosinski begeben sich auf Ersuchen des Vorsitzenden nach der Emdenerstraße, um sich von dem Zustand der Zeugin zu überzeugen.

Arbeiterfrau Stanislawo Lewandowska will sich mit aller Bestimmtheit erinnern, daß die alte Andruszewska am 27. Januar 1897 in Wroblewo anwesend gewesen sei und auch an den vorhergehenden Tagen nicht gefehlt habe. Der Vorsitzende hält ihr vor, daß es doch sehr auffällig sei, wenn sie sich jetzt noch nach sechs Jahren so genau auf den 27. Januar 1897 erinnern könne. Die Zeugin behauptet aber mit aller Bestimmtheit, daß sie sich dessen erinnere, denn sie sei damals speziell der alten Andruszewska zur Hilfeleistung beigegeben worden und wisse ganz genau, daß diese zu jener Zeit

nicht von Wroblewo abwesend

gewesen sei und sich auch nicht von ihrer Tochter habe vertreten lassen. — Diese Zeugin, die auch nur polnisch spricht, bestätigt eine Frage des Justizrat Bronker dahin, daß in ihrer Familie auch ein Fall vorgekommen sei, in welchem eine Frau, die über 50 Jahre alt gewesen, noch ein Kind bekommen habe. — Rechtsanwalt Chodziesner: Ist der Zeugin bekannt, daß die Hedwig Andruszewska auf dem Hofe von den Bediensteten als eine seltsame Person angesehen wurde, mit der es nicht ganz richtig sei und die man eigentlich in eine Anstalt bringen müsse? — Die Zeugin bejaht dies. Sie habe immer nur gesagt, die Hedwig sei dumm; daß jemand gesagt hätte: die Hedwig sei gar nicht so dumm, sondern klüger als alle alle andern, habe sie niemals gehört. — Rechtsanwalt v. Ryh-Lozowski: Hat sich nicht in den letzten Tagen ein Dachdeckermeister Skole an die Zeugin herangemacht und ihr gesagt: „Ach, der Gräfin ist nicht mehr zu helfen, sagen Sie nur zu ihren Ungunsten aus! Wer zu ihren Gunsten andogt, kommt sofort ins Loch?“ — Die Zeugin bejaht dies nicht direkt. Es habe nur ein Dachdecker mit ihr gesprochen und mancherlei über den Prozeß geredet. Dabei hat er seine Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß es dem Grafen wohl schlecht gehen werde. Der Dachdecker habe nicht gesagt, daß er von irgend jemand abgefaßt worden ist.

Fräulein Pluzinska belundet, daß sie eines Tages früh 10 Uhr auf dem Gute der angeklagten Gräfin erschienen sei, um die Gräfin zu sprechen. Sie habe das Schlafzimmer der Gräfin geöffnet und diese im bloßen Hemd vor dem Bett stehen sehen. Sie habe sich sofort zurückziehen wollen, sei aber durch die Gräfin veranlaßt worden, zu bleiben. Sie habe hierbei beobachtet, daß die Gräfin einen starken Leib gehabt habe, als ob sie guter Hoffnung sei. Auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden und des Justizrats Bronker dahingehend, ob die Gräfin etwa auf ihren Besuch vorbereitet gewesen sei, erklärt sie das für ausgeschlossen, da sie ganz plötzlich von ihrer Herrschaft zur Gräfin geschickt sei. Letztere habe sie auch nicht kommen sehen können. Ob die Gräfin unter dem Hemd etwas um den Leib gebunden gehabt habe, weiß sie nicht, ebenso wenig, ob die Angeklagte wirklich schwanger gewesen sei, da sie als „Fräulein“ darin keine Erfahrung habe. — Die folgende Zeugin Gräfin Bonina hat die angeklagte Gräfin ein Jahr vor der Entbindung zum letztenmal gesehen. Auf die Nachricht von der Geburt des Knaben ist sie nach Berlin geeilt und hat hier Mutter und Kind am zweiten oder dritten Tage nach der Geburt aufgesucht. Sie hat die Gräfin matt und angegriffen gefunden und mit Bestimmtheit angenommen, daß hier eine legale Geburt vorliege. Die Familienähnlichkeit des Knaben ist ihr sofort aufgefallen. Da sie selbst Mutter von acht Kindern sei, glaube sie schon ein Urteil darüber abgeben zu können, daß das Kind damals noch keine acht Tage alt war.

Hierauf wird die Verhandlung auf morgen vertagt.

Aus der Frauenbewegung.

Welches Interesse haben die Frauen an den preussischen Landtagswahlen? Von Louise Sieh.

Der Arbeiter- und Arbeiterinnenrat ist reichsgesetzlich geregelt. Die Institution, die geschaffen ist um über die Innehaltung dieser Vorschriften zu wachen, dafür Sorge zu tragen, daß sie im Sinne des Gesetzgebers durchgeführt werden und die Anregungen geben soll, wie diese Vorschriften in zweckentsprechender Weise erweitert werden, die Gewerbe-Inspektion, untersteht leider der Landesgesetzgebung. In Preußen sieht auch ein Verwaltungs-

beamter an ihrer Spitze. Selbstverständlich ist es von außerordentlichem Interesse für die Arbeiter im Allgemeinen und für die Frauen im Besonderen, in welcher Weise das Institut der Gewerbe-Inspektion ausgestaltet ist und in welchem Geiste die Maßnahmen der Beamten getroffen werden. Unterstanden doch im Jahre 1902 in Preußen 95 998 Betriebe mit 2 396 941 Arbeitern der Inspektion. Darunter waren 450 317 Arbeiterinnen, von denen 46 896 jugendliche und 694 Kinder unter 14 Jahren. Leider entspricht für Preußen die Gestaltung der Institution der Gewerbe-Inspektion und deren Maßnahmen nicht im entferntesten den berechtigten Wünschen und Forderungen der Arbeiterschaft. Durch die Belastung der Inspektoren mit der Kesselrevision ist nicht nur ihre Zeit und Kraft zum großen Teil der Revision der Betriebe entzogen, sondern auch die Wirksamkeit der letzteren fast ganz in Frage gestellt. Die Hauptvoraussetzung einer erfolgreichen Inspektion ist, daß sie zu jeder Tageszeit und unvorhergesehen geschehen kann. Die Kesselrevisionen müssen jedoch vorher angemeldet werden. Wird dann gleichzeitig die Revision des Betriebes vorgenommen, wird diese fast wertlos. Hatte der Betriebsinhaber doch Zeit und Ruhe genug, vorhandene Mängel für den Tag der Revision zu beseitigen. Hinzu kommt noch, daß die Nachbefugnisse der Beamten außerordentlich eingeschränkt sind. Daß sie z. B. bei Uebertretungen der Arbeiterschutzbestimmungen nicht selbst Strafvorschriften erlassen dürfen, sondern nach — der Polizei rufen müssen, daß dadurch ihr Ansehen und ihr Einfluß erhöht wird, wird niemand behaupten wollen.

Mit Rücksicht auf die große Zahl der weiblichen Arbeiter ist unerseits seit vielen Jahren die Forderung erhoben: Anstellung weiblicher Fabrik-Inspektoren. Mit „Händen und Füßen“ hat man sich lange Zeit dagegen gewehrt im Junkerparlament. Nach vielem Sträuben hat man sich, dem Druck der Verhältnisse nachgebend, endlich dazu bequemt, den „Versuch“ zu machen mit der Anstellung von gegenwärtig vier „Assistentinnen“. Daß die Beamtinnen nur als Assistentinnen und nicht als selbstständige Inspektoren angestellt, ihre Nachbefugnisse also noch enger gezogen sind als diesen, muß naturgemäß ihre Wirksamkeit außerordentlich einschränken und ihre Schaffensfreudigkeit herabmindern. Sind dann die Ergebnisse ihrer Tätigkeit nicht „den Erwartungen entsprechend“, so ist das Grund genug für alle Rückwärtler und Bremser am sozialpolitischen Karren, daraus die Ueberflüssigkeit oder gar Schädlichkeit der ganzen Einrichtung beweisen zu wollen, um so den weiteren Ausbau derselben zu hintertreiben. Und just das Gegenteil ist mit aller Kraft im Interesse der Arbeiterinnen anzustreben. Der Grad der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft ist in der Regel höher denn der der männlichen. Dem weiblichen Arbeiter gegenüber werden auch leichter und öfter die Arbeiterschutzbestimmungen übertreten. Erstens weil für diesen weitgehende Schutzbestimmungen, bezüglich der Arbeitszeit, der Pausen usw. bestehen denn für den männlichen Arbeiter; zweitens, weil man aus Erfahrung weiß, die Frau ist widerstandsfähiger. Während andererseits just die Arbeiterinnen, aus Rücksicht auf die besonderen Aufgaben, die sie der Gesellschaft gegenüber als Geschlechtsweib, als Mutter der kommenden Generation zu erfüllen haben, eines weitgehenden, eines besonderen Schutzes bedürfen. Was im Prinzip durch die diesbezüglichen Bestimmungen, so gering sie auch sind, im Gesetz anerkannt ist. Bei Uebertretungen dieser Bestimmungen wird die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterin, ihre Sehen, die meistens resultieren aus der Furcht vor Entlassung, ihr auch den Mund verschließen, wo sie schwerer eintreten sollte, namentlich dem männlichen Beamten gegenüber. Bei dem Eindringen der Arbeiterinnen in immer neue Berufe, in Berufe, in denen bislang nur Männer Beschäftigung fanden, — worüber uns in allen Bundesstaaten die Fabrik-Inspektionsberichte Auskunft geben — werden dieselben oft beschäftigt bei Arbeiten, die dem weiblichen Organismus durchaus schädlich sind. Die Arbeiterinnen sind sich nicht selten dieser Thatsache bewußt. Das Schamgefühl hält sie aber ab, dem männlichen Inspektor zu sagen, wie und warum eine Schädigung ihres Organismus sich zeigt. Auch haben sie das Gefühl, der Mann würde sie nicht einmal verstehen, mindestens ihren Klagen nicht das nötige Interesse entgegenbringen. „Zudem haben die männlichen Inspektoren so vielerlei Dinge zu erledigen, daß bei der Kontrolle der Maschinen und Dampfessel die Menschen, besonders die Frauen, zu kurz kommen.“

Arbeiterinnen, die schwanger sind oder sonst unter körperlichen Störungen leiden, daher eine Rücksichtnahme auf ihren Zustand verlangen können, werden ebenso durch die Eiden oder Scham abgehalten, sich dem Inspektor gegenüber auszusprechen, wie dies bei Arbeiterinnen unterbleibt, die sittlichen Gefahren an der Arbeitstätte ausgeht sind. Dem weiblichen Inspektor gegenüber fallen diese Ursachen der Schwermut der Arbeiterinnen fort. Um so mehr, wenn die Inspektorin die Arbeiterinnen durch Fragen zum Aussprechen veranlaßt und dadurch zeigt, daß sie ihren Beschwerden Interesse entgegenbringt. Aber auch ohne diesen letzteren Umstand tritt zwischen Arbeiterinnen und einem weiblichen Inspektor einfach ein natürliches Zusammengehörigkeitsgefühl in Erscheinung. In noch höherem Maße würde dies der Fall sein gegenüber Inspektorinnen aus Arbeiterkreisen, deren Hingeziehung wir seit Jahren fordern. Arbeiterinnen (und Arbeiter), die den Charakter der Beamten erhalten, aber von der Arbeiterschaft gewählt werden. Diese Arbeiter-Inspektoren hätten zweierlei vor allen Dingen voranzutreiben: Das Vertrauen der Arbeiterinnen (und Arbeiter) und die Erfahrung. Sie kennen die Gefahren der Arbeit, aber auch die Saldie und Wege der Unternehmer, sich um die Bestimmungen des Arbeiterschutzes zu drücken. Wie wirksam deren Tätigkeit sein würde, kann man ersehen an der gegenwärtigen Tätigkeit der Beschwerdekommisionen, die die Genossinnen an manchen Orten als Nothbehelf, als Vermittlung zwischen Arbeiterinnen und Inspektion errichtet haben. Nicht nur ihr Situationsstandpunkt, die Vertretung des Gewerkschafts „Herz im Hause“ zu sein, veranlaßt das Unternehmertum, gegen diese Forderung sich mit aller Kraft zu stemmen, sondern vor allem die außerordentliche segensreiche Wirksamkeit, die just Arbeiterinspektoren entfalten würden. Ist von ihrem Standpunkte aus doch der ganze Arbeiterschutz und damit das Institut der Fabrik-Inspektion eine recht lästige und überflüssige Einrichtung. Daher ist auch die Hingeziehung von Ärzten zur Inspektion bis jetzt immer hintertreiben worden. Und wie notwendig wäre dieselbe. Wie segensreich könnten sie wirken bei der Verbesserung der sanitären und hygienischen Verhältnisse der Arbeitsräume, in dem Bestreben, vorbeugend zu wirken gegenüber den Gewerbekrankheiten, oder wo diese sich bereits gezeigt, lindernde und abschwächende Maßnahmen zu treffen. Daß eine geschehene Körperkraft, wie der preussische Landtag, der die verlorpörte Reaktion repräsentiert, der bemüht ist, gegen jeden frischen Lufthauch, jeden modernen Gedanken sich abzuschließen, der daher nur das Interesse der Junker- und Unternehmerclique im Auge hat, sich diesen Forderungen gegenüber streng absehnend verhält, wenn wollte es Wunder nehmen?

Ob die Gesundheit von Millionen Menschen günstig beeinflusst, ob zahlreiche Unfälle verhindert werden könnten, durch die Erfüllung unserer Forderungen, was kümmert es jene Herren, die im Junkerhort sich außerordentlich wohl und sicher fühlen.

So wie hier Reaktion und Rückständigkeit, ist es überall, so weit Kreuzzug-Geschreibung und Verwaltungsmassnahmen Einfluß haben. Gewinde-Ordnung und Ausnahmegesetzgebung gegen die länderlichen Arbeiter hindern die Arbeiter des Volkes, die als Dienstboten oder Landarbeiter ihr Brot suchen, sich aus eigener Kraft, durch die Organisation, ihr Loos zu erleichtern, liefern die Kerne vielmehr der uneingeschränkten Ausbeutung und der Willkür ihrer „Vrotberren“ aus.

Die Justiz fällt Urteile, die uns mit Frauen erfüllen und die im stärksten Widerspruch zu dem Rechtsbewußtsein des Volkes stehen.



Die Polizei läßt ihre „Allmacht“ nicht nur kämpfende Proletariat, sondern auch wehrlose Frauen und Mädchen kosten. Die ersehnten werden arretiert, wenn sie Streikposten stehen und ein „Arbeitswilliger“ sich „befähigt“ fühlt, die letzteren werden belästigt, arretiert und polizeilich untersucht, weil man sie ganz unbedeutend für Prostituierte hielt.

Solange es der in Preußen beliebten Verkehrs-politik zufolge so hohe Personentaxen giebt, wird es zahlreichen Arbeitern und Arbeiterinnen erschwert, sich an einem andern Orte eine lohnendere und bessere Beschäftigung zu suchen.

Kurzum überall thut Wandel, Umkehr, gründliche Reform dringend an.

Die Waffenbeteiligung bei der Wahl zum preussischen Landtag muß es laut, deutlich und eindringlich zum Ausdruck bringen, daß das Volk es satt hat, sich von Junkern, Merkeln und der Unternehmerrasse unterdrücken, ausbeuten und entrechten zu lassen.

Die Wahlbeteiligung muß zu einem stammenden Protest gegen die geradezu ungeheuerliche Nechthofigkeit der Volksmasse in Preußen werden.

Dazu wollen nach besten Kräften wir Frauen mitwirken. Wie sehr wir dazu alle Ursache haben, das haben wir an Beispielen, die ja nur Stichproben sein konnten, zu beweisen versucht. Sollen wir auch nicht wählen, können wir doch mit agitieren, die Massen mit begeistern, die Köpfe mit revolutionieren.

Soll der Junterhort geschleift werden, bedarf es dazu der Kräfte aller.

Agitation, Agitation und Organisation der Volksmassen, das sind die Schlüssel, die uns die Pforten zum Lande der Freiheit öffnen. Gebrauchten wir sie!

Der Frauen-Wahlverein hielt am Mittwoch im Köllner Hof eine Versammlung ab, in der Genosse Ledebour unter großem Beifall über die Stellung der Frauen zu den preussischen Landtagswahlen sprach. Zum Schlusse gab die Vorsitzende bekannt, daß der Verein am 30. Oktober eine Versammlung im Vöhmischen Brauhaus abhalten wird, in der Clara Zetkin spricht, und daß am 4. November Walder Manasse in der Berliner Messource referieren wird.

In Tempelhof-Mariendorf ist es nach langen Jahren wieder einmal möglich geworden, öffentliche Versammlungen abzuhalten. Die überfüllte Versammlung bei Martin Müller, Berlinerstraße 41/42, in der am Donnerstag Dr. Alfred Bernheim über Gemeindepolitik und Frauenfrage sprach, zeigte, wie groß auch hier das Bedürfnis nach Versammlungen ist. Leider mußte die Diskussion sehr beschränkt werden, da das Lokal um 10 Uhr Vollzeitsunde hat. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es Sache der Parteigenossen sei, und das Lokal durch recht regen Besuch zu erhalten.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 2. November, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, in den Arminhallen (großer Saal), Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. Maurerbrücker über: „Weltanschauungsfragen“. Der Vorstand.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Spandan. Am Sonntagvormittag 7 $\frac{1}{2}$  Uhr soll im Stadtkreis ein Flugblatt zu den Stadtverordneten- und Wahlmänner-Wahlen verbreitet werden. Alle Mann antreten. Treffpunkt: die bekannten Bezirkslokale!

Hermödorf und Waidmannslust. Am Sonntagnachmittag 3 $\frac{1}{2}$  Uhr findet in Waidmannslust im Vergleichs-Restaurant eine Solikbergsammlung statt. Genosse Scheffler-Berlin referiert über die Landtagswahl. Aufstellung von Wahlmännern. Die Genossen werden ersucht, für guten Besuch der Versammlung zu sorgen.

Nieder-Schöne-weide und Umgegend. Am Sonntagnachmittag 1 $\frac{1}{4}$  Uhr findet im Lokale Haffelwerder eine öffentliche Wähler-Versammlung statt. Genosse Wolheim spricht über den preussischen Landtag. Die Parteigenossen werden ersucht, für den Besuch der Versammlung rege zu agitieren.

## Lokales.

### Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

„Billig und schlecht!“ wird man von dem Filialhospital für sieche Männer sagen dürfen, das der Magistrat in Reinickendorf auf einem gemieteten Grundstück einrichten will, und dessen Etat gestern von der Stadtverordneten-Versammlung so angenommen wurde, wie ihn der Magistrat vorgelegt hatte. Vor acht Tagen hatten unsere Genossen durchgelesen, daß diese Vorlage nicht im Eilempo abgelesen wurde, aber leider ist dadurch nichts gewonnen worden. Für die zweite Lesung, die gestern stattfand, waren von der socialdemokratischen Fraktion Anträge eingebracht worden, die die feste Anstellung eines Krankenträgers und die Erhöhung des Verpflegungspreises forderten. Genosse Dr. Freudenberg, der diese Forderungen begründete, konnte darauf hinweisen, daß die Verwaltung selber einen höheren Pflegegrad für notwendig gehalten, aber damit nicht den Beifall des Magistrats gefunden hat, daß die Verwaltung inzwischen auch den Beschluß gefaßt hat, wenigstens die gelegentliche Heranziehung eines Heilgehilfen zu empfehlen. Doch der Vertreter des Magistrats, Stadtrat Jacoby, versicherte nochmals, die Insassen seien eigentlich gar nicht krank und würden gut genug gepflegt, und Herr Wallach sekundierte ihm. Die Anträge wurden dann abgelehnt. Für die feste Anstellung eines Krankenträgers stimmten außer unseren Genossen nur vereinzelte Freisinnige, für die Erhöhung des Verpflegungspreises kein Freisinniger.

Besser erging es der Vorlage über die städtischen Aktienwagen, deren zweite Lesung vor acht Tagen gleichfalls infolge des Einspruchs der socialdemokratischen Fraktion hie verlag werden mußten. Auf freisinniger Seite hatte man sich inzwischen besonnen, und die „Neue Linke“ kam nun selber mit einem Antrag auf Ausschussberatung, von der in der vorigen Sitzung außer unseren Genossen fast niemand etwas hören wollen. Stadtv. Ullstein erklärte, seine Fraktion habe die Vorlage noch einmal geprüft, und man finde nun gleichfalls die Löhne, die der vom Magistrat ausserordentlich Unternehmern zahlen will, zu niedrig. Von unserer Seite wurde beantragt, dem Unternehmer solle der Zuschlag nur gegeben werden, wenn er sich verpflichtet, den Ausfuhrern 24 M. Wochenlohn zu zahlen. Die Verlesung dieses Antrages wurde von den Freisinnigen mit Heiterkeit aufgenommen! Genosse Augustin nagelte das fest und wies dann zur Begründung des Antrages darauf hin, daß andre an der Submission beteiligt gewesene Unternehmer hauptsächlich 24 M., ja 27 M. Wochenlohn zahlen. Gleichwohl erklärten sich sämtliche Redner des Freisinn gegen den Antrag unserer Genossen — aus principellen Gründen, wie sie versicherten. Herr Wallach jammerte, das sähe ja zum Jubiläumstaat, Herr Mommsen warnte, das bedeute einen Vorstoß der Socialdemokratie, und schließlich gestand auch Herr Goldschmidt (Neue Linke), für eine Festsetzung der Löhne durch die Stadtgemeinde seien er und seine Freunde nicht zu haben. Herrn Mommsen erwiderte unser Genosse Pfannkuch, die Zeit werde kommen, wo auch die Stadt Berlin solche Maßregeln, die anderswo längst üblich seien, nicht länger werde ablehnen können. Die Versammlung beschloß dann Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss, dem auch der Antrag unser Genossen mit überwiesenen wird.

Eine Anfrage des Stadtv. Wallach, wie es denn um die vor Jahren von der Stadtverordneten-Versammlung geforderte Reorganisation der Gewerbesteuer stehe, gab unserm

Genossen Dr. Liebknecht Gelegenheit, die Stellung der socialdemokratischen Fraktion zu dieser Frage erneut darzulegen. Die Socialdemokraten sind Gegner der Gewerbesteuer, aber so lange eine solche besteht, fordern sie, wenigstens die kleineren Gewerbetreibenden zu entlasten und die größeren schärfer heranzuziehen. Auf den vor 5 Jahren von der Stadtverordneten-Versammlung geduldeten Wunsch, mit dem Magistrat in gemischter Deputation über die Reorganisation zu beraten, hat der Magistrat bisher nicht geantwortet. Gestern erklärte Kammerer Maas, die Sache sei schwierig, und der Magistrat habe wenig Lust. Das sind trübe Aussichten für die kleinen Gewerbetreibenden.

### Der richtige Berliner.

Unter diesem Titel ist im Verlage von H. S. Hermann in Berlin ein Buch erschienen, das einen Professor am Grauen Kloster, Herrn Hans Meyer, zum Verfasser hat. Liegt dies Buch auch in fünfter Auflage vor, so tritt es doch für das heutige Berlin als Neuheit ins Leben, da es zuerst vor bereits 21 Jahren herausgegeben wurde. Wie es damals aufgenommen wurde, wissen wir nicht; in seiner jetzigen Gestalt wird es sich aber weit über den Kreis der echten Berliner hinaus Freunde erwerben. Und der Urheber selber wird dem Buche schon mit Hochachtung begegnen, weil sein Verfasser den Mut gefunden hat, dem Dialekt der Aderstraße Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Was das aber bedeuten will, weiß ein jeder, der von „Außerhalbigen“ hat hören müssen, daß keine deutsche Mundart, die sächsische nicht ausgenommen, im Lande so verrufen ist wie die berlinische.

„Nicht felten“, so schreibt der Verfasser in seiner Vorrede, „wird die Meinung ausgesprochen, ein gebildeter Mensch könne sich mit dem Berlinischen höchstens „aus III“ abgeben. Diefem Vorurteil kann nicht schief genug widersprochen werden. Denn abgesehen davon, daß die Sprache der dritthalb Millionen Einwohner der Provinz Berlin (es sind mehr, als manches Königreich hat) das Recht hat, ernst genommen zu werden, abgesehen davon, daß diese Sprache vielleicht für Deutschland dieselbe Bedeutung erlangt wird, wie die von Paris für Frankreich erlangt hat, ist diese Sprache eine Sprache so gut wie jede andre, ein natürlich erwachsener Dialekt mit eigenem Charakter und eigenem Geiste. Mit ihr, wie mit jeder deutschen Mundart, verglichen, ist unsere hochdeutsche Bildungssprache ein künstliches Erzeugnis.“

Nachdem so das Berlinische auf das richtige Viehdal gestellt worden, folgen ausführliche Vorbemerkungen zur Sprache und Grammatik, die gleichfalls nicht verhehlen werden, daß bis jetzt bekanntlich nur schwach entwickelte Selbstbewußtsein des Reichshauptstättlers gebührend zu haben. In seiner angeborenen Bescheidenheit ist ihm gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß seine Sprache ihre eigne Deklination hat:

Rom.: Vater.  
Gen.: | Vater sein  
          | meinem Vater sein.  
Dat. und Akk.: Vatern.

Und nun eine bedeutende Ehrenrettung: „Wer da glaubt, daß der richtige Berliner mir und dich, dir und dich verstauche oder noch Belieben anwende, ist im Irrtum. Von Natur kann er nur mir und dir. Bei Leuten, die den Gebildeten „rausbeihen“ wollen, kommt der Mißgeschick vor; das ist aber barbarisch, nicht berlinisch. Der Berliner sagt immer mir, auch wenn's richtig ist.“

Unser Buch bringt dann die Hauptsache, nämlich auf 180 Seiten ein Verzeichnis der Berliner Redensarten. Auch dieser Teil ist schon infoweit originell, als er nichts von der grauen-erregenden Langeweile gewöhnlicher Wörterbücher an sich hat.

Ein Beispiel: Adleer (Adleer), Adler. Alte und schöne, aus dem zoologischen Garten stammende Redensart: „Vater, seh mal den Adleer, der plücker mit de Dogen un eht mit de Kafe.“ — Als in der Rational-Galerie der Prometheus von Eduard Müller aufgestellt wurde, entstand folgende Geschichte: Ein Vater erklärte seinem Jungen, daß der Adler dem Prometheus alle Tage die Leber ausfresse; darauf sagte der Junge mitteilig: „Ach, der arme Adleer! Alle Tage Leber.“

Ein andres noch: Willem, Wilhelm. Redensart: Er macht 'n dieken (seinen) Willen (wie Frohloz). Eine besorgte Mutter ermahnt ihren Sohn beim Essen: „Eh langsam Willem, Du flossst nich, wat man einschlagen kann!“ — „Willem, der Leichenwagen kommt!“ In den fünfziger Jahren war ein alter Gitarrespieler in Mi-Berlin die Freude der Strassenjungen, die ihn mit diesem Ruf verfolgten, weil es bekannt war, daß er vor Leichenwagen eine kindische Furcht hatte.

Nach diesem folgen — Berliner Verse, Kinderverse, Stammbuchverse, volkstümliche Verse; im ganzen sind es dreihundert.

Weine nich, es is vergebens,  
Jede Thräne dieses Lebens  
fließet in ein Kellerloch —  
Deine Noie kriegste doch!

Sie sind nicht alle so sanftmütig wie dieser und unter den aus dem Schatz der Kindertwelt aufgegriffenen lesen wir manchen — oft gerade seiner Ruppigkeit wegen — nicht ohne Nahrung.

Auch die Beschreibung der Spiele, die in Berlin auf der Straße und im Freien gespielt werden, zeugt von Liebe und Sachkenntnis. Murmel, Käseball, Drachen zc. sind in ihren verschiedenen Variationen und mit allen Redensarten der Jugend wiedergegeben. In einem Anhang folgt zum Schluß ein Verzeichnis der Ausdrücke für einige Hauptbegriffe. Um von dem unvergleichlichen Wortreichtum des richtigen Berliners ein Bild zu geben, führen wir die Ausdrücke für betrinken an:

anjekert, anjekert, anjerissen, anjerodcht, anjesäufelt, beduselt, besifelt, beschidert, beschmort, beschwipst, blau, dune (die un dune), fett, fiffelig im Gumm, illuminiert, schwach, schief jeladen, knille, molun, rohmig, säider, in Thee, in Thean, in Tritt, betrunken wie'n Fiel, 'ne Fische, 'ne Fide, 'ne Madehade, 'ne Saadstrippe, 'n Stint, 'ne Tefe, 'ne Unte.

Die mannigfachen Ausdrücke für einen Rausch im besonderen aufzuzählen, müßten wir uns versagen, weil wir uns anders selber „als wie in Thean getreten“ vorkommen könnten.

Wie in uns, so wird das Buch des Herrn Meyer in vielen andren, die es lesen, behagen werden. Und doppelt freut es uns, daß ein Schulmann den „richtigen Berliner“ der Nachwelt überliefert hat. Die That des Professors vom Grauen Kloster zerstört das Vorurteil, daß wir es in Pädagogen nur mit trocknen, griechenrätigen Gefellen zu thun haben.

Die zwingenden Gründe. Eine Versammlung der Post-Unterbeamten Berlins, in welcher zu der Frage des Wohnungszufusses Stellung genommen werden sollte, war für gestern abend nach dem Kellerischen Etablissement in der Vergstraße einberufen worden. Wie an gestrigen Tage auf den Postämtern mitgeteilt wurde, konnte die Versammlung nicht abgehalten werden zwingender Gründe wegen. Welcher Art diese zwingenden Gründe waren, konnten wir nicht in Erfahrung bringen, man dürfte jedoch kaum fehlgehen in der Annahme, daß der Ober-Postdirektion die Versammlung unheimlich war. Die ungünstige sociale Lage der Post-Unterbeamten, die natürlich nur geignete ist, Anzweifeln herbeizuführen, hat ja schon mehrfach, leider vergeblich, den Reichstag beschäftigt. Das Monatsgehalt der angestrengt schwer thätigen Beamten beträgt 75 bis höchstens 125 M. Hierzu kommt für die sogenannten Oberbriefträger und

Oberschaffner, deren Zahl jedoch eine sehr kleine ist, ein Jahreslohn von 200 M. und für die sämtlichen Unterbeamten ein Wohnungszufuß in Höhe von 240 M. Der Wohnungszufuß befindet sich noch auf demselben Stande, den er vor vier Jahrzehnten gehabt hat. Die Wohnungen sind in der Zeit über noch mal so teuer geworden und unter 400 bis 500 M. ist eine Wohnung für eine Familie wohl kaum zu erlangen. Für die Postbeamten liegen die Verhältnisse noch um so schwieriger, als sie genötigt sind, in der Nähe derjenigen Kiemer, auf denen sie angestellt sind, zu wohnen. Die Dienstverteilung ist eine derartige, daß die Beamten mitunter um fünf Uhr früh oder noch früher auf dem Postamt sein müssen, das heißt zu einer Zeit, zu der sie eine Fahrverbindung nicht haben. Hiervon abgesehen, fehlt den Postbeamten auch die den Polizeibeamten bei den Straßenbahnen gewährte Vergünstigung eines ermäßigten Abonnements, ein Umstand, der ebenfalls dazu beiträgt, daß die Postangestellten nicht in den Vororten billigeren Wohnungen zu mieten in der Lage sind. Diese Beamtenklasse ist also genötigt, einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Gehälteeinnahme für den Wohnungszufuß zu verwenden, wiewohl ja auch die allgemeinen Lebensbedingungen erheblich ungünstiger geworden sind.

Es wird noch berichtet, daß die mit der Rundsperte beiraute Postbeamten die Hoffnung ausgeprochen haben, es möchten freisinnige, ultramontane und — konervative Parlamentarier ihre Leiden im Reichstage zur Sprache bringen. Das ist ein blutiger Scherz, den die mißgeheimten Postbeamten sich geleistet haben. Als der letzte Reichstag am 29. Februar und 2. März d. J. im Reichstage beraten wurde, war es Sache unserer Parteigenossen Singer und Reibel, sich nachdrücklich der Postbeamten anzunehmen. Aus den Reihen der bürgerlichen Parteien brachte einzig der Abg. Müller-Reiningen Fälle von unwürdiger Behandlung der Beamten zur öffentlichen Kenntnis. Der Centrum's-Abgeordnete Sittart sang ein Loblied auf die von der Regierung gegen einzelne Beamte verfügten Maßregelungen, der freisinnige Abg. Eichhoff tabelte Singer, weil dieser den Wert der von der Regierung den Beamten aufgehängten Schnüre und Rigen nicht zu würdigen wußte, die konervative Abgeordnete aber fanden es überhaupt nicht der Mühe wert, ein Wort zu äußern. Wie vor acht Monaten, so waren auch bei früheren Gelegenheiten wesentlich die Socialdemokraten die besonnenen Vertreter der Postangestellten im Parlament. Und anders wird es auch in Zukunft nicht sein. Gerade der Umstand, daß die Beamten aus zwingenden Gründen diese ihre Anwälte nicht mit Namen zu nennen wagen, wird unsere Parteigenossen veranlassen, doppelt scharf ihre Pflicht zu thun.

Das Referat über die Duellfrage in der vorgestrigen Sitzung der Generalsynode hat nicht, wie irrtümlich berichtet, Graf Stojah-Dartau, sondern Synodales Landeshauptmann a. D. Graf v. Dönhorode-Wodenslein erstattet.

Die Bevölkerungsverhältnisse Berlins, die von uns dieser Tage in dem Artikel „Stadt-Tausendfüßler“ allgemein diskutiert wurden, werden auch in den Ergebnissen durch die letzte Volkszählung in allen Einzelheiten im selben Sinne bestätigt. Wie zum Beispiel durch die zunehmenden Großbauten im Stadtinnern die Bevölkerung an die Peripherie verdrängt wird, zeigte die Volkszählung offensichtlich für die Altstadt und ihre einzelnen Teile. Ihre Bevölkerungszahl sank von 49 000 auf 43 400, also um 6 600 oder 12,31 Proz.; die Friedrichstadt von 62 007 auf 56 804, also um 5 203 oder 8,44 Proz. Eine Vergleichung der einzelnen Stadtbezirke zeigt, daß in der Altstadt mehr als ein Fünftel der für diesen Stadtteil festgestellten Bevölkerungszahl allein auf den Stadtbezirk 1, die Umgebung des Rathauses fällt. Die Bevölkerung sank hier von 34 00 auf 27 74, also um 12 256 oder 36,28 Prozent! Ein ähnlich starker Bevölkerungsrückgang und zwar von 3933 um 1120 auf 2813 gleich 28,48 Proz. wurde nur noch im Bezirk 12, Kupfergraben, Weidemann und Umgebung festgestellt. Hier hat vor allem der Hofgarten-Reibau revolutioniert. In der Friedrichstadt hatte den verhältnismäßig stärksten Rückgang der Bezirk 16, wo die Bevölkerungszahl von 2158 auf 1629 sank, also um 529 oder 24,51 Proz. Auch in der Luisenstadt mit Neu-Cölln fallen einige Bezirke durch starken Bevölkerungsrückgang besonders auf.

Im Gegensatz hierzu sind die bevölkersten Gegenden Berlins an der näheren Peripherie. So wurden in den Stadtteilen 247, Umgegend des Helmholtz-Platzes nördlich der Danzigerstraße, und 190, am Ringbahnhohe Landsberger Allee, rund je 20 000 Adöpfe gezählt. Der nächstgrößte Stadtbezirk nach der Bevölkerungsziffer wäre dann der 261, mit nahezu 18 000 Einwohnern, der die Gegend am Humboldthain umfaßt. In diesen und andren durch Bebauung erschlossenen Außenbezirken der Stadt haben sich die Einwohnerzahlen mehrfach verdoppelt und verdreifacht!

Wir der geringsten Bevölkerung überhaupt ist, um das schließlich noch zu erwähnen, der Stadtbezirk 300 zwischen Nordufer und Jungfernbeide festgesetzt worden, dort waren nur ganze 76 Personen anzutreffen. Etwas mehr, nämlich 120 beziehungsweise 132 wurden in den Stadtbezirken 280, Jagow- und Levetowstraße in Roabit, und 192, Greifswalderstraße jenseits des Ringbahnhohe Weihensee gezählt.

Die Arbeiter-Vagenossenschaft „Paradies“ zu Berlin hielt am 25. d. Mts. eine zahlreich besuchte Generalversammlung bei Duggenhagen ab. Nach dem einleitenden mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat des Vorsitzenden G. Kofka, in dem die Skizzierung des künftigen inneren Ausbaues der Genossenschaft in idealem Sinne von besonderem Interesse war, beschloß die Generalversammlung nach reger Diskussion einstimmig nach den Anträgen des Vorstandes: ein Grundstück von 146 Morgen bei Bolndorf-Grünau zu kaufen, darauf einstöckige und zweistöckige Landhäuser zu bauen und Wohnungen von 2 Zimmern und 3 Zimmern mit Bade-einrichtung usw. nebst Garten einzurichten. Ferner ermächtigte dieselbe durch einstimmigen Beschluß den Vorstand, Darlehen bis zu 48 000 Mark aufzunehmen. In einer ebenfalls einstimmig angenommenen Resolution beauftragte die Generalversammlung den Vorstand, zur Errichtung einer eigenen Sparkasse einer demnächstigen Generalversammlung einen Entwurf mit einer zweckdienlichen Änderung des Statuts vorzulegen.

Die Generalversammlung sanktionierte dadurch einstimmig die Resultate der bisherigen Tätigkeit des Vorstandes. In einer Denkschrift hatte derselbe bereits vorher das ganze vorliegende Projekt näher dargelegt und in 10 verschiedenen Bezirksversammlungen die Rentabilität und Gemeinnützigkeit desselben näher entwickelt und mit den Genossen erörtert. Danach wird sich die Bebauung des großen Geländes in der projektirten Weise auf ca. 7 Millionen Mark belaufen, deren Verzinsung durch ca. 1500 Wohnungen bei einer monatlichen Miete von etwa 10–20 M. gedeckt ist. Die Ausrüstung des Grundstückes dürfte spätestens im Februar nächsten Jahres gegen eine Anzahlung von 80 000 M. erfolgen; mit dem Bau der ersten Häuser soll dann im Frühjahr begonnen werden.

Die Garderoben-Inspektion der königlichen Theater hat eine bedeutende Vergrößerung erfahren. Diese Inspektion hatte früher ihre Stelle im Schauspielhaus, wo in den Garderoben einige Schneider die Aufgabe hatten, kleine Ausbesserungen an den Kostümen vorzunehmen. Die neuen Kostüme, die den den Stücken entsprechenden zeitgemäßen Charakter tragen müssen, wurden früher nach Zeichnungen von großen Firmen geliefert. Der Generalintendant der Igl. Schauspiel v. Hülßen hat jetzt eine Neuerung erdacht lassen. Die Inspektion hat seit kurzer Zeit die Aufgabe erhalten, die zu den Aufstellungen erforderlichen Gewänder auf eigne Kosten herzustellen. Dazu sind in dem Hause Jägerstraße 25 große Räumlichkeiten eingerichtet. Die Hälfte eines Straßwerks im Vorderhause dient je zwei Buchhalterin und Buchhalterinnen zum Arbeiten, der Seitenflügel und das Quergebäude enthält die Werkstätten für die Arbeiterkräfte, die unter vier Meistern thätig sind. Die ganze Anwalage steht unter der Leitung des Oberinspektors Raup.

Der bekannte Gründungs-Prozess der „Festio-Gasglühlöhle“ G. G., welcher seiner Zeit so viel Aufsehen erregt hatte, hat gegen den Hauptbeteiligten, den Rechtsanwalt Dr. Haase, noch infolern up



Rachspiel gehabt, als — unbekümmert um die in dem Strafprozess erfolgte Freisprechung desselben — von dem Vorstand der Anwaltskammer und dem Oberstaatsanwalt beim Kammergericht im Disziplinarwege die Frage zu prüfen war, ob der genannte Rechtsanwalt bei der Gründung dieser Gesellschaft sich durch irgendwelche Handlungen, die gegen die Würde des Anwaltsstandes verstoßen, vergangen hätte. Es war nach dieser Richtung hin ein ehrenrühriges Verfahren eingeleitet worden, in welchem eine derartige Verletzung des Rechtsanwalts Dr. Gasse in keinem Punkte festgestellt werden konnte. Das ehrenrührige Verfahren ist nunmehr vom Oberstaatsanwalt in Uebereinstimmung mit dem Vorstand der Anwaltskammer eingestellt worden.

**Auch eine staatsbrechende That.** Vor einigen Tagen betrat ein Mitglied einer Partei ein Bierkloster am Vlietpolderweg, um unter dort anwesenden Parteigenossen Beiträge zu den Kosten der preussischen Landtagswahl zu sammeln. Einer der Gäste, ein Herr Semrau, der Vertreter der Singer-Nähmaschinenfabrik sein soll, glaubte bei dieser Gelegenheit seinem von staatsbrechendem Hochgefühl geschwellten Herzen Luft machen zu müssen. Er stellte an dem Sammler die taktlose Frage, was er denn mit dem Gelde mache, worauf dieser die Antwort gab, daß er dem Fragesteller darüber keine Auskunft schuldig sei. Der Herr Semrau verließ darauf das Lokal und kehrte nach wenigen Minuten in Begleitung eines Schutzmanns zurück, der den Parteigenossen sistierte. Auf der Wache wurde ihm die Sammelliste sowie 850 M. bares Geld abgenommen, dann konnte er wieder seiner Wege gehen. Eine Vernehmung darüber, daß Geld und Liste in Beschlagnahme genommen seien, gab die Polizei dem Genossen nicht. Nachdem dieser bald darauf von anderen Parteigenossen belehrt worden war, daß er eine solche Vernehmung zu verlangen habe, ging er am folgenden Tage wieder nach dem Polizeibureau, um die Vernehmung zu fordern, er wurde aber abgewiesen. Es ist rätselhaft, aus welchen Gründen die Polizei die Vernehmung der erstfälligen Beschlagnahme, zu deren Erteilung sie doch zweifellos verpflichtet ist, verweigert. Die Angelegenheit wird selbstverständlich von dem durch die Maßregel Betroffenen weiter verfolgt werden. Die Sammlung von Parteibeiträgen unter Parteigenossen ist nicht strafbar. Möglicherweise will man, wie das schon öfter mit Hilfe einer gefälschten Auslegung geschehen ist, den Sammler als Betrüger einer genehmigungspflichtigen Hauskollekte bestrafen. Die Parteigenossen, welchen die Sammlung von freiwilligen Beiträgen obliegt, mögen aus diesem Vorkommnis die Lehre ziehen, daß sie sich bei der Erfüllung ihrer Parteipflicht vor solchen Leuten zu hüten haben, die stets geneigt sind, einem Socialdemokraten gegenüber das unaufrichtige Handeln des Demagogen auszunutzen.

**Die Kinderklinik in der Charité** ist gestern in Gegenwart des Kultusministers eingeweiht worden. Als der Direktor Geheimrat Heubner um 12 1/2 Uhr an das mit Blumen geschmückte Rednerpult trat, war der Raum von einer feierlichen Versammlung älterer und jüngerer Ärzte, die im Dienste der Charité stehen oder aus ihr hervorgegangen sind, dicht gefüllt. Der Redner gab in seinem Vortrage ein Bild der historischen Entwicklung der Behandlung kranker Kinder in Deutschland und berührte insbesondere die früheren Einrichtungen der Charité auf diesem Sondergebiete. „Was jetzt neu geschaffen ist, wurde dem Besten entliehen, was in aller Herren Ländern zu haben ist!“ Auf die Worte des Geheimrats Heubner erwiderte Kultusminister Dr. Studt mit einer Anerkennung über die vorgeschriebenen neuen Einrichtungen, die der Wissenschaft und der Menschheit förderlich seien. Auch dem Baumeister widmete er Worte des Dankes.

**Die Hoch- und Untergrundbahn in Wettbewerb mit der Straßenbahn.** Wie sehr die Straßenbahn-Gesellschaften eine weitere Ausdehnung der Hoch- und Untergrundbahnen zu fürchten hätten, das läßt sich beurteilen nach den Wirkungen, die die Hoch- und Untergrundbahn Zoologischer Garten—Waldaustraße auf den Verkehr der größtenteils in derselben Richtung verlaufenden Straßenbahnlinie Zoologischer Garten—Trepow bzw. Schlessisches Thor ausgeübt hat. Die genannte Linie der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hatte seit langem zu den meistbenutzten in Berlin gehört, aber im Jahre 1902 nach der Eröffnung der Hoch- und Untergrundbahn sank ihr Verkehr sofort fast auf die Hälfte des früheren Umlaufes. In den Jahren 1890, 1900, 1901, 1902 machten die Wagen dieser Linie 300 823, 307 610, 301 454, 168 004 Fahrten und beförderten 10 704 556, 11 181 027, 11 538 379, 6 204 846 Personen, von denen 1 188 654, 1 195 871, 1 083 291, 568 887 M. eingenommen wurden. Der Unterschied ist geradezu verblüffend. Von 1901 zu 1902 verminderten sich die gemachten Fahrten um 133 360, die beförderten Personen um 5 331 533, der eingenommene Fahrgeldbetrag um 514 404 M.

**Perspektiven der preussischen Kunst.** Die Berlin-Döberitzer Heerstraße soll, wie die „Preuss. Korr.“ erfährt, auf eine längere Strecke in Grunewald zu beiden Seiten mit Standbildern geschmückt werden. Die Pläne hierfür sind in großen Umrissen bereits fertig. So viel Vaterlandsdresdener, als auf die Döberitzer Heerstraße hinaufgehen, giebt es ja aber selbst in Preußen nicht!

**Ein Mitschuldiger des Ralschwünzers Freßlich** ist seinem Meister gestern in das Untersuchungsgefängnis geföhrt. Er hatte sich mit zwei anderen Mitgliedern der Bande die Muslawerstraße zum Abgeben der falschen Fünfmarkstücke ausgesucht. Einer von dem Kleeblatt betrat ein Wirtshaus, bezehrte eine Steinleiste, bezahlte mit einem Ralschwünz und handigte auf der Straße das Geld einem Helfer ein. Als später ein Zweiter erschien, um ein Ralschwünz anzubringen, bemerkte der Wirt, daß die beiden Genossen auf der Straße warteten. Er sah sich das Geldstück genauer an, erkannte die Fälschung und ließ den Verbreiter verhaften. Die beiden anderen entlassen. In dem Festgenommenen wurde der Schlägtergeselle Heinrich Kajant ermittelt, der nach Verbrecherart seine beiden Genossen nicht kennen will.

**Cirkus Schumann.** Ein Dressurwunder ersten Ranges wird am 1. November im Cirkus Schumann debütieren, der mimische Affe des Hr. Armand Marcel, das drolligste und kügste Geschöpf, das die Tierwelt je hervorgebracht hat. Das ganz außerordentlich intelligente Tier spielt mit seinem Herrn eine Scene mit solcher Präzision, daß man die Dressur ganz vergißt und einen brillanten mentalischen Komiker vor sich zu sehen glaubt. Dabei ist dieser Wunderaffe auch in seinem Privatleben ein ganz allerliebster Kerlchen, das nach Gigerlart nur die besten Cigaretten raucht und sogar ganz recht in der Anzahl des Cirkus in Begleitung seines Managers erschien, um seine Visitenkarte abzugeben, auf der er einen Vorwurf erbat. Er salutierte freudig, als ihm dieser bereitwillig gewährt wurde, steckte die Visitenkarte in eine Brieftasche und verließ vergnügt schmunzelnd, aufrechtgehend wie ein Gentleman, das Bureau. Ramentlich in Cigaretten ist der mimische Affe sehr diffizil; er unterscheidet sehr wohl die Importe von der Bierradener und giebt letztere unweigerlich irgend einem Bedienten. Ueberhaupt hat er recht vornehme Männen und verkehrt nur mit feingebildeten Persönlichkeiten. Von seiner Intelligenz zirkulieren die drolligsten Geschichten.

### Hus den Nachbarorten.

Die sächsischen Arbeiter Rixdorf haben gleich den Berliner Kollegen an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihnen am Tage der Wahlen zum Abgeordnetenhaus früher Feierabend zu geben, damit sie rechtzeitig zur Wahl gehen können. Darauf ist der Bescheid eingegangen, daß die Deputierten ermächtigt worden sind, die Angestellten und Arbeiter zur Ausübung ihres Wahlrechts bei der bevorstehenden Landtagswahl 1/2 bis 1 Stunde vor dem Beginn der Wahl zu beurlauben, soweit dadurch der Betrieb keine Störung erleidet. Die Notwendigkeit, zwei Stunden dazu zu bewilligen, könne nicht anerkannt werden.

Aus dem Landtags-Wahlkreise Spandau-Dahlemerland schreibt man uns: Eine eigene Auffassung über den Hinweis im Wahlreglement, der Beginn der Wahlhandlung solle an eine möglichst günstige Stunde festgesetzt werden, hat der Landrat in Rauen behauptet, indem er den Wahlbeginn auf 9 Uhr vormittags anschiebt! Es wird

damit nur den Rentiers z. möglichen sein, sich an der Urwahl zu beteiligen, da von der werktätigen Bevölkerung sich wohl schwerlich ein nennenswerter Teil dazu entschließen kann, auf den Verdienst eines ganzen Tages zu verzichten, um das Stimmrecht auszuüben. Dadurch wird das „kleinste aller Wahlsysteme“ im Volle immer verhäfter. Da nun überdies für die Landbezirke auf den 12. November die militärischen Kontrollversammlungen festgesetzt sind, so scheint uns das „Wahlrecht“ in so ansehnlichem Maße „gesichert“, daß wohl kaum ein Arbeiter am Wahltag erscheinen wird. Die Konservativen haben es hiernach in den Landbezirken in der Hand, ein paar ihrer Getreuen abzukommandieren und so die ganze „Wahl“ allein zu machen. Dieser Brauch entspricht ja auch vollkommen dem „Geiste“ dieses Wahlrechts! — Die Liberalen sind jetzt auch mit einer Kandidatur auf dem Platze erschienen, und zwar präsentieren sie Herrn Raumann als ihren Kandidaten.

**Die gesicherte Existenz des Arbeiters.** Seinem Jammerdasein wollte am Dienstag in Potsdam der 83jährige Arbeiter Georg Seger aus Eber bei Hannover ein Ende bereiten. Der Greis befand sich trotz seines hohen Alters noch immer auf der Wanderschaft und ging von Ort zu Ort und von Haus zu Haus sedten, wobei er zum so und so vielen Mal kirchlich abgefahrt wurde. Die Folge davon war, daß er zu einer Haftstrafe wegen Bettelns und Landstreichens verurteilt wurde, die er am 20. Oktober verbüßt hatte. Ohne ordentliche Kleidung war er nun gezwungen, um jetzt bevorstehenden Winter wieder auf die Landstraße hinaus zu pilgern und von milden Gaben sein Dasein zu fristen. Da packte nun den alten Wandersmann am Dienstag die Verzweiflung, er beschloß der Welt We zu sagen und stieß sich auf freier Straße ein Taschenmesser in den Hals hinein, um sich die Gurgel durchzuschneiden. Das Messer war aber nicht scharf genug und so suchte denn Seger mit einer tiefen Schnittwunde am Hals blutend die Destillation von Koffinell in der Waldemarstraße auf und hat um einen Schnaps. Er wurde aber gleich darauf schwach und durch einen Schutzmann halbahnmächtig nach dem katholischen St. Josephs-Krankenhaus gebracht, wo er verbunden wurde. Vorausichtlich wird der alte Mann wieder geheilt werden und — was dann?

**Aus Zehlendorf** schreibt man uns: Belanulich wurde zu Anfang dieses Jahres der Bahnhofsbauplan Zehlendorf-West dadurch in Frage gestellt, daß der Besitzer eines größeren Grundstücks den auf ihn entfallenden Beitrag plötzlich nicht zahlen wollte. In überraschender Weise legte sich die Gemeinde für die übrigen Besitzer ins Zeug, um ihrerseits den nicht unerheblichen fehlenden Beitrag zu decken und überhaupt die Ausführung des Bahnhofsbaues zu übernehmen. Ob so etwas auch anderswo gleich gegangen wäre? Das strittige Grundstück ging dann plötzlich in die Hände des Herrn Denfel v. Donnermarkt über, und es wurden diesen Herrn in einer Gemeindevertreter-Sitzung Konzeptionen gemacht betreffs der Erschließung des Terrains, die den übrigen Besitzern nicht zugesanden wurden. In dieser Abstimmung haben zwei Gemeindevertreter sich beteiligt, obwohl sie nach der Landgemeinde-Ordnung nicht mitstimmen durften, weil sie materiell dabei interessiert waren. Sie sollen nämlich 32 000 M. bei dieser Vermittlung verdient haben. Leidigläubige wollen gehört haben, daß, nachdem die Sache ruibar geworden, die Herren den Betrag der Gemeinde schenken wollten, um damit den Beweis zu liefern, daß ihnen an dem Gelde nichts gelegen sei. Daß man auch jenen, die in der Öffentlichkeit hin und wieder Aufklärung über den Stand des Bahnhofsbaues verlangt haben, nichts nachträgt, kann durch die Thatsache bewiesen werden, daß man einen der Fragesteller zur Zeit der Grundstücksverläufe mit einer Arbeit für die Gesellschaft betraut hat.

**Köpenick.** Sonnabendabend 8 1/2 Uhr veranstaltet das Gewerkschafts-Kartell einen Kunstabend im Stadttheater. An die einleitende Ansprache des Leiters Genossen Dr. Alberty schließen sich künstlerische Darbietungen maiminglacher Art: Gesang, Rezitation, Instrumentalmusik. Mitwirkende sind: Meta Schönsfeld (Gesang), Konzertfänger A. R. Harzen-Müller (Gesang), Hermann Verlach (Geige), Richard Kurck (Klavier), Dr. Alberty und Leo Jampelov (Rezitation). Der Eintrittspreis für diesen ersten Kunstabend, der in Köpenick stattfindet, ist auf 30 Pf. festgelegt.

**Aus Groß-Lichterfelde** erfährt das „Berliner Tageblatt“, daß gegen den dortigen Amtsvorsteher Emil Schulz ein Verfahren wegen Meineides schweben soll. Die Angelegenheit hängt mit dem Prozeß Hilger zusammen, der vor über Jahresfrist sich abspielte und mit der Freisprechung des angeklagten Direktors Hilger geendet hatte. Damals war auch der Lehrer Ziegler, der in Groß-Lichterfelde Hauseigentümer ist, angeklagt, den Amtsvorsteher durch Artikel, die ein absprechendes Urteil über dessen private und amtliche Thätigkeit enthielten, beleidigt zu haben. In einem Spottgedicht „Der Meister von Pumpenhäusen“ wurde Schulz von dem Verfasser indirekt der Vorwurf gemacht, daß er hazardiere. Schulz erklärte damals unter seinem Eide, daß er überhaupt keine Karte anrühre, also auch nicht hazardiert haben könne. Die Angelegenheit, die, wie gesagt, über ein Jahr juristisch liegt, kam aber nie ganz zur Ruhe, und jetzt soll sich die Staatsanwaltschaft veranlassen gesehen haben, das Verfahren gegen Schulz einzuleiten. Gegen den Lehrer Ziegler schwebte letzter eine Disziplinaruntersuchung, die indessen nicht über Vornehmungen hinausgekommen ist. Neuerdings sollte Ziegler wieder einmal vernommen werden, doch wurde der Termin bis auf weiteres vertagt. Es ist anzunehmen, daß diese Maßnahme mit dem Verfahren gegen Schulz zusammenhängt. Amts- und Gemeindevorsteher Schulz befindet sich noch im Amte.

**Zur Landtagswahl in Vichtenberg.** In dem größten der Berliner Vororte ist die Einteilung der 33 Urwahlbezirke recht ungleich ausgefallen. Während in einem Bezirk im ganzen nur 96 Wähler vorhanden sind, zählt ein anderer deren 470. Die erste Klasse umfaßt 223 Wähler, die zweite 1684 und die dritte 8524. Im ersten Urwahlbezirk (Dorfstraße) bildet ein einziger Wähler die erste Klasse, 16 Wähler die zweite und 453 Wähler die dritte Klasse. Jede dieser Kategorien hat zwei Wahlmänner zu wählen.

**Fünf Treppen hoch** kürzte ein Rixdorfer Klempnergeselle herab, ohne verletzt zu werden. Er hatte im Dachstuhl eines Neubaus zu thun, trat fehl und fiel durch einen Lichtschacht bis in den Keller. Als der Meister und seine Arbeitskollegen eilfertig in den Keller hinabstiegen, fanden sie den Mann zwar vor Schreck an allen Gliedern zitternd, aber sonst unverletzt auf einem Schutthaufen sitzend.

**Friedrichsfelde.** Der Gemeindevorstand zögert immer noch mit der Bekanntgabe des Beginns der Wahlhandlung am 12. November. In der Ort wählt in sieben Urwahlbezirken und hat etwa 3000 eingeschriebene Wähler. Merkwürdigerweise hat man hier entgegen der Bestimmung, daß jeder Urwahlbezirk ein möglichst zusammenhängendes Ganzes zu bilden hat, verschiedene Ortsteile zu einem Bezirk zusammengeworfen.

Daß Wahlen sehr gut am Sonntage abgehalten werden können, bewies die Kirchenwahl am 25. d. M. Es handelte sich um einen Kampf der Karlsruher und Friedrichsfelder Gläubigen. Die Karlsruher wollten für ihren Ortsteil eine Kirche, die Friedrichsfelder dagegen und so standen denn in Karlsruhe in der Frühe Kreuze bereit, um die Wähler zahlreich zur Stelle zu schaffen. Da zwischen den zwei vorzunehmenden Wahlen eine Pause von mehreren Stunden lag, unterhielt man sich inzwischen in den Gastwirtschaften beim Stat. Immerhin lassen sich die Vorgänge bei einem Antrag, auch die politischen und Gemeindevahlen Sonntags abzuhalten, gut zur Begründung anführen.

### Gerichts-Zeitung.

Koch ein Rachspiel zum Mehlischen Streif. Mit Herrn Gleichauf verhandelt ich nicht zusammen, der ist unehrlich.“ Wegen dieser Worte war der zweite Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Verbandes, Wienthal, von dem besonnenen Kirch-Dunderschen Generalsekretär Gleichauf verklagt worden.

Wienthal hatte jene Worte gegenüber dem Obermeister Stahl von der Freieschen Schloßerei gebraucht, als er mit diesem über die Beilegung des bei obiger Firma ausgebrochenen Streits in Verhandlung trat, zu der auch Herr Gleichauf als Vertreter des Gewerksvereins hinzugezogen werden sollte. In der Schöffengerichts-Verhandlung am Montag belumdeten der Zeuge Cohen und andre, daß Gleichauf anlässlich des Mehlischen Streits zuerst die Beteiligung der Gewerksvereiner zugelegt, dieselben später aber wieder zur Aufnahme der Arbeit bewegen hatte, und dies in einer Art und unter Umständen, die in den Kreisen organisierter Arbeiter als verwerflich bezeichnet werden. Der Anwalt des Klägers beantragte wegen Beleidigung eine empfindliche Strafe. Das Gericht aber sprach den Angeklagten frei, weil er den Ausdruck infolge der ihm von seinem Kollegen Cohen gewordenen Mitteilungen über Gleichauf in gutem Glauben gethan, dann aber auch in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt habe, da er annehmen konnte, daß Gleichauf bei dem Freieschen Streif ähnlich so handeln würde wie bei dem Mehlischen Streif. Ebenfalls lasse sich in der Form des Ausspruches keine Beleidigung erkennen. Dem Kläger Gleichauf wurden auch die Kosten des Verfahrens auferlegt.

**Die Heldenthat eines Privatwächters** des Rixdorfer Schließamtes beschäftigte am Dienstagmorgen in längerer Verhandlung das Rixdorfer Schöffengericht. Angeklagt war der Privatwächter Wilhelm Oberländer, welchem zur Last gelegt ward, den Arbeiter Gaffron mit einer Waffe mißhandelt zu haben. Der Angeklagte schätzte Rotweih vor, hatte damit aber kein Glück, vielmehr wurde durch die Beweisaufnahme folgender Sachverhalt festgestellt: Gaffron hatte eines Abends mit seiner Braut einem Tanzvergnügen beigewohnt, von dem die jungen Leute in vorgerückter Stunde nach Hause kamen. Vor der Haustür wurde das Pärchen von dem Vater des Wächters erwartet, welcher den Liebhaber wegen des späten Nachhauftommens tüchtig ausfahlt und dann mit seiner Tochter im Hause verabschiedet. Der etwas angebeirerte G. ärgerte sich hierüber, und da er nicht in das Haus gelangen konnte, zertrümmerte er eine Thürscheibe, worauf er davonlief. Der Privatwächter Oberländer hatte den Vorfall beobachtet und mochte sich an die Verfolgung des Fliehenden, der schließlich an einer Strahende mit einem ihm entgegenkommenden Manne so heftig zusammenprallte, daß er hinfürzte. Inzwischen kam auch der Wächter heran, welcher dem an der Erde Liegenden mit dem Säbel mehrere Hiebe auf Rücken und Kopf versetzte. G. blühte heftig, mußte sich in der Unfallsstation verbinden lassen und war 14 Tage arbeitsunfähig. — Der Amtsanwalt beantragte gegen den Angeklagten zwei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte nur auf einen Monat Gefängnis.

### Verfammlungen.

**Die Filiale Berlin des Tapezierer-Verbandes** hielt am Mittwoch, den 28. Oktober, bei Feuerstein ihre gutbesuchte Generalversammlung ab. Der Bevollmächtigte Wels gab den Vorstandsbericht. Die Thätigkeit des Vorstandes erstreckte sich hauptsächlich auf den inneren Ausbau der Organisation. Früher gingen kleinen Differenzen fanden Lohnbewegungen in der verfloffenen Saison nicht statt. Trotz der Hege gegen den Verband war kein Mälgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Leider machte sich eine Abflouung in der Bewegung der Arbeiterparteien bemerkbar. Beachtenswert ist der Beschluß des Vorstandes, wonach der Ortszuschlag vom 1. Januar 1904 ab von 15 auf 10 Pf. ermäßigt wird und der Wochenbeitrag demgemäß 60 Pf. beträgt. Der Vorsitzende wünscht eine größere Beachtung des Vertrauensmännersystems. Es sollen mehr Vertikastungen abgehalten und eine regere Agitation entfaltet werden. — Der Bericht des Kassierers Roskopf ergiebt für die Filiale eine Einnahme von 2415,60 M., welcher eine Ausgabe von 3738,70 M. gegenüber steht.

Nach Verlesung der Restantenliste wünschten einige Diskussionsredner die jedesmalige Veröffentlichung dieser Liste, welchem Wunsch aber lebhaft widersprochen wird. — Die Renwahl der Ortsverwaltung ergab als Bevollmächtigten Kollegen Lohby, zweiten Vorsitzenden Hirt, Kassierer Roskopf, ersten Schriftführer Völke, Revisoren Richard Benide, Herzlieb und Hermann Schöne. Der bisherige Bevollmächtigte Wels hatte eine Wiederwahl abgelehnt. Eine Anzahl von Vorschlägen zur Abänderung der Statuten des paritätischen Arbeitsnachweises wurden nach längerer Debatte demuratorium des Nachweises überwiegen. Zum Schluß wurden unter lebhafter Zustimmung den streifenden Dresdenschreibern 25 M. und den Grimmitzauer Webern 75 M. überwiesen.

**Erklärung.** Zu dem Bericht über den zweiten Verbandstag des Centralverbandes des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals Deutschlands bemerkte ich, daß 1. mir die Teilnahme an dem Verbandstag unmöglich gemacht wurde durch die Erklärung des Ausschusses in Nr. 10 der „Sanitätswart“. Als ich dann am Sonntag spät das Telegramm erhielt, löstete sich eine Reife am Montag nicht mehr; 2. habe ich dem Verbandstage keine Bücher vorenthalten, sondern Buch und Abrechnung so abgeschickt, daß beide spätestens am Montag, den 19., früh im Besitze des Kollegen Strunk sein mußten. Wilh. Strube.

**Verband der Dachdecker.** (Verichtigung.) In der Versammlung vom 19. d. M. wurde nicht beschlossen, daß die Beiträge entsprechend dem am Orte gezahlten Stundenlohn festgelegt werden, die Unterstützung bei Streiks sich entsprechend den gezahlten Beiträgen richtet und daß die nähere Regelung und Festsetzung der Beiträge und Unterhaltungen dem Verbandstage vorbehalten bleibe, sondern es waren dies lediglich Ausführungen des Kollegen Görny anlässlich seiner Stellungnahme zum Verbandstage.

### Marktpreise von Berlin am 28. Oktober 1903

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

|                     |       |       |                          |           |       |      |
|---------------------|-------|-------|--------------------------|-----------|-------|------|
| *Weizen, gut D.-Gr. | 15,85 | 15,81 | Kartoffeln, neues D.-Gr. | 6,00      | 4,00  |      |
| mittel              | 15,77 | 15,73 | Rindfleisch, Rente 1 kg  | 1,80      | 1,20  |      |
| gering              | 15,69 | 15,65 | do. Bauch                | 1,50      | 1,10  |      |
| *Koggen, gut        | 13,00 | 12,98 | Schweinefleisch          | 1,80      | 1,10  |      |
| mittel              | 12,96 | 12,94 | Kalbsteich               | 2,00      | 1,20  |      |
| gering              | 12,92 | 12,90 | Hammelfleisch            | 1,80      | 1,10  |      |
| †Gerste, gut        | 14,50 | 13,40 | Butter                   | 2,60      | 2,00  |      |
| mittel              | 13,30 | 12,20 | Eier 60 Stück            | 5,00      | 3,00  |      |
| gering              | 12,10 | 11,00 | Karphen 1 kg             | 2,20      | 1,20  |      |
| †Hafer, gut         | 13,50 | 14,80 | Wale                     | 2,65      | 1,40  |      |
| mittel              | 14,70 | 13,80 | Jander                   | 3,00      | 1,20  |      |
| gering              | 13,70 | 12,80 | Nechte                   | 2,00      | 1,00  |      |
| Richtstroh          | 4,82  | 3,82  | Bariche                  | 1,80      | 0,80  |      |
| Heu                 | 7,20  | 4,80  | Schafe                   | 3,00      | 1,40  |      |
| Erbsen              | 40,00 | 25,00 | Bleie                    | 1,40      | 0,80  |      |
| Speisebohnen        | 50,00 | 25,00 | Archie                   | per Schol | 15,00 | 3,00 |
| Linzen              | 60,00 | 20,00 |                          |           |       |      |

\* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

### Witterungsübersicht vom 29. Oktober 1903, morgens 8 Uhr.

| Stationen     | Barometer hoch mm | Witterung | Windstärke | Temper. in Grad C. | Stationen  | Barometer hoch mm | Witterung | Windstärke | Temper. in Grad C. |
|---------------|-------------------|-----------|------------|--------------------|------------|-------------------|-----------|------------|--------------------|
| Schlussemde   | 757               | SD        | 2 wolken   | 7                  | Naparranda | 766               | SIII      | —bedekt    | -10                |
| Damburg       | 755               | SIII      | —Rebel     | 7                  | Berzdorf   | 766               | SSS       | 1bedekt    | 8                  |
| Berlin        | 757               | SD        | 1 wolken   | 8                  | Gersdorf   | 745               | SD        | 4Regen     | 9                  |
| Frankf. a. M. | 754               | W         | 1bedekt    | 9                  | Aberdeen   | —                 | —         | —          | —                  |
| Wilmshagen    | 754               | W         | 3 wolken   | 5                  | Paris      | 755               | SD        | 1 wolken   | 6                  |
| Wien          | 761               | SD        | 1Rebel     | 7                  |            |                   |           |            |                    |

Wetter-Prognose für Freitag, den 30. Oktober 1903. Teilweise neblig, sonst meist heiter, trocken und am Tage ziemlich warm bei schwachen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Briefkasten der Redaktion.

M. N. Stöckheim. Wenn Sie uns die Resolution, die wir damals übersehen hatten, rechtzeitig eingehänd hätten, wäre sie auch erpönt worden. Aber nachdem sich vier Wochen darüber vergangen sind, ist es nicht mehr angängig.



# Socialdemokrat. Wahlverein der Frauen Berlins und Umgegend.

Freitag, den 30. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr, im Böhmischen Brauhaus, Landberger Allee 11-13:

## Versammlung.

1. Vortrag der Genossin Clara Zetkin (Stuttgart) über: „Der Kampf gegen das reaktionärste Wahlsystem und die Frauen.“ 2. Diskussion.

In der Versammlung werden Mitglieder aufgenommen. Gäste, Männer und Frauen, haben Zutritt. Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

# Bauarbeiter

Berlins und Umgegend!

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands. (Berlin u. Umgeg.)

Sonntag, den 1. November, vormittags 10 Uhr:

## Große außerordentliche Mitglieder-Versammlung

in den „Industrie-Festhallen“, Douthstr. 19/20.

Tages-Ordnung: 1. Die Kämpfe im Baugewerbe und ihre Lehren für die Zukunft. Referent: Gustav Behrendt - Hamburg. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl der Ortsverwaltung. 4. Verbandsangelegenheiten. — Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erforderlich. Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe kein Eintritt. Die Ortsverwaltung, H. A.: Karl Holdmann.

### Orts-Krankenkasse der Schmiede.

Sonabend, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Tabbert, Wartstr. 14:

### General-Versammlung der Delegierten der Kasse.

Tagesordnung: 1. Statuten-Änderung, Erhöhung der Beiträge. 2. Wahl von vier Vorstandsmitgliedern (einen Arbeitsgeber, drei Arbeitnehmer). 3. Wahl der Revisoren für 1903. 4. Verschiedenes. 277/18 Der Vorstand, Ad. Pilgrim, Admiralsstr. 24

### Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.

Sonntag früh 7 Uhr: Steuerhaus (Tempelhoferfeld) nach Rudow, 60 Kilometer. Bei schlechtem Wetter: 9 Uhr 10 Min. der Anhalter Bahn. Mittags 1/2, 2 Uhr: Brandenburger Thor: Spandau bei Krumme. Schönewaldstr. 50.

NB. Während der Wintermonate bei schlechtem Wetter: Sonntagsvormittags 4 Uhr Treffpunkt bei Bertowstr.

Ausnahmsweise findet die Versammlung Freitag, den 6. November, bei Werlowstr., Andreasstr. 28, statt. 13/20

### Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9, 12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11: 291/15

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15

### Sitzung der Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 1. November, vormittags 10 Uhr, finden die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung für die Orts-Krankenkasse der Tischler u. Pianoforte-Arbeiter statt: Für den Bezirk des Kassierer Post: im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15. Für den Bezirk des Kassierer Schulze: bei Brochnow, Webersstr. 17. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Wir ersuchen deshalb unsere Mitglieder, sich das Krankentafelbuch vom Arbeitgeber ausständig zu lassen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. 89/2

### Tischler-Verein zu Berlin.

(E. H. 80.) Sonabend, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:

### Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Joh. Sassenbach über: „Demokratie und Monarchie“. Diskussion. Bezahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Regen Besuch erwartet. 199/13 Der Vorstand.

### Central-Krankenkasse der Maurer etc.

Sonntag, 1. November, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassen- und Revisionsbericht vom III. Quartal. 2. Kassenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung. 291/15

# Central-Verband der Dachdecker.

Filiale Berlin.

Sonntag, den 1. November, vorm. 10 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

bei Fesnd, Weinstraße 11.

Tages-Ordnung: 1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 2. Verbandsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert — ohne dasselbe kein Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung. 54/17



Oderbrucher und pommersche Gänse  
sowie Gänsefleisch, Federn, Piesen u. Gänselein empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen  
Fritz Weber, Grüner Weg 57, im Keller.

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt  
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuscher Thor. 2779L\*

# Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

und anderer gewerblicher Arbeiter.

C. H. Nr. 3 (Hamburg). Verwaltung Berlin D. (Monat).

Sonntag, den 1. November cr., vormittags 10 Uhr,

in der Brauerei Friedrichshöhe, Abteilung W o a d i t.

Turmstr. 25/26 (kleiner Saal):

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht vom III. Quartal 1903. 2. Wichtige Kassenangelegenheiten. 182/9

Mitgliedsbuch legitimiert.

Wegen der Wichtigkeit ersucht die Ortsverwaltung um zahlreiches Erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

### Charlottenburg

Krummestrasse 5

Anfertigung feiner Herren-Garderoben nach Mass

von Karl Ehring, Schneidermeister.

Stofflager, englische u. deutsche Stoffe. Solide Preise. 30812\*



Elegante Jackett-Anzüge in allen modernen Farben und Streifen 18-45 Mark.  
Rock- und Gehrock-Anzüge schwarz und farbig von 25-54 Mark.  
Stoff-Hosen von 3-14 Mark.  
Winter-Paletots elegante und moderne Verarbeitung in allen modernen Farben und Streifen von 16-54 Mark.  
Jünglings- und Knaben-Garderobe in grosser Auswahl.  
Moderne Westen von 1,75-7,50 Mark.  
Gegründet 1879.  
Herren- und Knaben-Garderobe  
Julius Lindenbaum  
141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.  
Grösstes Geschäft der Branche in den Bezirken O. NO. SO.  
Feste Preise! Feste Preise!

# Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkäufe.**  
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737\*  
Hochvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Mohntoffen herrlichend, 18,00-38,00, Preisfelder 8-11 Mark. Deutsches Versandhaus, Nägerstr. 63, 1. Trepp. 19383\*

**Herrenanzüge und Paletots**, extra gute und ohne Nacharbeit, Modellsachen sehr preiswert. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstr. 18545\*

Die beiden Ringe, der Aufhänging und der Große Ring, halten eine Minute von dem bekannten Kaufhaus Hermann Schilling, Turmstr. 85, Herren- und Knabenkleidung. Es ist also jedemmann Gelegenheit gegeben, wo er auch wohnen mag, für 10 Pfennig dorthin zu gelangen. 19282\*

**Gelegenheitskauf**, Winterpaletots und Anzüge für Herren, Stück 8 Mark, auch geeignet für Wiederverkäufer, selten günstiges Angebot. August Kuchler, Große Frankfurterstr. 16. \*

**Winterpaletots**, Remontoirarbeiten, Uhrenten, spottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6. 33/14\*

**Zeppiche**, Gardinen, Läufer, Portieren, Betten, Steppdecken, Regulatoren, spottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6. 33/14\*

**Spiegel**, Bilder, Möbel, spottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 33/14\*

**3 Zimmermöbel** mit Kücheneinrichtung wegzugsfähig zu verkaufen. Pharmaceutische Agentur Königgräberstr. 82. 28315\*

**Zeppiche!** (fehlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dadescher Markt 4, Bahnhöf. 63/2\*

**Steppdecken**, spottbillig, Fabrik Reinfstraße 20. 739\*

**Paletotreise** 8,00, Anzugreise 8,00, Damenreise 3,00. Reiterhandlung Lehndorferstr. 9. 28265\*

**Wingischischen**, Hobbin, Schneidmesser, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpferstr. 60/61, Prenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 739\*

**Weiche Herrenhüte**, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Qualitäts, Comptoir Kaiserstr. 25A, früher Barntinstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.\*

**Bilder**, Ausverkauf. Letzte Woche ermäßigte Preise. „Fortuna“, Kranzstr. 1, Ecke Schönhauser-allee.

**Zeppiche** mit farbenschönen Fadenniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737\*

**Musikwerke**, selbstspielende, Teilzahlungen. Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstr.), Stallgerstr. 40. \*

**Rähmaschinen** sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. SO. Wienerstr. 6, SW. Bellealliancestr. 75, N. Aderstr. 113. 7123\*

**1000 neue Rähmaschinen** gebe auf Anzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffchen, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Kasse Rattung, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Rähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. S. Bellmann, Goldstr. 26, nahe der Landbergerstr. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 18658\*

**Gänse**, frisch geschlachtet, verkaufe jetzt nicht mehr Central-Diebstahl, sondern gegenüber, Udenauerstr. 14, Laden, Kasse der Straßenbahn 68. (Tierzüchtlich untersucht.) Bettfedern. Paul Hoff. 34/10

**Walgastfieber**, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gemüthsunruhe, bessere Gefäßfarbe, überaus billig, 14 Glasen 3 Mark, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20, 1/21, 1/22, 1/23, 1/24, 1/25, 1/26, 1/27, 1/28, 1/29, 1/30, 1/31, 1/32, 1/33, 1/34, 1/35, 1/36, 1/37, 1/38, 1/39, 1/40, 1/41, 1/42, 1/43, 1/44, 1/45, 1/46, 1/47, 1/48, 1/49, 1/50, 1/51, 1/52, 1/53, 1/54, 1/55, 1/56, 1/57, 1/58, 1/59, 1/60, 1/61, 1/62, 1/63, 1/64, 1/65, 1/66, 1/67, 1/68, 1/69, 1/70, 1/71, 1/72, 1/73, 1/74, 1/75, 1/76, 1/77, 1/78, 1/79, 1/80, 1/81, 1/82, 1/83, 1/84, 1/85, 1/86, 1/87, 1/88, 1/89, 1/90, 1/91, 1/92, 1/93, 1/94, 1/95, 1/96, 1/97, 1/98, 1/99, 1/100. 34/10

**Walgastfieber**, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gemüthsunruhe, bessere Gefäßfarbe, überaus billig, 14 Glasen 3 Mark, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20, 1/21, 1/22, 1/23, 1/24, 1/25, 1/26, 1/27, 1/28, 1/29, 1/30, 1/31, 1/32, 1/33, 1/34, 1/35, 1/36, 1/37, 1/38, 1/39, 1/40, 1/41, 1/42, 1/43, 1/44, 1/45, 1/46, 1/47, 1/48, 1/49, 1/50, 1/51, 1/52, 1/53, 1/54, 1/55, 1/56, 1/57, 1/58, 1/59, 1/60, 1/61, 1/62, 1/63, 1/64, 1/65, 1/66, 1/67, 1/68, 1/69, 1/70, 1/71, 1/72, 1/73, 1/74, 1/75, 1/76, 1/77, 1/78, 1/79, 1/80, 1/81, 1/82, 1/83, 1/84, 1/85, 1/86, 1/87, 1/88, 1/89, 1/90, 1/91, 1/92, 1/93, 1/94, 1/95, 1/96, 1/97, 1/98, 1/99, 1/100. 34/10

**Walgastfieber**, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gemüthsunruhe, bessere Gefäßfarbe, überaus billig, 14 Glasen 3 Mark, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20, 1/21, 1/22, 1/23, 1/24, 1/25, 1/26, 1/27, 1/28, 1/29, 1/30, 1/31, 1/32, 1/33, 1/34, 1/35, 1/36, 1/37, 1/38, 1/39, 1/40, 1/41, 1/42, 1/43, 1/44, 1/45, 1/46, 1/47, 1/48, 1/49, 1/50, 1/51, 1/52, 1/53, 1/54, 1/55, 1/56, 1/57, 1/58, 1/59, 1/60, 1/61, 1/62, 1/63, 1/64, 1/65, 1/66, 1/67, 1/68, 1/69, 1/70, 1/71, 1/72, 1/73, 1/74, 1/75, 1/76, 1/77, 1/78, 1/79, 1/80, 1/81, 1/82, 1/83, 1/84, 1/85, 1/86, 1/87, 1/88, 1/89, 1/90, 1/91, 1/92, 1/93, 1/94, 1/95, 1/96, 1/97, 1/98, 1/99, 1/100. 34/10

**Walgastfieber**, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gemüthsunruhe, bessere Gefäßfarbe, überaus billig, 14 Glasen 3 Mark, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20, 1/21, 1/22, 1/23, 1/24, 1/25, 1/26, 1/27, 1/28, 1/29, 1/30, 1/31, 1/32, 1/33, 1/34, 1/35, 1/36, 1/37, 1/38, 1/39, 1/40, 1/41, 1/42, 1/43, 1/44, 1/45, 1/46, 1/47, 1/48, 1/49, 1/50, 1/51, 1/52, 1/53, 1/54, 1/55, 1/56, 1/57, 1/58, 1/59, 1/60, 1/61, 1/62, 1/63, 1/64, 1/65, 1/66, 1/67, 1/68, 1/69, 1/70, 1/71, 1/72, 1/73, 1/74, 1/75, 1/76, 1/77, 1/78, 1/79, 1/80, 1/81, 1/82, 1/83, 1/84, 1/85, 1/86, 1/87, 1/88, 1/89, 1/90, 1/91, 1/92, 1/93, 1/94, 1/95, 1/96, 1/97, 1/98, 1/99, 1/100. 34/10

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Roninchen**, Belgieraffen, sechs Wochen 1,00, Monat 4,00, 5,00, Kammerreden 75. Baum, Baumgärtchenweg, Baumgärtchenstr. 32.

**Belohnung** ist zu jedem Preis zu verkaufen. Remerstr. 69 im Laden. 736

**Reifenringe!** Winter-Paletots, Herren-Anzüge, Brautkleide (spottbillig). Schönhauser Allee 72b, vorn III. 2846b

**Kanarienvogel** 4,00, Vorkäufer 8,00. Reanderstr. 7. 33/7

**Verkauf** Wirtschaft umständlicher billig, Brautkleide passend, auch einzeln. Linienstr. 107/108, I. 35/0

**Panelssofa**, elegant, 48 R., verkauft sofort Frau Quartel, Friedrichstr. 8.

**Gasheiß** - Sparfen, Gasboiler 8,00, Petroleumöfen, Gasboiler, Gasboiler, Einlochgasboiler 1,00, Zweilochgasboiler 3,00, Dreilochgasboiler, Gasboiler, Petroleumlampen - Umänderung billig! Gasboilerhaus, Bohlen, Wallnertheaterstr. 32. 28566\*

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Stille!** Klagen, Strafen, Entscheidungen, Schenkungen, Annullationen, Unfallschaden, Unbeglückte, Alimenten, George, Rechtskonsulent, Urbanstr. 25 (Strandstr.). 2845b

**Ich** Frau Jadalowski erkläre die Witwe Sauer als eine anständige Frau. 2858b

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze- u. Wilmersdorferstr. 11, parterre. 737\*

## Arbeitsmarkt.

**Stellenangebote.**

**Nebenverdienst** für jedermann. Prospekt gratis. Hermann Boll, Bredow, Reichstr. 44. 2170b

**Klavierpieler** wird für Sonabend und Sonntag verlangt. Heinrich Bach, Eldingerstr. 33. 436

**Freiwilliger** auf Karmor verlangt. Jach, Weissensee, Wilhelmstr. 13. 417

**15 Kammmacher** eventuell gegen guten Lohn verlangt. Kammmacher, Köpenickerstr. 128. 1971b

**Junge Mädchen**, die das Blumenbinden erlernen wollen, werden gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Jede u. Ball, Douthstr. 2844b

**Aufwarterin** verlangt. Eulitz, Baumgärtchenweg, Behringstr. 14, parterre. 1968b

**Schürzenarbeiterinnen** verlangt. Hermann Prinz, Kommandantenstr. 51. 2845b

**Lehrdame** für Konfektur-Bwaren, Bäckergeschäft verlangt. Kayser, Reichstr. 23. 2845b

**Konfektur-Bwaren**, geübte, finden dauernde Beschäftigung. Greifenhagen, Stallstr. 58. 357b

**Mäherin** auf schwarze Wollschürzen ausserm Hause. Jabel, Chausseestrasse 76. 481

**Gebilde** Schürzenarbeiterinnen im Hause verlangt. Kayser, Reichstr. 23. 2845b

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kallisch in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.